

Kulturstatistiken



Kulturindikatoren auf einen Blick

Ein Ländervergleich

Ausgabe 2018

Kulturstatistiken

Kulturindikatoren auf einen Blick

Ein Ländervergleich

Ausgabe 2018

Impressum

Herausgeber:

Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Herstellung und Redaktion:

Hessisches Statistisches Landesamt

65185 Wiesbaden

Rheinstrasse 35/37

Telefon: 0611 3802-0

Telefax: 0611 3802-990

E-Mail: poststelle@statistik-hessen.de

Internet: <https://statistik.hessen.de>

Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:

Hessisches Statistisches Landesamt

Referat IIIB

Telefon: 0611 3802-347

Telefax: 0611 3802-390

E-Mail: kultur@statistik.hessen.de

Erscheinungsfolge: zweijährlich

Erschienen im Dezember 2018

Kostenfreier Download im Internet: <http://www.statistikportal.de>

Fotorechte:

© Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Umschlag: Sommer Szene, Malstatt: Compagnie Albédo „Fool Foule“

Foto: Iris Maurer

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2018

(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Die Gemeinschaftsveröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick 2018“ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wurde vom Hessischen Statistischen Landesamt erstellt und vom Arbeitskreis Kulturstatistik begleitet.

Autor

Matthias Lehmann

Unter Mitarbeit von

Andreas Büdinger

Charlotte Pfeil

Ulrike Schedding-Kleis

Mitglieder des Arbeitskreises Kulturstatistik (Stand November 2018)

Dominik Asef	Statistisches Bundesamt
Filiz-Mirjam Balta	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Pia Brugger	Statistisches Bundesamt
Andreas Büdinger	Hessisches Statistisches Landesamt
Oliver Gamball	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Matthias Lehmann	Hessisches Statistisches Landesamt
Anja Liersch	Statistisches Bundesamt
Bärbel Melzer	Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg
Dr. Marco Mundelius	Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland
Frauke Patzke	Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur
Karsten Petzel	Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien
Ulrike Schedding-Kleis	Hessisches Statistisches Landesamt
Benno Schöfl	Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Katharina Spengler	Statistisches Bundesamt
Christina Stausberg	Deutscher Städtetag

Hinweise für die Leserinnen und Leser

In den jeweiligen Kapiteln dieser Publikation werden die einzelnen Indikatoren in kompakter Form auf einer Doppelseite vorgestellt. Die Darstellung der Indikatoren erfolgt einerseits in textlicher Form mit den wichtigsten Ergebnissen, Hintergrundinformationen sowie mit zwei farblich hervorgehobenen Informationskästen zur Indikatorbeschreibung und für methodische Hinweise, andererseits in Form von Tabellen und anschaulichen Grafiken.

Tabellen und Grafiken sind grundsätzlich nach Ländern aufgebaut – in der Tabelle nach alphabetischer Reihenfolge und in der Grafik nach Rangfolge der Länderergebnisse. Bei anderer räumlicher Einteilung (z. B. nach Gebietskörperschaften oder Landesverbänden) wird die abweichende Gliederung des Tabellen- und Grafikaufbaus gesondert in der Überschrift aufgeführt. Die Tabellen beinhalten in der Regel zu ausgewählten Jahren absolute Werte als auch berechnete Indikatorwerte. Die Grafiken stellen die Ergebnisse des räumlichen Vergleichs im jeweils aktuellsten Berichtsjahr dar.

Zu den im Text mit blauem „G“ gekennzeichneten Sachverhalten sind Zusatzinformationen vorhanden, die aufgrund ihres Umfangs nicht in den Text eingefügt werden können und somit in den Glossarteil am Ende der Publikation aufgenommen wurden. Bei den meisten Indikatoren werden absolute Werte auf die Einwohnerzahl der Länder bezogen. Um ein übermäßiges Wiederholen von Bevölkerungsdaten in den Tabellen zu vermeiden, sind diese für den Zeitraum 2006 bis 2016 im Anhang enthalten. Zu einigen Indikatoren gibt es ergänzende Daten, die in Tabellenform nicht im Hauptteil dargestellt werden können und somit ebenfalls im Anhang zu finden sind.

In dieser Veröffentlichung wird für die Bezeichnung „Bundesländer“ der im Grundgesetz vorgesehene Begriff „Länder“ verwendet. Beim Nachweis „westdeutsche Länder“ bzw. „ostdeutsche Länder“ in den Texten und Tabellen ist der Stadtstaat Berlin, wenn nicht anders angegeben, im Aggregat „ostdeutsche Länder“ mit enthalten.

Zeichenerklärungen

. = Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten

Abkürzungsverzeichnis

ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
ARTE	Association Relative à la Télévision Européenne
bzw.	beziehungsweise
CD	compact disc (englisch)
DVD	digital versatile disc (englisch)
EU	Europäische Union
EUR	Euro
G	Glossar (siehe Hinweise für die Leserinnen und Leser)
e. V.	eingetragener Verein
einschl.	einschließlich
Kap.	Kapitel
Mill.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
o. Ä.	oder Ähnliche(s)
TV	Television (englisch)
u. a.	unter anderem/anderen
v. a.	vor allem
vgl.	vergleiche
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

Inhaltsverzeichnis

Hinweise für die Leserinnen und Leser	4
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	6
Einleitung	13
I. Indikatoren zur Sparte Musik	
I.1 Anzahl der Orchester und Orchestermitglieder (2016)	16
I.2 Konzertbesuche von öffentlich finanzierten Orchestern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)	18
I.3 Anteil der Mitglieder im Deutschen Chorverband an der Bevölkerung (2017)	20
I.4 Verteilung der Umsätze in der Musikwirtschaft (2013)	22
I.5 Anteil der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung nach Altersgruppen (2016)	24
I.6 Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland nach Besuchergrößenklassen (2015)	26
II. Indikatoren zur Sparte Bibliotheken, Museen und Archive	
II.1 Physische und digitale Entleihungen und Besuche in Bibliotheken je Einwohnerin und Einwohner (2016)	30
II.2 Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner (2016)	32
II.3 Anzahl der staatlichen Archive des Bundes und der Länder und Umfang an Archivalien (2017)	34
III. Indikatoren zur Sparte Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege	
III.1 Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner (2015)	38
III.2 Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner (2018)	40
IV. Indikatoren zur Sparte Film, Fernsehen und Hörfunk	
IV.1 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner (2017)	44
IV.2 Kulturangebot der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogramme (2016)	46
V. Indikatoren zur Sparte Darstellende Kunst und Tanz	
V.1 Anzahl der Sitzplätze in öffentlichen Theatern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)	50
V.2 Theaterbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)	52
VI. Indikatoren zur Sparte Literatur und Presse	
VI.1 Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2017)	56
VI.2 Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen (2017)	58
VII. Spartenübergreifende Kulturindikatoren	
VII.1 Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen (2016)	62
VII.2 Versicherte in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2017)	64
VII.3 Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner (2015)	66
VII.4 Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen (2016/17)	68
VII.5 Betreuungsrelation in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen (2016)	70
VII.6 Anteil der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ (2016)	72
VII.7 Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)	74
VII.8 Anteil der Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter (2016)	76
VII.9 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik (2017)	78
VII.10 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer (2017)	80
Tabellenanhang	83
Glossar	88
Verwendete Datenquellen ausserhalb der amtlichen Statistik	92
Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	93

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Vorbemerkung

In der Zusammenfassung werden zentrale Aussagen zu jedem der 27 Kulturindikatoren festgehalten. Es werden in Kürze zum einen die Datenquelle genannt und zum anderen die wichtigsten Ergebnisse präsentiert. Von besonderem Interesse sind deshalb der aktuellste Deutschlandwert eines Indikators, die Maximalwerte des Ländervergleichs sowie sonstige länderspezifische Auffälligkeiten. Für Deutschland wird, soweit möglich, eine zeitliche Entwicklung der Kennzahlen berücksichtigt.

Hohe Bedeutung des Musiktheaterbetriebes für öffentlich finanzierte Kulturorchester

Der Deutsche Bühnenverein erhebt jährlich Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern, Privattheatern und Festspielen zu zahlreichen Merkmalen, u. a. zur Anzahl der Orchester. In der Spielzeit 2015/16 musizierten 9900 Mitglieder in 130 öffentlich finanzierten Orchestern. Unterteilt nach Orchesterarten gab es in dieser Spielzeit 70 Theaterorchester, 47 selbstständige Kulturorchester und 13 Rundfunkorchester. Bevölkerungsreiche Länder wie Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg und Bayern wiesen dabei auch die meisten Orchester und Orchestermitglieder auf. Von den ostdeutschen Flächenländern hatte insbesondere Sachsen eine hohe Anzahl an Orchestern und Orchestermitgliedern. Im Vergleich mit der Spielzeit 2014/15 gab es keine Veränderungen hinsichtlich der Orchesterzahl und nur einen sehr geringfügigen Rückgang der Mitgliedszahl in Deutschland.

Sachsen und Berlin mit den meisten Konzertbesuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner

Die Daten des Deutschen Bühnenvereins zeigten, dass in der Spielzeit 2015/16 rund 9500 Konzerte durch die 130 öffentlich finanzierten Kulturorchester angeboten wurden. Für diese Konzerte wurden über 5,4 Mill. Besuche gezählt. Im Vergleich zu den Spielzeiten 2013/14 und 2014/15 sind die Anzahl der angebotenen Konzerte sowie die Besuche kontinuierlich angestiegen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl kamen in der Spielzeit 2015/16 in Deutschland auf je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 66 Konzertbesuche. Vor allem Berlin und Sachsen wiesen mit über 200 Besuchen deutliche Spitzenwerte für diesen Indikator auf.

Jedes neunte Mitglied im Deutschen Chorverband unter 27 Jahre alt

Der Deutsche Chorverband (DCV) erhebt jährlich Daten bei seinen Mitgliedsverbänden. Mit seinen 1,4 Mill. Mitgliedern in 21 300 Chören im Jahr 2017 ist der DCV der mitgliedstärkste weltliche Chorverband für vokales Amateurmusizieren in Deutschland. Die Anzahl der Chormitglieder entspricht einem Anteil von 1,6 % der deutschen Bevölkerung. Die Mitgliedszahlen der einzelnen Länder lagen sehr weit auseinander und reichten von 4400 in Mecklenburg-Vorpommern bis 380 000 in Baden-Württemberg. Von allen Mitgliedern des DCV waren insgesamt 10,9 % Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahre.

Jeder 12. junge Mensch nahm 2016 Unterricht an einer öffentlichen Musikschule

Der Verband Deutscher Musikschulen (VdM) stellt jährlich Daten zum öffentlichen Musikschulwesen zusammen. Im Jahr 2016 wurden in Deutschland 1,5 Mill. Schülerinnen und Schüler an 931 öffentlichen Musikschulen unterrichtet. Mit 84 % war der überwiegende Anteil von ihnen zu diesem Zeitpunkt unter 19 Jahre alt. Bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters lag der Anteil der Lernenden an öffentlichen Musikschulen bis 19 Jahre bundesweit bei 8,6 %. Unter den Ländern besaß Baden-Württemberg den größten Anteil an Schülerinnen und Schülern an Musikschulen (13,1 %), Bremen hingegen den niedrigsten (2,9 %).

Auch für unterschiedliche Altersgruppen wurde der Musikschüleranteil an der Bevölkerung gleichen Alters errechnet: Bundesweit wies die Altersgruppe zwischen 6 bis unter 10 Jahre mit 16,0 % den höchsten Indikatorwert auf. In der Gruppe der 15- bis unter 19-Jährigen war dieser Wert mit 4,6 % hingegen am geringsten.

9,2 Mrd. Euro Umsatz in der Musikwirtschaft

Nach der amtlichen Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) gab es im Jahr 2013 rund 36 000 Unternehmen und Selbstständige, die einen Gesamtumsatz in der Musikwirtschaft

von knapp 9,2 Mrd. Euro erzielten. Den größten Anteil aller berücksichtigten Unternehmen und Selbstständige machten die „Selbstständigen Komponistinnen und Komponisten“ sowie „Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter“ (insgesamt 26,0 %) aus. Die Umsatzsteuerpflichtigen der Wirtschaftszweige „Erbringungen von künstlerischen Dienstleistungen für die Darstellende Kunst“ sowie „Theater- und Konzertveranstalter, Opern-, Schauspiel-, Musical-, Theaterhäuser und Konzerthallen“ waren mit einem Anteil von insgesamt 24,9 % ebenfalls stark vertreten. Den geringsten Anteil (1,2 %) hatten die Steuerpflichtigen des Wirtschaftsbereiches „Hörfunkveranstalter“.

Den größten Anteil (38,8 %) am Gesamtumsatz in der Musikwirtschaft erzielten mit 3,6 Mrd. Euro die Unternehmen und Selbstständigen des Wirtschaftszweigs rund um Musikinstrumente und Musikalien. Die geringsten Umsatzanteile erzielten die Orchester, Kapellen, Chöre und Ballettgruppen (3,3 %) sowie die selbstständigen Komponistinnen und Komponisten sowie Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter (4,2 %).

Kleine Musikfestivals und -festspiele in Deutschland am weitesten verbreitet

Im Jahr 2015 wurden erstmals im Rahmen einer einmaligen Sondererhebung Daten zu Musikfestivals und Musikfestspielen in Deutschland durch das Hessische Statistische Landesamt erhoben. Zu Musikfestivals und Musikfestspielen zählten Veranstaltungen mit einem überwiegend musikalischen Programm, einem gewissen Grad an künstlerischer Vielfalt sowie einer Besuchersgröße von mindestens 1000 Menschen. Vor diesem Hintergrund konnten Daten von insgesamt 554 Musikfestivals und Musikfestspielen erhoben werden.

Im Jahr 2015 verteilten sich von allen berücksichtigten Festivals in Deutschland 24,9 % auf sehr kleine (1000 bis unter 2000 Besucherinnen und Besucher), 26,9 % auf kleine Musikfestivals oder -festspiele (2000 bis unter 5000) sowie weitere 18,1 % auf mittlere (5000 bis unter 10 000) und 22,0 % auf große Veranstaltungen dieser Art (10 000 bis unter 50 000). Sehr große Musikfestivals und Musikfestspiele (über 50 000 Besucherinnen und Besucher) waren mit 8,1 % am wenigsten vertreten. Im Ländervergleich zeigte sich eine große Schwankungsbreite bei den unterschiedlichen Besuchersgrößenklassen: Die Anteile an sehr kleinen Festivals in den Ländern reichten beispielsweise von 13 % bis 47 % an allen berücksichtigten Festivals. Bei sehr großen Festivals mit über 50 000 Besucherinnen und Besuchern hingegen meldeten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern kein Festival, während in Hamburg der Anteil bei 39 % lag.

Jede Einwohnerin und jeder Einwohner ging 2016 drei Mal in eine Bibliothek und entlieh fünf Medien

Das Deutsche Hochschulbibliothekszentrum (hbz) veröffentlicht jedes Jahr die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS). Im Jahr 2016 wurden in den öffentlichen und wissenschaftlichen Universal- und Hochschulbibliotheken bundesweit 440 Mill. physische oder digitale Medien entliehen. Neben den klassischen Printmedien gehören dazu auch Non-Book-Medien wie Tonträger, audiovisuelle und elektronische Medien. Bezogen auf die Bevölkerungszahl wurden durchschnittlich 5,1 physische und 0,2 digitale Medien je Einwohnerin und Einwohner entliehen. Bremen und Hamburg lagen sowohl bei den physischen (jeweils 8,2) als auch bei den digitalen Entleihungen (Hamburg: 0,5 und Bremen: 0,4) je Einwohnerin und Einwohner an der Spitze der Länderrangliste. Die wenigsten physischen Entleihungen errechneten sich hingegen für das Saarland (2,2). Bei den digitalen Entleihungen hatten neben dem Saarland die Länder Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt den geringsten Indikatorwert (jeweils 0,1).

Den Entleihungen gingen bundesweit 219 Mill. Bibliotheksbesuche im Jahr 2016 voraus. Somit kamen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner durchschnittlich 2,7 physische Besuche. Die Rangfolge der Länder wird von den Stadtstaaten Berlin (3,9 Besuche je Einwohnerin und Einwohner), Hamburg und Bremen sowie dem Flächenland Bayern (jeweils 3,7) angeführt. Am seltensten besuchten die Einwohnerinnen und Einwohner des Saarlandes eine Bibliothek (1,0).

1,4 Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2016

Das Institut für Museumsforschung (IfM) führt jährlich eine statistische Gesamterhebung unter den deutschen Museen durch. Im Jahr 2016 zählte das IfM 112 Mill. Besuche für diese Museen. Im Zehnjahresvergleich ist die Anzahl der Museumsbesuche um fast 10 Mill. angestiegen, im Vergleich zum Vorjahr 2015 allerdings um etwa 2 Mill. zurückgegangen. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner ging 2016 durchschnittlich 1,4 Mal in ein Museum.

Der Stadtstaat Berlin hat unter den Museumsbesuchen eine Sonderstellung. Mit 4,6 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner nahm die Bundeshauptstadt eine deutliche Spitzenposition ein. Diese Spitzenposition hat sich im Zehnjahresvergleich verstetigt. Auch Bremen (2,3), Thüringen (2,1) sowie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (jeweils 2,0) lagen deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 1,4.

69 Archive des Bundes und der Länder verwalten 1,8 Mill. laufende Meter Schriftgut

Die Kennzahlen zu den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder werden durch das Bundesarchiv zusammengetragen. Im Jahr 2017 gab es in Deutschland 69 Standorte staatlicher Archive. Elf Standorte zählen zu den staatlichen Archiven des Bundes, die übrigen 58 Standorte verteilen sich auf die Archive der Länder. Die meisten Archivstandorte fanden sich in Bayern (9), Baden-Württemberg (8) und Niedersachsen (7). Im Jahr 2017 waren 2200 Personen in den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder beschäftigt. 35 % dieses Personals entfielen auf die Archive des Bundes, 65 % auf die Archive der Länder.

Der Umfang des Archivmaterials belief sich im Jahr 2017 auf 1,8 Mill. laufende Meter, die sich zu 23 % auf die staatlichen Archive des Bundes und zu 77 % auf die staatlichen Archive der Länder verteilen. Die Archivalien wurden an 166 000 Benutzungstagen eingesehen und verwendet. 72 % aller Benutzungstage entfielen 2017 auf die Archive der Länder, 28 % hingegen auf die Archive des Bundes. Werden die Benutzungstage der staatlichen Archive der Länder auf die jeweiligen Bevölkerungszahlen bezogen, ist ein regionaler Vergleich möglich. In den Stadtstaaten Bremen (64 Benutzungstage je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Hamburg (45) und Berlin (34) konnten die meisten Benutzungstage gezählt werden, die wenigsten in Schleswig-Holstein (7,8), dem Saarland (7,1) und in Nordrhein-Westfalen (5,1).

Sachsen verzeichnete 2015 die höchsten öffentlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege

Die öffentlichen Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege stiegen zwischen den Jahren 2005 und 2015 von 409 Mill. Euro auf 500 Mill. Euro an. Zuletzt kamen auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner rund 6 Euro, die für die Pflege und den Erhalt von Bau- und Kunstdenkmälern und Ähnlichem durch die öffentlichen Haushalte aufgewendet wurden. Den Jahresrechnungsstatistiken der öffentlichen Haushalte ist weiterhin zu entnehmen, dass mit 84,5 % der Großteil der Ausgaben für Denkmalschutz und -pflege von den Ländern einschließlich der Gemeinden aufgebracht wurden. Auf den Bund entfielen 15,5 % der Ausgaben.

Im Ländervergleich des Indikators „Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner“, zeigte sich, dass von Sachsen mit 12,50 Euro am meisten je Einwohnerin und Einwohner in diesem Kulturbereich aufgewendet wurde, während von Bremen weniger als ein Euro zur Verfügung gestellt wurde. Der Zeitvergleich der Pro-Kopf-Ausgaben der Länder seit 2005 ergab, dass sich in 11 von 16 Bundesländern die Denkmalschutzausgaben je Einwohnerin und Einwohner erhöht haben: Vor allem für Berlin ließen sich zwischen 2005 (5,30 Euro je Einwohnerin und Einwohner) und 2015 (9,70 Euro) hohe Anstiege verzeichnen.

Anteil an Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten in den ostdeutschen Bundesländern am höchsten

Die Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer zählte zum Stichtag 1. Januar 2018 insgesamt 131 000 Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner in Deutschland. Die meisten wurden in Nordrhein-Westfalen (26 600), die wenigsten in Mecklenburg-Vorpommern (850) gezählt. Die große Mehrheit der Architektinnen und Architekten ist in der Fachrichtung Hochbauarchitektur tätig. Diese Fachrichtung besitzt auch in allen Bundesländern die größte Bedeutung. Der Anteil der Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten ist insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern (14 %) und Brandenburg (11 %) im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (6 %) sehr hoch.

1,5 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2017

Die Filmförderungsanstalt (FFA) stellt jährlich Kennzahlen zu den Kinos, Leinwänden (Kinosäle) und Filmbesuchen in Deutschland zur Verfügung. Im Jahr 2017 gab es demnach 122 Mill. Kinobesuche und 4800 Leinwände. Bezogen auf die Bevölkerungszahl entfiel in

Deutschland auf 17 200 Einwohnerinnen und Einwohner eine Leinwand, während etwa jede Einwohnerin und jeder Einwohner durchschnittlich 1,5 Mal ein Kino besuchte.

Beim Ländervergleich des Indikatorwerts „Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner“ nahmen die Stadtstaaten Berlin (2,6), Bremen (2,5) und Hamburg (2,2) eine im Vergleich zum Bundeswert überdurchschnittliche Stellung ein. Am unteren Ende der Länderrangliste lagen Brandenburg, Thüringen und das Saarland mit 1,1 Kinobesuchen je Einwohnerin und Einwohner.

Ressort „Kultur und Wissenschaft“ nahm 2016 rund 12 % der Sendezeit der Dritten Fernsehprogramme ein

Im „ARD-Jahrbuch“ der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) sind Angaben zu kulturelevanten Sendungen der Fernseh- und Hörfunkprogramme verschiedener Rundfunkanstalten enthalten. Bei den Ersten Fernsehprogrammen betrug im Jahr 2016 die Sendeanteile der Ressorts „Kultur und Wissenschaft“ und „Musik“ 2,6 % bzw. 0,1 % an der Gesamtsendezeit. Beim kulturell geprägten Satellitenprogramm 3sat hatten die gleichen Ressorts mit 43,5 % bzw. 1,6 % einen deutlich höheren Stellenwert. Bei den Dritten Fernsehprogrammen betrug die Anteile für das Ressort „Kultur und Wissenschaft“ hingegen 11,7 % und für „Musik“ 0,7 %.

Bei den Hörfunkprogrammen beanspruchte das Ressort „Musik“ einen Anteil von 62,2 % an der Gesamtsendezeit aller Landesrundfunkanstalten. Der Bereich „Kultur und Bildung“ wies einen Anteil von 7,6 % an der Gesamtsendezeit auf.

Mecklenburg-Vorpommern mit den meisten Sitzplätzen in den Theatern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner

Die Daten des Deutschen Bühnenvereins für die Spielzeit 2015/16 zeigen, dass in 815 Spielstätten der öffentlichen Theater in Deutschland insgesamt 258 000 Sitzplätze für das Publikum angeboten wurden. Die meisten Sitzplätze gab es im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit 42 000 Sitzplätzen in 135 Spielstätten. Bezogen auf die Bevölkerungszahl kamen in Deutschland auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner etwa 3,1 angebotene Sitzplätze. Unter den Ländern erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 9,3 den absoluten Spitzenwert. Den niedrigsten Indikatorwert wies Niedersachsen mit 1,8 auf.

Hoher Anteil an Besuchen von Privattheatern in Hamburg und Berlin

Die Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins enthalten auch Daten zu den Besuchen der verschiedenen Theaterformen und -gattungen. Für die Spielzeit 2015/16 wurden für die öffentlichen und privaten Theater insgesamt 30,7 Mill. Besuche gezählt. Die absoluten Besuchszahlen der Stadtstaaten Berlin (2015/16: 4,0 Mill.) und Hamburg (3,9 Mill.) lag damit auf dem Niveau von Baden-Württemberg (3,9 Mill.). Nur Nordrhein-Westfalen lag als bevölkerungsreichstes Bundesland mit einer Besuchszahl von 5,2 Mill. darüber. Werden die Besuchszahlen der öffentlichen Theater in Relation zu den privaten Theatern betrachtet, wiesen insbesondere Hamburg mit 20,4 %, aber auch Berlin mit 40,6 % einen vergleichsweise geringen Anteil an Besuchen an öffentlichen Theatern auf. Dies ist auf das große Angebot der Privattheater in diesen beiden Stadtstaaten zurückzuführen.

Bei der Kennzahl „Theaterbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner“ ergab sich für die Spielzeit 2015/16 ein Indikatorwert von 372. Auch hier nahmen erwartungsgemäß die Musicalstadt Hamburg sowie Berlin mit 2200 bzw. 1100 Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner die Spitzenpositionen ein. Werden nur die öffentlichen Theater berücksichtigt, ergab sich bundesweit ein Wert von 211 Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Zahlen der Stadtstaaten reduzierten sich deutlich auf 460 Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner für Berlin und 442 für Hamburg.

Belletristik führte im Jahr 2017 die Liste der Erstauflagen von Büchern an

Deutschlands Verlage und Institutionen brachten laut Angaben des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels im Jahr 2017 insgesamt 82 600 Neuerscheinungen, davon 72 500 Erstauflagen und 10 100 Neuauflagen, auf den Markt. Unter den verschiedenen Sachgruppen war die Belletristik anteilig mit 19,7 % am stärksten unter den Erstauflagen vertreten. Auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner kamen rund 9 Erstauflagen.

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels ordnet die Erstauflagen den 7 deutschen Landesverbänden nach dem Verlagssitz zu. Bei der Kennzahl „Erstauflagen je 10 000

Einwohnerinnen und Einwohner“ erreichte der Landesverband „Berlin-Brandenburg“ mit 15,4 den höchsten Wert. Die nächsten Plätze belegten die Landesverbände Bayern (9,5) und Baden-Württemberg (9,3). Unter dem Bundesdurchschnitt (8,8) landeten vier Landesverbände.

Seit 2008 ist die Anzahl der veröffentlichten Erstauflagen von 83 400 Titel auf zuletzt 72 500 Titel zurückgegangen. Bezogen auf die Bevölkerungszahl reduzierte sich dementsprechend der Indikatorwert in diesem Zeitraum von rund 10 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf 9 Erstauflagen in 2017.

Verkauf von Abonnementzeitungen ging im Jahr 2017 bundesweit weiter zurück

Die Daten zur verkauften Auflagenhöhe von Tageszeitungen beruhen auf statistischen Auswertungen der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft (ZMG) bzw. der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW). Im zweiten Quartal des Jahres 2017 wurden pro Erscheinungstag bundesweit 14,7 Mill. Exemplare von 327 Tageszeitungen verkauft, wovon 11,5 Mill. Exemplare auf 312 lokale und regionale Abonnementzeitungen entfielen. Über die Hälfte dieser Abonnementzeitungen (179) boten auch ePaper-Versionen ihrer Ausgaben an, von denen insgesamt 723 000 Exemplare bundesweit verkauft wurden.

Die regionale Zuordnung der Zeitungen erfolgt ausschließlich nach dem Erscheinungsort. Beim Ländervergleich des Indikatorwertes „Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner“ führt, wie auch zehn Jahre zuvor, der Stadtstaat Bremen die Länderrangliste mit einem Wert von 287 im zweiten Quartal 2017 mit deutlichem Abstand an. Dieser hohe Wert resultiert erneut aus dem Verkauf zweier Regionalzeitungen, die wohl häufig im Umland gekauft werden.

Im Zeitvergleich konnte ein bundesweiter Rückgang der verkauften Auflagenhöhe der lokalen und regionalen Abonnementzeitungen von 16,6 Mill. Exemplaren im Jahr 2000 auf 11,5 Mill. Exemplare (inkl. ePaper) im Jahr 2017 festgestellt werden.

Ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in Kulturberufen

Beim jährlichen Mikrozensus der Statistischen Ämter wird ein Prozent aller Haushalte in Deutschland nach ihrer wirtschaftlichen und sozialen Situation befragt. Dabei geben die erwerbstätigen Befragten an, in welchem Beruf sie beschäftigt sind. Im Jahr 2016 betrug die Zahl der Erwerbstätigen in einem Kulturberuf hochgerechnet 1,3 Mill. Darunter waren 639 000 Frauen und 624 000 Männer, was einem Anteil von 51 % bzw. 49 % entspricht. Der Anteil an Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt betrug 3,1 %. Gegenüber dem Jahr 2013 hat sich dieser Anteil nicht verändert. Unter den Kulturberufen hatten die Berufsgruppen „Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen“ mit einem Anteil von 16,4 % die größte Bedeutung.

Im Ländervergleich wiesen für das Jahr 2017 die Stadtstaaten Berlin und Hamburg mit 8,7 % bzw. 6,9 % einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Erwerbstätigen in Kulturberufen an Erwerbstätigen insgesamt auf. Bremen vervollständigte mit einem Anteilwert von 4,1 % das Spitzentrio der Stadtstaaten. Kein Flächenland kam über den Bundesdurchschnitt von 3,1 % hinaus.

Überdurchschnittlich viele selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten in Berlin und Hamburg

In der Künstlersozialkasse (KSK) sind selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten sozialversichert. Künstlerinnen und Künstler mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung werden hingegen nicht berücksichtigt. Daher ist die Anzahl der Versicherten bei der KSK nicht gleichzusetzen mit der Anzahl der künstlerisch Erwerbstätigen insgesamt. Im Jahr 2017 waren bei der KSK insgesamt 185 000 Versicherte gemeldet. Bundesweit kamen damit auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 22 Versicherte in der Künstlersozialkasse. Im Jahr 2007 waren es noch 18 Versicherte je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Gruppe der Bildenden Künstlerinnen und Künstler bildete in 2017 mit einem Anteil von 34,8 % die größte Gruppe der Versicherten bei der KSK.

Beim Ländervergleich der Kennzahl „Versicherte in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner“ wird die Bedeutung der Stadtstaaten Berlin und Hamburg als Künstlerhochburgen deutlich. Sie lagen mit den Indikatorwerten von 103 bzw. 73 deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 22 Versicherten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwoh-

ner. Vergleichsweise wenig Versicherte gab es im Saarland, in Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 11), in Thüringen (10) und in Sachsen-Anhalt (9).

Die höchsten öffentlichen Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur gab es in Sachsen und Hamburg

Die Ausgaben der öffentlichen Haushalte für Kultur betragen im Jahr 2015 insgesamt 10,4 Mrd. Euro. Dies entsprach einem Anteil von 1,7 % am gesamten Staatshaushalt. Davon stellte der Bund einen Anteil von 14,8 % bereit, während die Länder – einschließlich der Gemeinden – mit 85,2 % den größten Anteil für Kultur aufwendeten. Auf jede Einwohnerin und jeden Einwohner kamen durchschnittlich 126,77 Euro.

Sachsen verzeichnete im Jahr 2015 die höchsten öffentlichen Kulturausgaben je Einwohnerin und Einwohner: Mit 211,62 Euro erreichte es die Spitzenposition in der Länderreihenfolge. Auf dem zweiten Platz folgte mit leichtem Abstand der Stadtstaat Hamburg (196,11 Euro), gefolgt von den übrigen beiden Stadtstaaten Berlin (186,55 Euro) und Bremen (161,84 Euro).

Jede Schülerin und jeder Schüler der Oberstufe belegte im Schuljahr 2016/17 durchschnittlich ein künstlerisches Fach

Die Kultusministerkonferenz (KMK) sammelt Länderdaten zur Belegung von Kursen in den Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen. Im Schuljahr 2016/17 wurden bundesweit 605 000 Belegungen von künstlerischen Fächern wie „Musik“, „Kunst“, „Literatur“ o. Ä. gezählt. Bezogen auf die Anzahl der Schülerinnen und Schüler ergab sich für Deutschland ein Indikatorwert von 1,0. Somit belegte durchschnittlich jede Schülerin und jeder Schüler einen Kurs in einem künstlerischen Fach. Im Vergleich zum Indikatorwert von 0,9 in den Schuljahren 2006/07 und 2011/12 wurden diese Fächer somit zuletzt etwas häufiger gewählt. Kurse im Bereich „Kunst, Gestaltung, Werken“ wurden im Schuljahr 2016/17 doppelt so häufig belegt wie im Bereich „Musik“.

Beim Indikator „Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in der gymnasialen Oberstufe“ wiesen im Ländervergleich Bayern (1,5 Belegungen je Schülerin und Schüler) und Mecklenburg-Vorpommern (1,2) die höchsten Werte auf. Dies ist durch die Schulverordnungen der Länder zu erklären. In diesen Ländern ist zwingend mindestens ein künstlerisches Fach in den beiden Qualifikationsphasen I und II zu belegen.

Günstige Betreuungsrelationen in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ in ostdeutschen Flächenländern

Nach der amtlichen Hochschulstatistik standen in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an Deutschlands Hochschulen im Jahr 2016 den 93 700 Studierenden insgesamt 19 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals gegenüber. Ein Indikator zur Messung der Studienbedingungen und der Ausbildungsqualität stellt die Betreuungsrelation als Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal dar. Für das Jahr 2016 errechnete sich bundesweit eine Betreuungsrelation von 11,3 Studierenden je Beschäftigte oder Beschäftigter, die sich damit gegenüber 2006 (11,8) leicht verbesserte.

Im Ländervergleich des Indikators wurde deutlich, dass im Jahr 2016 die drei ostdeutschen Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern (7,2), Thüringen (7,7) und Sachsen (7,9) die günstigsten Betreuungsrelationen boten. Die höchsten und somit für die Studierenden ungünstigsten Kennzahlen wiesen Hamburg (16,9) und Hessen (16,6) auf.

Stadtstaaten als attraktive Hochschulstandorte

Die amtliche Hochschulstatistik zählte im Jahr 2016 insgesamt 315 200 Absolventinnen und Absolventen eines Erststudiums an Deutschlands Hochschulen. Davon gehörten 11 300 bzw. 3,6 % zur Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“. Der Frauenanteil in dieser Fächergruppe lag bei 64 %.

Für den Indikatorwert wurde der Anteil der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen auf die altersspezifische Bevölkerung bezogen. Für Deutschland errechnete sich dabei ein Wert von 1,1 %, der im Vergleich zu 2006 nahezu unverändert blieb (+ 0,06 Prozentpunkte). Beim Ländervergleich standen im Jahr 2016 die Stadtstaaten an der Spitze der Länderrangliste. An vorderster Stelle und mit deutlichem Abstand wies der Hochschulstandort Berlin einen

Anteilswert von 3,0 % auf (Hamburg: 1,9 %, Bremen: 1,8 %). Mecklenburg-Vorpommern (0,7 %) und Schleswig-Holstein (0,5 %) bildeten die beiden Schlusslichter der Rangfolge.

Hoher Frauenanteil in den Volkshochschulkursen im Programmbereich „Kultur, Gestalten“

Statistiken zum Volkshochschulwesen werden jährlich durch das Deutsche Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in der Publikation „Volkshochschul-Statistik“ veröffentlicht. Im Jahr 2016 wurden an den 893 von insgesamt 899 Volkshochschulen (VHS) in Deutschland 870 000 Kursbelegungen im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ gezählt. Somit kamen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 1055 Kursbelegungen. 2006 lag der bundesweite Wert noch bei 1225. Mit 80 % nahmen vor allem Frauen im Jahr 2016 die Angebote der Volkshochschulen im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ in Anspruch.

Im Ländervergleich des Indikatorwertes bildeten Bayern (1707 Belegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Baden-Württemberg (1639) und Schleswig-Holstein (1471) die Spitzengruppe. Die ostdeutschen Flächenländer lagen mit Werten zwischen 599 (Thüringen) und 364 (Brandenburg) am anderen Ende der Länderrangliste.

2016 gab jeder Haushalt über 3000 Euro für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ aus

Für die Daten der Laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik werden in Deutschland jährlich rund 8000 Haushalte nach deren Konsumgewohnheiten und der Ausstattung mit einer Vielzahl von Gebrauchsgütern befragt. Ein bundesdeutscher Haushalt gab 2016 durchschnittlich 3096 Euro für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ aus. Dies entspricht einem Anteil von 10,4 % an den gesamten Konsumausgaben der Haushalte. In den ostdeutschen Bundesländern lag dieser Anteil bei 11,0 %, in den westdeutschen Bundesländern bei 10,2 %. Seit dem Jahr 2006 sind diese Anteile um 0,8 (westdeutsche Länder und Bund) bzw. um 0,9 Prozentpunkte (ostdeutsche Länder) gesunken.

Die Anteile der Ausgaben für ausgewählte Kulturgüter an den privaten Konsumausgaben waren im Jahr 2016 eher gering. Bundesweit entfielen auf den Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften 0,8 % der privaten Konsumausgaben, für Bücher 0,4 % und für Bild- und Tonträger 0,2 %.

Großflächige Ausstattung der privaten Haushalte mit Fernsehgeräten und Mobilfunktelefonen

In den Laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik sind auch Daten zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik enthalten. Im Zeitvergleich der Daten wird der technologische Wandel in der Haushaltsausstattung deutlich: Bei einem Flachbildfernseher nahm der Ausstattungsgrad deutscher Haushalte von 9 % im Jahr 2007 auf 86,5 % im Jahr 2017 zu. Da diese Geräte häufig eine internetbasierte Wiedergabe von TV-Sendungen und Filmen ermöglichen, erübrigt sich häufig der Erwerb von zusätzlichen DVD- und Blu-Ray-Geräten. Der Ausstattungsgrad dieser Geräte stieg zwischen 2007 und 2014 zunächst von 63 % auf 75 % an, ist aber seitdem rückläufig und betrug zuletzt 65 %. Eine ähnliche Tendenz ließ sich für MP3-Player feststellen, deren Wiedergabefunktion von Audioinhalten zunehmend von Mobiltelefonen erfüllt wird. Der Ausstattungsgrad mit MP3-Player stieg zwischen 2007 und 2014 von 29,0 % auf 44,0 %, ging seitdem aber wieder auf 37,7 % zurück. Die Ausstattung mit Mobiltelefonen stieg in den privaten Haushalten seit 2007 von 81,8 % auf 95,5 % im Jahr 2017 an. Diese Entwicklungstrends ließen sich sowohl für die westdeutschen als auch für die ostdeutschen Länder beobachten.

Immer mehr private Haushalte mit mobilem Internetzugang

In den Laufenden Wirtschaftsrechnungen der amtlichen Statistik sind auch Merkmale zur Ausstattung der privaten Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer aufgenommen. Beim Internetanschluss nahm der Ausstattungsgrad der deutschen Haushalte von 60 % im Jahr 2007 auf 91 % im Jahr 2017 zu. In den westdeutschen Ländern stieg er im selben Zeitraum von 61 % auf 92 % und in den ostdeutschen Ländern von 56 % auf 89 %. Beim Personalcomputer zeigte sich bundesweit eine Zunahme des Ausstattungsgrades der privaten Haushalte von 73 % im Jahr 2007 auf 90 % im Jahr 2017. Vor allem die Ausstattung mit mobilen Geräten (Laptops etc.) stieg in diesem Zeitraum an. Im Jahr 2014 waren in deutschen Haushalten mobile PC (Ausstattungsgrad: 68 %) erstmals weiter verbreitet als stationäre Geräte (54 %). Diese Entwicklung setzte sich bis 2017 fort: 79 % der privaten Haushalte waren in diesem Jahr mit einem mobilen Gerät und 49 % mit einem stationären Gerät ausgestattet.

Einleitung

Die Kulturstatistik in Deutschland befindet sich im Wandel. In ihrem Abschlussbericht von 2007 konstatierte die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“¹⁾ seinerzeit ein sehr heterogenes und wenig vergleichbares kulturstatistisches Datenangebot für Deutschland. Vor diesem Hintergrund erschien im Jahr 2008 die Veröffentlichung „Kulturindikatoren auf einen Blick“, die erstmals einen systematischen Einstieg in und einen Überblick über die kulturstatistische Berichterstattung bot. Im Rahmen eines Bund-Länder-Projekts zur Weiterentwicklung des kulturstatistischen Datenangebots in Deutschland, initiiert im Jahr 2014 durch die Kultusministerkonferenz (KMK) und die Bundesbeauftragte für Kultur und Medien (BKM), folgten anschließend statistische Veröffentlichungen als Spartenberichte zu den Bereichen „Musik“ (2016), „Museen, Bibliotheken und Archive“ (2017) sowie „Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege“ (2018). Ihnen sollen Berichte zu weiteren Kultursparten folgen. Diese Spartenberichte haben zum Ziel, bereits bestehende Daten der deutschen Kulturlandschaft zu erfassen und abzubilden sowie Datenlücken zu benennen und somit Weiterentwicklungen zur Verbesserung der Datenlage voranzutreiben.

Eine weitere Komponente dieses Projekts ist nun die Aktualisierung und Erweiterung der „Kulturindikatoren auf einen Blick“ durch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Um die bestehenden, kulturstatistischen Daten besser einordnen und interpretieren zu können, werden sie für den vorliegenden Bericht zu einer Bezugsgröße in Verhältnis gesetzt (z. B. zu den Bevölkerungszahlen der Bundesländer), um schließlich als Indikatorwerte besser vergleichbar zu sein. Die Berichterstattung über Indikatorensysteme ist in der Statistik ein vertrautes und zuverlässiges Verfahren, um Entwicklungslinien sowie Erfolge und Leistungen besser zu identifizieren und sichtbar zu machen.

Die Gliederung dieses Berichts erfolgt nach den verschiedenen Kultursparten, wie sie u. a. bereits durch die Spartenberichte vorgegeben waren. Neben den Sparten „Musik“ (Kapitel I), „Bibliotheken, Museen und Archive“ (Kapitel II) und „Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege“ (Kapitel III) werden auch die Sparten „Film, Fernsehen und Hörfunk“ (Kapitel IV), „Darstellende Kunst und Tanz“ (Kapitel V) sowie „Literatur und Presse“ (Kapitel VI) berücksichtigt. Entsprechend des Datenangebots wurden Indikatoren zu den jeweiligen Sparten ausgewählt und in Unterkapiteln ausgewertet. Im Anschluss an die Kapitel zu den Kultursparten folgt das Kapitel VII zu spartenübergreifenden Kulturindikatoren. Darin werden relevante Indikatoren dargestellt, die entweder nicht eindeutig zu einer Kultursparte zugeordnet werden können oder die gesamte Kulturlandschaft in Deutschland betreffen. Dazu zählen auch Indikatoren zu Rezeptionsmöglichkeiten in privaten Haushalten, wie z. B. die Ausstattung mit Geräten der Unterhaltungselektronik und mit Internetanschluss. Für diesen Bericht sollen möglichst viele Bereiche des kulturellen Lebens in Deutschland berücksichtigt werden, für die Daten vorliegen. Es ist vorgesehen, die „Kulturindikatoren“ zweijährlich zu aktualisieren und zu erweitern. Zusätzlich zu diesen Berichten sind kompakte Kurzfassungen mit den wichtigsten und anschaulich aufgearbeiteten Ergebnissen geplant.

Die Erstellung des vorliegenden Berichts wurde inhaltlich und fachlich begleitet vom Arbeitskreis Kulturstatistik. Den Vorsitz hat seit 2018 das Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg. Ebenfalls vertreten sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM), der Deutsche Städtetag, das Hessische Ministerium für Wissenschaft und Kunst, das Hessische Statistische Landesamt, die Kultusministerkonferenz (KMK), das Niedersächsische Ministerium für Wissenschaft und Kultur sowie das Statistische Bundesamt.

1) Vgl. Gutachten zur Kulturstatistik für die Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages, Statistisches Bundesamt 2004.

Kapitel I

Indikatoren zur Sparte Musik

I.1 Anzahl der Orchester und Orchestermitglieder (2016)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Auskunft über die Anzahl von öffentlich finanzierten Kulturorchestern in Deutschland und die Anzahl der Orchestermitglieder getrennt nach Orchesterarten.

Hohe Bedeutung des Musiktheaterbetriebes für Kulturorchester

In der Spielzeit 2015/16 gab es in Deutschland insgesamt 130 öffentlich finanzierte Kulturorchester mit 9900 Mitgliedern. Unterteilt nach Orchesterarten gab es in dieser Spielzeit 70 Theaterorchester, 47 selbstständige Kulturorchester und 13 Rundfunkorchester. Somit spielt der Musiktheaterbetrieb der Theaterorchester anteilig an allen Kulturorchestern mit 53,8 % die größte Rolle in der Orchesterlandschaft in Deutschland. Die Anzahl der Kulturorchester insgesamt ist seit der Spielzeit 2014/15 unverändert; die Anzahl der Mitglieder hat sich um 21 Personen und damit nur geringfügig reduziert.

In der Spielzeit 2015/16 gab es 130 Kulturorchester in Deutschland

Die Auswertung der Anzahl der Kulturorchester nach Ländern in der Spielzeit 2015/16 zeigt, dass bevölkerungsreiche Länder wie Nordrhein-Westfalen (22), Baden-Württemberg (17) und Bayern (16) auch die meisten öffentlich finanzierten Kulturorchester haben. Als einziges ostdeutsches Flächenland bewegt sich Sachsen mit insgesamt 15 Kulturorchestern ebenfalls auf einem hohen Niveau. Gegenüber den anderen Ländern mit den meisten Orchestern hatte der Freistaat in dieser Spielzeit mit 60 % einen vergleichsweise hohen Anteil an Theaterorchestern (9). Bayern hat mit 8 Theaterorchestern einen etwas geringeren Anteil von 50 %, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 7 Theaterorchestern hatten einen Anteil von 42 % und 32 %. Die wenigsten öffentlich finanzierten Kulturorchester in der Spielzeit 2015/16 gab es im Saarland (2), in Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg (jeweils 3) sowie in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg (jeweils 4).

Über die Hälfte aller Orchestermitglieder entfallen auf vier Bundesländer

Im Vergleich zur Spielzeit 2014/15 hat sich die Anzahl der Kulturorchester in den Ländern nicht verändert. Die Anzahl der Orchestermitglieder je Bundesland korrespondiert erwartungsgemäß mit der Anzahl der Kulturorchester. Von diesen 9900 Mitgliedern entfiel demnach über die Hälfte (54,0 %) auf die vier Bundesländer mit den meisten Kulturorchestern: Nordrhein-Westfalen (1790 Mitglieder), Bayern (1250), Sachsen (1200) und Baden-Württemberg (1100). Die wenigsten Mitglieder fanden sich in Bremen (175), im Saarland (178), in Schleswig-Holstein (226) und in Brandenburg (233). Obgleich es in dieser Spielzeit in Hamburg weniger Kulturorchester als in Mecklenburg-Vorpommern oder Brandenburg gab, wies die Hansestadt mit 316 Musikerinnen und Musikern vergleichsweise mehr Mitglieder auf. Dies ist vor allem auf zwei groß besetzte Kulturorchester zurückzuführen. Beim Vergleich zur Spielzeit 2014/15 zeigen sich nur geringfügige Schwankungen bei den Mitgliederzahlen in den Bundesländern.

Methodische Hinweise zum Indikator I.1

Für den Indikator werden die Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen, die jährlich mit Daten zur Spielzeit des Vorjahres veröffentlicht werden. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen. Zu den Orchestern liegen zahlreiche Merkmale vor, u. a. zum Personalbestand, zu Einnahmen und Ausgaben sowie zu Konzerten, zu Konzertbesuchern, zur Anzahl der Orchester und der Orchestermitglieder getrennt nach Orchesterart. Es besteht keine Verpflichtung zur Meldung der Daten.

Kulturorchester werden entsprechend dem „Tarifvertrag für die Musiker in Kulturorchestern“ (TVK) vom Deutschen Bühnenverein e. V. definiert als „[...] Orchester, die regelmäßig Operndienst versehen oder Konzerte ernst zu wertender Musik spielen“ (TVK § 1 Abs. 2). Ausgeschlossen sind damit jene Orchester, die ausschließlich oder überwiegend Opern-Opernmusik vortragen. Ein weiteres Merkmal ist, dass Kulturorchester überwiegend durch öffentliche Gelder finanziert werden. Der Deutsche Bühnenverein e. V. unterteilt außerdem in selbstständige Kulturorchester, in Theater integrierte Kulturorchester sowie in Rundfunkorchester. Selbstständige Kulturorchester verfügen über einen eigenen Etat und befinden sich zumeist in Rechtsträgerschaft des Landes, des Landkreises oder der Stadt. In Theatern ohne eigenes Orchesterpersonal versehen Kulturorchester zumeist den Theaterdienst. In Theater integrierte Orchester sind organisatorisch an Musiktheater angegliedert. Rundfunkorchester sind jene Orchester, die Teil eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmens sind. Als Mitglieder eines Kulturorchesters werden alle aktiven Musikerinnen und Musiker in den Orchestern des Deutschen Bühnenvereins e. V. gezählt.

Tabelle I.1

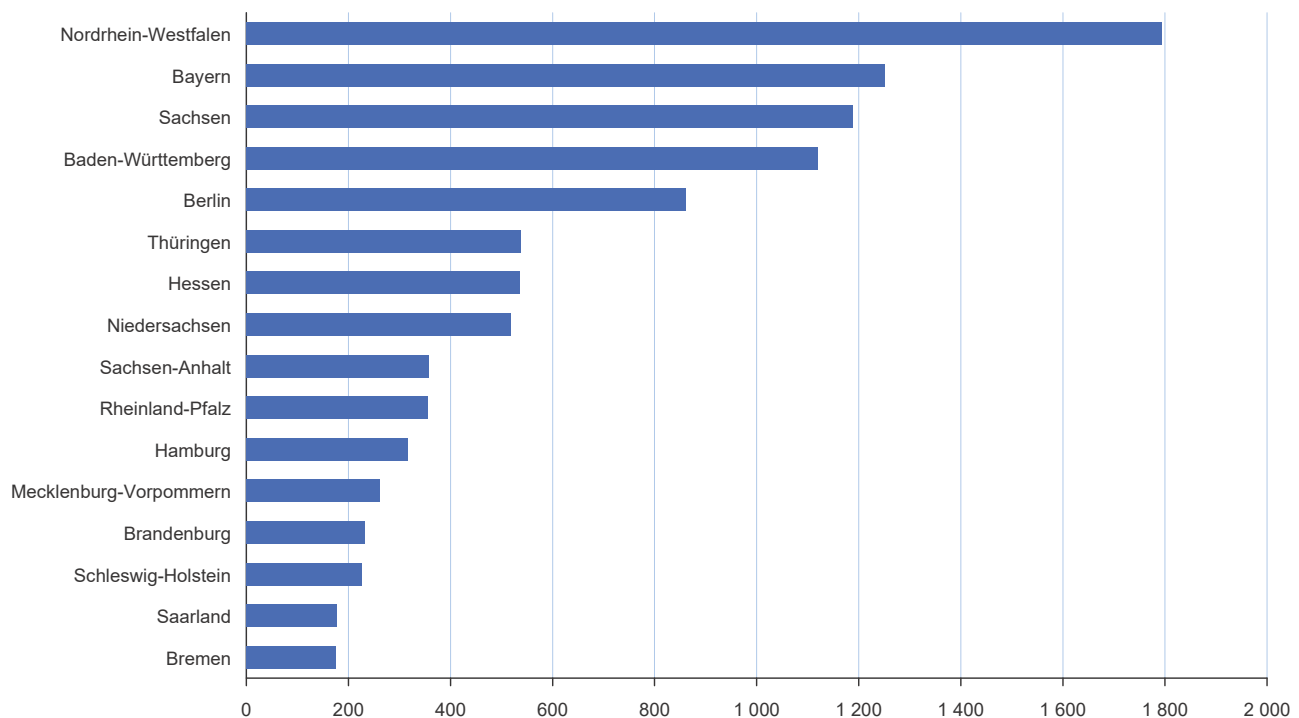
Anzahl der öffentlich finanzierten Orchester und Orchestermmitglieder in den Spielzeiten 2014/15 und 2015/16 nach Bundesländern

Land	2014/15		2015/16							
	Orchester	Mitglieder	Orchester	darunter			Mitglieder	darunter		
				Selbstständige Kulturorchester	Theaterorchester	Rundfunkorchester		Selbstständige Kulturorchester	Theaterorchester	Rundfunkorchester
Baden-Württemberg	17	1 122	17	8	7	2	1 120	339	581	200
Bayern	16	1 246	16	6	8	2	1 251	458	622	171
Berlin	8	864	8	2	4	2	862	239	395	228
Brandenburg	4	225	4	2	2	.	233	100	133	.
Bremen	3	172	3	2	1	.	175	122	53	.
Hamburg	3	316	3	2	.	1	316	203	.	113
Hessen	6	537	6	.	5	1	535	.	423	112
Mecklenburg-Vorpommern	4	270	4	.	4	.	261	.	261	.
Niedersachsen	8	530	8	1	6	1	519	51	383	85
Nordrhein-Westfalen	22	1 798	22	13	7	2	1 793	1 083	535	175
Rheinland-Pfalz	5	344	5	3	2	.	356	233	123	.
Saarland	2	181	2	.	1	1	178	.	80	98
Sachsen	15	1 200	15	5	9	1	1 188	454	617	117
Sachsen-Anhalt	5	357	5	1	4	.	357	21	336	.
Schleswig-Holstein	3	228	3	.	3	.	226	.	226	.
Thüringen	9	539	9	2	7	.	538	130	408	.
Deutschland	130	9 929	130	47	70	13	9 908	3 433	5 176	1 299

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Darstellung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.1

Anzahl der Orchestermmitglieder in der Spielzeit 2015/16 nach Bundesländern



Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Darstellung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

I.2 Konzertbesuche von öffentlich finanzierten Orchestern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie häufig Konzerte öffentlich finanzierter Orchester besucht werden. Er spiegelt zum einen das Angebot an Konzerten und zum anderen das Besucherinteresse bzw. die Nachfrage nach diesen in den einzelnen Ländern wider. Die Anzahl der Konzertbesuche wird auch auf die Bevölkerungszahlen⁶ der einzelnen Länder bezogen.

Überdurchschnittlich viele Konzertbesuche in Sachsen und Berlin

Kontinuierlicher Anstieg der Besucherzahlen in Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein

In der Spielzeit 2015/16 boten in Deutschland die 130 öffentlich finanzierten Kulturorchester 9500 Konzerte an. Zu den öffentlich finanzierten Kulturorchestern zählen die selbstständigen Kulturorchester mit eigenem Etat, in Theater integrierte Kulturorchester sowie Rundfunkorchester, die Teil eines öffentlich-rechtlichen Rundfunkunternehmens sind. Diese Konzerte wurden in der Spielzeit 2015/16 über 5,4 Mill. Mal besucht. Im Vergleich zu den Spielzeiten 2013/14 und 2014/15 sind bundesweit, bei gleichbleibender Anzahl der Orchester, sowohl die Anzahl der Konzerte als auch die Anzahl der Besuche in Deutschland insgesamt angestiegen. Einen kontinuierlichen, deutlichen Anstieg der angebotenen Konzerte der öffentlich finanzierten Kulturorchester im Beobachtungszeitraum gab es in Baden-Württemberg, im Saarland, in Schleswig-Holstein sowie in Hamburg. Der Anstieg in Hamburg zwischen 2013/14 und 2014/15 ist allerdings auf die geringen Meldungen der selbstständigen Kulturorchester in 2013/14 zurückzuführen, die für diese Spielzeit lediglich 32 Konzerte am Ort meldeten, für 2014/15 hingegen 146 Konzerte. Überdies ist die Anzahl der Konzertbesuche im Beobachtungszeitraum einzig in den Flächenländern Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein stetig angestiegen. Rheinland-Pfalz ist hingegen das einzige Land, das einen kontinuierlichen Rückgang der Konzertbesuchszahlen in den Spielzeiten 2013/14 bis 2015/16 aufweist.

66 Konzertbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in Deutschland

Bezieht man die Anzahl der Konzertbesuche auf die Bevölkerungszahl, liegt der durchschnittliche Konzertbesuch in Deutschland bei 66 je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2015/16. Die Stadtstaaten nehmen, wie auch bei vielen anderen Kultursparten, erneut eine überdurchschnittliche Stellung ein. In Berlin kamen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner 208, in Bremen 172 und in Hamburg 109 Konzertbesuche. Von den Flächenländern liegt vor allem Sachsen mit 204 Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner nahe dem Wert Berlins und somit deutlich über dem Durchschnitt. Darüber hinaus weist Thüringen über 100 Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner auf. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen hingegen Rheinland-Pfalz mit 29 Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, Schleswig-Holstein mit 23, Niedersachsen mit 20 und Hessen mit 17.

Im Vergleich zu den vergangenen beiden Spielzeiten hat sich die Anzahl der Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im Bundesdurchschnitt kaum verändert. Zwischen 2014/15 und 2015/16 ist der Wert von 65 auf 66 Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner angestiegen. Differenziert nach den Ländern zeigten sich im Beobachtungszeitraum einige Schwankungen bei der Anzahl der Konzertbesuche bezogen auf 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Lediglich in den bereits genannten Ländern Sachsen-Anhalt und Thüringen gab es einen Anstieg des Indikatorwerts, während in Mecklenburg-Vorpommern und Rheinland-Pfalz die Werte leicht zurückgingen. In Hessen blieb die Anzahl der Konzertbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (17) zwischen den Spielzeiten 2013/14 und 2015/16 unverändert.

Methodische Hinweise zum Indikator I.2

Für den Indikator werden die Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen, die jährlich mit Daten zur Spielzeit des Vorjahres veröffentlicht werden. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen. Zu den Orchestern liegen zahlreiche Merkmale vor, u. a. zum Personalbestand, den Einnahmen und Ausgaben sowie zu den Konzerten, Konzertbesuchern, der Anzahl der Orchester und der Orchestermitglieder getrennt nach Orchesterart. Es besteht keine Verpflichtung zur Meldung der Daten.

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass Konzertangebote in Stadtstaaten und zum Teil in weiteren Großstädten überregional ausgerichtet sind und daher in höherem Maße auch von Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Länder wahrgenommen werden.

Tabelle I.2

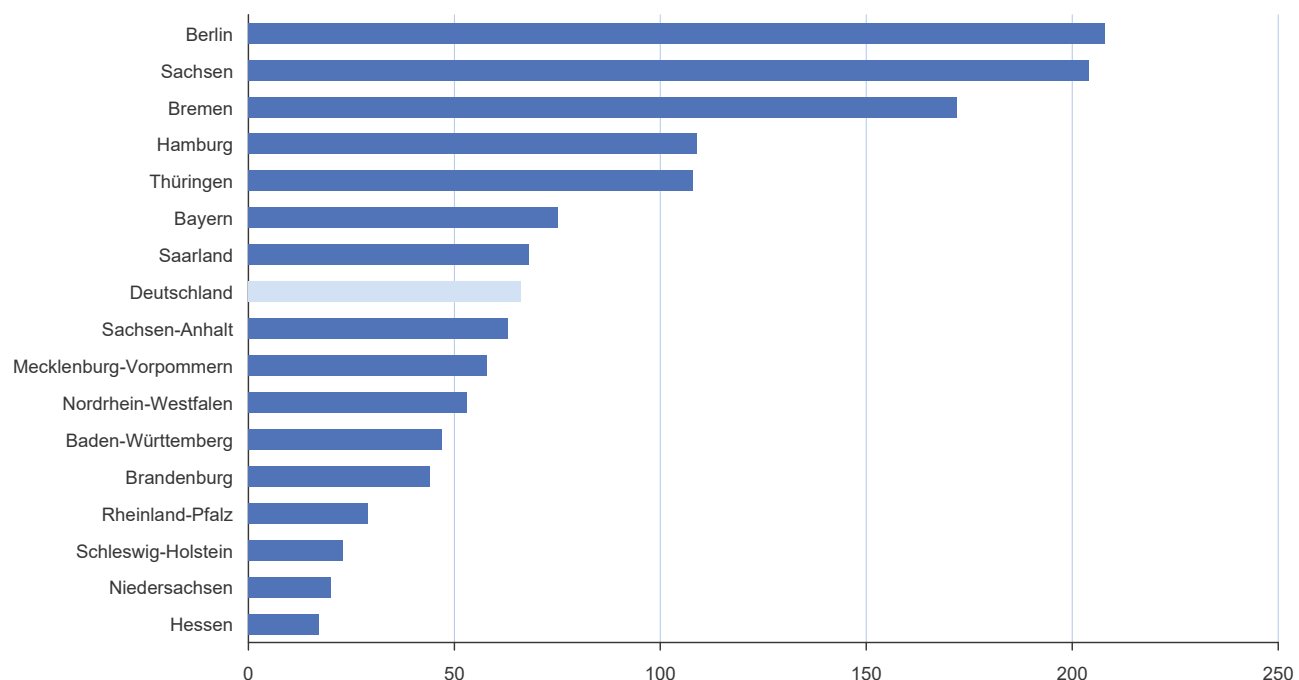
Konzertbesuche öffentlich finanzierter Orchester in den Spielzeiten 2013/14 bis 2015/16 nach Bundesländern

Land	2013/14			2014/15			2015/16		
	Konzerte	Besuche	Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner	Konzerte	Besuche	Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner	Konzerte	Besuche	Besuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	956	545 580	51	975	562 832	52	1 047	515 059	47
Bayern	1 196	906 212	71	1 157	883 822	69	1 185	968 392	75
Berlin	747	670 049	193	716	658 366	187	841	742 094	208
Brandenburg	337	104 843	43	367	118 221	48	358	110 166	44
Bremen	201	125 875	190	188	111 585	166	211	116 808	172
Hamburg	112	129 628	74	229	187 353	105	234	197 433	109
Hessen	214	103 798	17	185	103 898	17	201	107 299	17
Mecklenburg-Vorpommern	271	99 342	62	296	99 965	62	254	94 038	58
Niedersachsen	279	168 486	22	307	209 514	26	278	158 365	20
Nordrhein-Westfalen	1 548	942 539	53	1 536	997 949	56	1 541	945 036	53
Rheinland-Pfalz	260	135 859	34	289	120 775	30	259	119 406	29
Saarland	128	53 862	54	131	79 312	80	144	67 857	68
Sachsen	1 722	846 829	209	1 795	810 357	198	1 784	833 778	204
Sachsen-Anhalt	429	124 822	56	406	131 644	59	435	140 499	63
Schleswig-Holstein	108	54 878	19	118	59 540	21	140	66 965	23
Thüringen	624	241 792	112	611	244 736	113	598	233 301	108
Deutschland	9 132	5 254 394	65	9 306	5 379 869	65	9 510	5 416 496	66

Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.2

Konzertbesuche öffentlich finanzierter Orchester je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2015/16 nach Bundesländern



Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

I.3 Anteil der Mitglieder im Deutschen Chorverband an der Bevölkerung (2017)

Indikatorenbeschreibung

Der Anteil der Chormitglieder an der Bevölkerung zeigt, wie sehr sich diese mit Vokalmusik, und hierbei im Besonderen mit Chorgesang, beschäftigt. Obwohl die zur Verfügung stehenden Daten des Deutschen Chorverbands e. V. nicht alle Chorbereiche in Deutschland abdecken, zeigt der ermittelte Indikator doch anschaulich, in welchen Ländern die Chorbeteiligung ausgeprägter bzw. weniger ausgeprägt ist. Unter den Kulturaktivitäten im Laienbereich hat der Chorgesang einen hohen Stellenwert.

1,4 Mill. Mitglieder im Deutschen Chorverband

Anteil an jungen Sängerinnen und Sängern in den ostdeutschen Ländern besonders hoch

Jedes neunte Mitglied im Deutschen Chorverband unter 27 Jahre alt

Der Deutsche Chorverband e. V. (DCV) ist mit seinen insgesamt 1,4 Mill. aktiven und fördernden Mitgliedern in 21 300 Chören (Stand: 2017) der mitgliedersstärkste weltliche Verband für vokales Amateurmusizieren. Zu seinen Gruppen und Chören gehören Männer-, Frauen-, gemischte, Kinder- und Jugendchöre. Die vier Länder mit den meisten aktiven und fördernden Mitgliedern waren Baden-Württemberg (380 000), Rheinland-Pfalz (191 000), Bayern (189 000) und Hessen (181 000). Weniger als 10 000 Mitglieder hatten die Landesverbände Brandenburg (9 000), Hamburg (5 000) und Mecklenburg-Vorpommern (4 400).

Von allen Mitgliedern des DCV waren insgesamt 10,9 % Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 27 Jahre. Der Anteil an jungen Sängerinnen und Sängern war in den ostdeutschen Ländern besonders hoch. An erster und zweiter Stelle standen Mecklenburg-Vorpommern mit 28,4 % und Berlin mit 26,8 %. Doch auch Brandenburg (22,3 %), Sachsen-Anhalt (21,2 %), Sachsen und Thüringen (jeweils 14,9 %) lagen über dem Bundesdurchschnitt. Von den westdeutschen Ländern lagen die Landesverbände in Niedersachsen-Bremen (15,4 %), der Chorverband in Hamburg (14,7 %) und die Landesverbände Bayern (14,6 %) über diesem Wert. Den geringsten Anteil an Kinder und Jugendlichen unter 27 Jahren hatten die Landesverbände in Hessen (8,8 %), Schleswig-Holstein (8,2 %) und Rheinland-Pfalz (7,6 %).

Insgesamt waren 1,6 % der Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2017 aktive bzw. fördernde Mitglieder in den Chören des DCV. Bundesweit war somit jede oder jeder 63. Einwohnerin oder Einwohner dort eingetragen. Die größten Anteile an der Bevölkerung wurden in den Ländern Rheinland-Pfalz (4,7 %), Baden-Württemberg (3,5 %) und Hessen (2,9 %) ermittelt. Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Sachsen (jeweils 0,3 %) sowie Berlin und Brandenburg (jeweils 0,4 %) wiesen die geringsten Anteile an Mitgliedern in Chören des DCV auf.

Methodische Hinweise zum Indikator I.3

Die verwendeten Daten zu den Chören und Mitgliedern stammen vom Deutschen Chorverband e. V. (DCV) zum Stichtag 1. Mai 2017. Der DCV erhebt bei seinen Mitgliedsverbänden jährlich Daten zum Chorleben in Deutschland, u. a. die Anzahl der Chöre und die Anzahl der Mitglieder. Der Nachweis der einzelnen Chorverbände konnte in den meisten Fällen den entsprechenden Bundesländern zugeordnet werden. In einigen Fällen erfolgte eine schwerpunktmäßige Zuordnung der Daten. Ab dem Jahr 2014 gibt es keine Unterscheidung mehr zwischen aktiven und fördernden Mitgliedern. Aus diesem Grund können keine Aussagen zur Anzahl tatsächlich in Chören musizierender Mitglieder getroffen werden. Außerdem lagen zwar Daten für 2018 vor, allerdings sind zum 31. Dezember 2017 acht große Chorverbände aus dem DVC ausgetreten. Da jene Chöre auch ohne die Mitgliedschaft im Deutschen Chorverband aktiv sind und um ein genaueres Bild der Chorlandschaft in Deutschland zu erhalten, wurden für die vorliegende Darstellung die Daten aus dem Jahr 2017 herangezogen.

Bei der Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass neben dem Deutschen Chorverband e. V., auch im Verband Deutscher Konzert-Chöre, im Arbeitskreis Musik in der Jugend sowie im Internationalen Arbeitskreis für Musik weltliches vokales Amateurmusizieren angeboten wird. Für den Meldezeitraum 2017/18 geht das Deutsche Musikinformationszentrum (MIZ) auf Grundlage der Verbandsdaten von 740 Chören (ohne Internationaler Arbeitskreis für Musik) sowie von 43 300 Sängerinnen und Sängern aus. Unter den kirchlichen Verbänden geht das MIZ von rund 20 000 Chören der evangelischen Kirche mit 371 000 Sängerinnen und Sängern (Datenstand der evangelischen Kirche 2015), sowie von 13 500 Chören der katholischen Kirche mit insgesamt 328 000 Sängerinnen und Sängern aus.

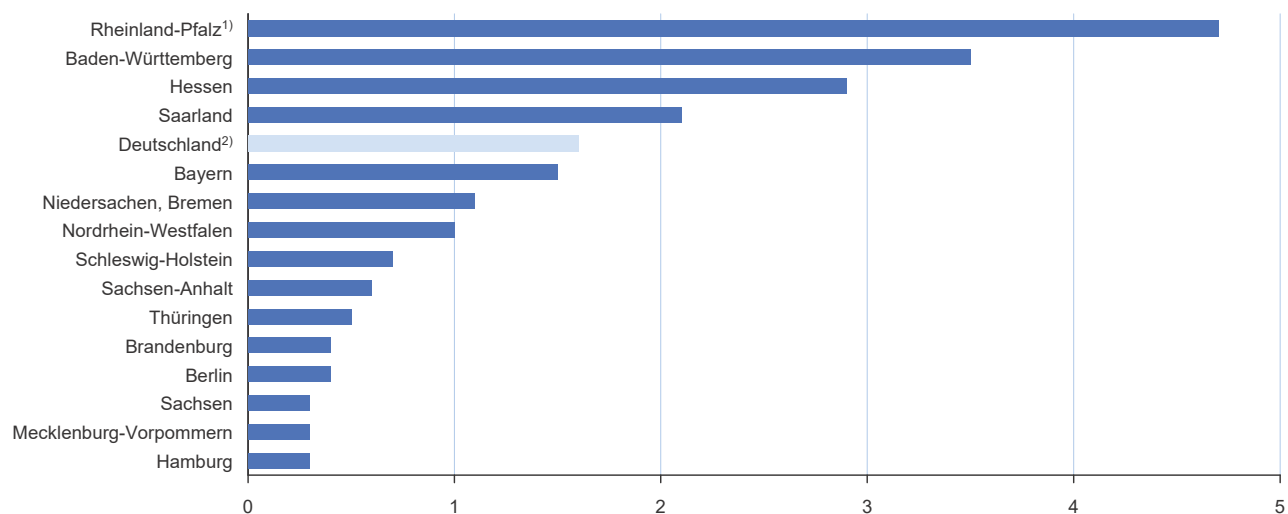
Tabelle I.3

Mitglieder des Deutschen Chorverbands 2017 nach Landesverbänden, Art der Mitgliedschaft und Altersgruppe

Land	Zugehörige Landesverbände	Chöre ¹⁾		Aktive und fördernde Mitglieder		
		insgesamt		Anteil an der Bevölkerung ²⁾	darunter Kinder und Jugendliche bis 27 Jahre	
		Anzahl			Anzahl	%
Baden-Württemberg	Baden-Württembergischer Sängerbund e. V., Badischer Chorverband e. V., Schwäbischer Chorverband e. V.	4 907	379 897	3,5	40 365	10,6
Bayern	Bayerischer Sängerbund e. V., Chorverband Bayrisch-Schwaben e. V., Fränkischer Sängerbund e. V.	2 985	188 862	1,5	27 501	14,6
Berlin	Chorverband Berlin e. V.	292	13 927	0,4	3 735	26,8
Brandenburg	Brandenburgischer Chorverband e. V.	226	8 997	0,4	2 010	22,3
Hamburg	Chorverband Hamburg e. V.	112	5 078	0,3	744	14,7
Hessen	Hessischer Chorverband e. V., Hessischer Sängerbund e. V., Maintal-Sängerbund e. V.	2 372	181 408	2,9	16 034	8,8
Mecklenburg-Vorpommern	Chorverband Mecklenburg-Vorpommern e. V.	107	4 425	0,3	1 255	28,4
Niedersachsen, Bremen	Chorverband Niedersachsen-Bremen e. V., Niedersächsischer Chorverband e. V.	2 257	93 211	1,1	14 320	15,4
Nordrhein-Westfalen	Chorverband Nordrhein-Westfalen e. V.	2 760	173 100	1,0	17 612	10,2
Rheinland-Pfalz	Chorverband Rheinlad-Pfalz e. V., Chorverband der Pfalz e. V., Rheinland-Pfälzischer Chorverband e. V. ³⁾	2 600	190 696	4,7	14 569	7,6
Saarland	Saarländischer Chorverband e. V.	324	20 760	2,1	2 055	9,9
Sachsen	Sächsischer Chorverband e. V.	277	10 999	0,3	1 637	14,9
Sachsen-Anhalt	Chorverband Sachsen-Anhalt e. V.	456	12 669	0,6	2 681	21,2
Schleswig-Holstein	Sängerbund Schleswig-Holstein e. V.	360	19 000	0,7	1 562	8,2
Thüringen	Thüringer Sängerbund e. V.	350	11 535	0,5	1 717	14,9
Deutschland⁴⁾		21 258	1 358 032	1,6	147 797	10,9

1) einschl. Instrumental- und Tanzgruppen, Instrumentalgruppen, Neigungsgruppen, Pop- und Jazzchöre – 2) Bevölkerungszahl zum Stichtag 31.12.2016 – 3) Die Angaben des Rheinland-Pfälzischen Chorverbands e. V. beziehen sich auf den Stichtag 1.5.2016. – 4) Einschl. der Daten derjenigen Verbände, die nicht eindeutig einem Bundesland zugeordnet werden konnten. Darunter zählen: Anchoras e. V., Auslandschöre des Deutschen Chorverbandes, Fachverband Shantychöre Deutschland e.V, Deutsche Sängerschaft, insgesamt 873 Chöre und 43 468 Mitglieder. Daher ist der Deutschlandwert höher als die Summe der ausgewiesenen Landeswerte. – – – Quelle: Deutscher Chorverband (DCV), Spielzeit 2016/17, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.3

Anteil der Mitglieder des Deutschen Chorverbands an der Bevölkerung 2017 nach Bundesländern (in %)

1) Die Angaben des Rheinland-Pfälzischen Chorverbands e. V. beziehen sich auf 2015/2016. – 2) Einschl. der Daten derjenigen Verbände, die nicht eindeutig einem Bundesland zugeordnet werden konnten. Darunter zählen: ARCHODAS, Auslandschöre des Deutschen Chorverbandes, Fachverband Shantychöre Deutschland e.V, Deutsche Sängerschaft, insgesamt 873 Chöre und 43 468 Mitglieder. – – – Quelle: Deutscher Chorverband (DCV), Spielzeit 2016/17, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

I.4 Verteilung der Umsätze in der Musikwirtschaft (2013)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator zeigt an, wieviel Umsätze durch umsatzsteuerpflichtige Unternehmerinnen und Unternehmer in der Musikwirtschaft in Deutschland erzielt wurden. Er gibt überdies Auskunft darüber, wie viele Steuerpflichtige in einem Wirtschaftszweig⁶ gemeldet sind und welche absoluten und relativen Umsätze in diesen Wirtschaftszweigen bezogen auf den Gesamtumsatz in der Musikwirtschaft geleistet wurden. Da aufgrund des Steuergeheimnisses keine umfassenden Daten auf Länderebene übermittelt werden konnten, wird bei diesem Indikator auf eine Darstellung getrennt nach Bundesländern verzichtet.

9,2 Mrd. Euro Umsatz in der Musikwirtschaft

Der Gesamtumsatz der Musikwirtschaft lag im Jahr 2013 bei 9,2 Mrd. Euro und wurde von insgesamt 36 000 Unternehmen und Selbstständigen erzielt. Etwas über ein Viertel (26,0 %) aller berücksichtigten Unternehmen und Selbstständigen (9412 Steuerpflichtige) zählten zu diesem Zeitpunkt zum Wirtschaftszweig „Selbstständige Komponistinnen und Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter“. Ein weiteres Viertel (24,5 %) aller Steuerpflichtigen stellten Unternehmen und Selbstständige des Wirtschaftszweiges „Erbringungen von künstlerischen Dienstleistungen, Theater- und Konzertveranstalter, Opern-, Schauspiel-, Musical-, Theaterhäuser und Konzerthallen“ (8843 Steuerpflichtige) dar. Den geringsten Anteil (1,2 %) an allen Steuerpflichtigen hatten Unternehmen und Selbstständige des Wirtschaftszweiges „Hörfunkveranstalter“.

Den größten Anteil am Gesamtumsatz in der Musikwirtschaft erzielten Unternehmen und Selbstständige des Wirtschaftszweiges rund um Musikinstrumente und Musikalien („Herstellung von Musikinstrumenten, Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien, Musikalienverlage“). In diesem Bereich wurden mit 3,6 Mrd. Euro insgesamt 38,8 % des Gesamtumsatzes generiert. Den zweitstärksten Anteil am Gesamtumsatz erzielte mit 2,8 Mrd. Euro (30,7 %) der Wirtschaftsbereich „Erbringungen von künstlerischen Dienstleistungen, Theater- und Konzertveranstalter, Opern-, Schauspiel-, Musical-, Theaterhäuser und Konzerthallen“. Bemerkenswert ist, dass die Umsätze des gemessen an der Anzahl der Steuerpflichtigen kleinsten Wirtschaftszweiges „Hörfunkveranstalter“ noch etwa ein Zehntel (10,9 %; 1,0 Mrd. Euro) des Gesamtumsatzes ausmachen. Obwohl die Unternehmen und Selbstständigen im Wirtschaftszweig „Komponistinnen und Komponisten, Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter“ den größten Anteil an Steuerpflichtigen ausmachten, war ihr Anteil am Gesamtumsatz mit 4,2 % (0,4 Mrd. Euro) vergleichsweise gering.

Im Zeitvergleich mit dem Jahr 2011 zeigte sich ein Anstieg des Gesamtumsatzes in der Musikwirtschaft um 1,1 Mrd. Euro. Dieser Anstieg ist auf einen Branchenwechsel eines großen Unternehmens in den Wirtschaftszweig „Herstellung von Musikinstrumenten, Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien, Musikalienverlag“ zurückzuführen.

Methodische Hinweise zum Indikator I.4

Für den Indikator wurden Daten aus der Umsatzsteuerstatistik zu Voranmeldungen und Veranlagungen der Umsatzsteuerpflichtigen verwendet. Zu den Umsatzsteuerpflichtigen zählen alle Unternehmerinnen und Unternehmer, die eine gewerbliche oder berufliche Tätigkeit selbstständig ausüben. Die Umsatzsteuerstatistik zu Voranmeldungen enthält Umsatzsteuerpflichtige, die einen Umsatz von mehr als 17 500 Euro pro Jahr erzielen. Bei den Veranlagungen hingegen werden alle Steuerpflichtigen einbezogen, ohne die Einschränkung auf einen jährlichen Mindestumsatz von 17 500 Euro. Somit sind die Veranlagungen die umfassendere Datenquelle, da auch Selbstständige sowie Klein- und Kleinstunternehmen berücksichtigt werden. Bei einem jährlichen Umsatz von unter 17 501 Euro ist davon auszugehen, dass die Tätigkeit, für die eine Umsatzsteuer anfällt, nicht die einzige Tätigkeit ist. Da Umsatzsteuerfestsetzungen bis zu drei Jahre nach dem Festsetzungsjahr bearbeitet wurden, liegen die aktuellsten und umfassendsten Daten für das Jahr 2013 vor.

Die Daten lagen als Sekundärstatistiken vor, die von den Rechenzentren der Landesfinanzbehörden an die Statistischen Landesämter übermittelt und dort aufbereitet und plausibilisiert wurden. Die Darstellung des Indikators erfolgt entlang der für den Musikmarkt relevanten Wirtschaftszweige⁶.

Trotz des geringen Anteils der Hörfunkveranstalter (1,2 %) an allen Steuerpflichtigen...

...machten Hörfunkveranstalter etwa ein Zehntel (10,9 %) des Gesamtumsatzes in der Musikwirtschaft aus

Tabelle I.4

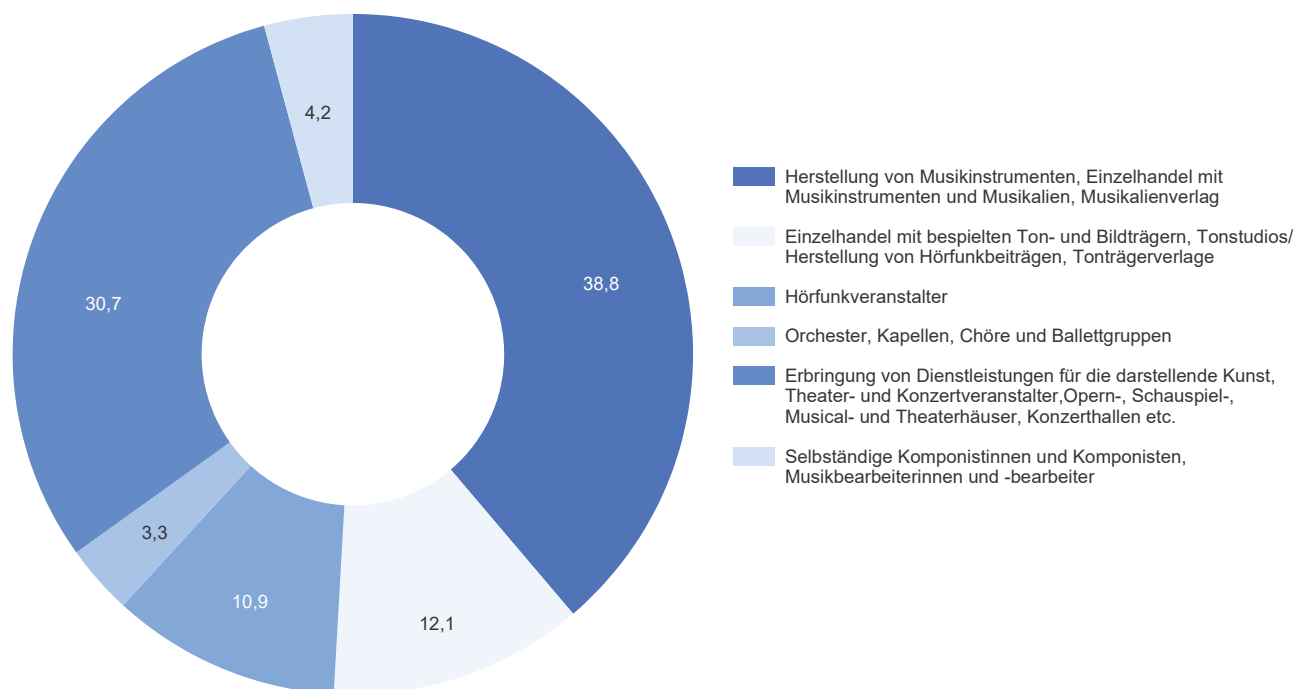
Anzahl der Umsatzsteuerpflichtigen und deren Umsätze in der Musikwirtschaft 2011 und 2013 nach Wirtschaftszweigen

Wirtschaftsgliederung	2011				2013			
	Steuerpflichtige ¹⁾		Umsätze ohne Umsatzsteuer		Steuerpflichtige ¹⁾		Umsätze ohne Umsatzsteuer	
	Anzahl	%	in 1000 EUR	%	Anzahl	%	in 1000 EUR	%
Herstellung von Musikinstrumenten, Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien, Musikalienverlag	8 129	22,8	2 442 421	30,3	7 865	21,8	3 546 950 ²⁾	38,8 ²⁾
Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern, Tonstudios/Herstellung von Hörfunkbeiträgen, Tonträgerverlage	3 088	8,7	1 272 346	15,8	3 355	9,3	1 108 252	12,1
Hörfunkveranstalter	475	1,3	984 327	12,2	438	1,2	998 917	10,9
Orchester, Kapellen, Chöre und Ballettgruppen	6 363	17,8	308 061	3,8	6 235	17,2	300 564	3,3
Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst, Theater- und Konzertveranstalter, Opern-, Schauspiel-, Musical- und Theaterhäuser, Konzerthallen etc.	8 728	24,5	2 684 397	33,3	8 843	24,5	2 813 409	30,7
Selbstständige Komponistinnen und Komponisten, Musikbearbeiterinnen und -bearbeiter	8 886	24,9	368 191	4,6	9 412	26,0	384 392	4,2
Musikmärkte insgesamt	35 669	100,0	8 059 743	100,0	36 148	100,0	9 152 484	100,0

1) inkl. Steuerpflichtige mit negativen Lieferungen und Leistungen im Endergebnis – 2) Der Anstieg des Umsatzes gegenüber dem Jahr 2011 um 1,1 Mrd. Euro ist auf einen Branchenwechsel eines großen Unternehmens zurückzuführen. – – – Quelle: Umsatzsteuerstatistik (Veranlagungen) 2011 und 2013, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, eigene Darstellung

Abbildung I.4

Umsatzanteile der Unternehmen in der Musikwirtschaft 2013 nach Wirtschaftszweigen (in %)



Quelle: Umsatzsteuerstatistik Veranlagungen 2013, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, eigene Darstellung

I.5 Anteil der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung nach Altersgruppen (2016)

Indikatorenbeschreibung

Das Erlernen eines Musikinstruments fördert die Persönlichkeitsentwicklung, insbesondere im Kindes- und Jugendalter. Öffentliche Musikschulen stellen dafür ein qualifiziertes und spezielles musikalisches Unterrichtsangebot des Instrumental- und Vokalmusizierens bereit. Ein diesbezüglicher Indikator ergibt sich als Anteil der Schülerinnen und Schüler in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung. Dabei wird die Gesamtzahl der Schülerinnen und Schüler an der Bevölkerung jeweils im Alter bis unter 19 Jahre herangezogen. In der Musikschulstatistik des Verbands deutscher Musikschulen werden folgende Bereiche und Altersgruppen eingeteilt: Elementarbereich (unter 6 Jahre), Primarbereich (6 bis unter 10 Jahre), Sekundarbereich I (10 bis unter 15 Jahre) und Sekundarbereich II (15 bis unter 19 Jahre).

Jeder 12. junge Mensch nahm Unterricht an einer öffentlichen Musikschule

In Deutschland wurden 2016 insgesamt 1,2 Mill. Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahre an öffentlichen Musikschulen unterrichtet

Im Jahr 2016 wurden in Deutschland etwa 1,5 Mill. Schülerinnen und Schüler an 931 öffentlichen Musikschulen unterrichtet. Der überwiegende Anteil von ihnen (84,4 %) war zu diesem Zeitpunkt unter 19 Jahre alt. Somit gab es in diesem Jahr 1,2 Mill. junge und 230 000 erwachsene Schülerinnen und Schüler (über 19 Jahre). Von den jungen Schülerinnen und Schülern entfielen 37,9 % auf den Primarbereich und 30,1 % auf den Sekundarbereich I. Mit 19,8 % gehörten deutlich weniger dem Elementarbereich an. Die am schwächsten besetzte Altersgruppe war der Sekundarbereich II (15 bis unter 19 Jahre) mit 12,2 %.

Die vier bevölkerungsreichsten Bundesländer wiesen auch die höchsten Schülerzahlen auf. In Nordrhein-Westfalen wurden 283 000, in Baden-Württemberg 260 000, in Bayern 167 000 und in Niedersachsen 123 000 Schülerinnen und Schüler gezählt. Dies entspricht einem Anteil von 68,0 % aller jungen Schülerinnen und Schüler an öffentlichen Musikschulen in Deutschland. Die wenigsten Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahren gab es im Saarland (7700) und in Bremen (3400).

Baden-Württemberg hatte mit 13 % den größten Anteil Schülerinnen und Schüler, die eine Musikschule besuchten, an der Bevölkerung gleichen Alters

Bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters lag der Anteil an Lernenden in Musikschulen bis 18 Jahre im Jahr 2016 bei 8,6 %. Somit nahm in Deutschland jeder 12. junge Mensch an einer Musikschule Unterricht. In der Gruppe der 6- bis unter 10-jährigen Schülerinnen und Schüler war es, bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters, sogar jeder sechste junge Mensch (16,0 %). Im Sekundarbereich II (15 bis unter 19 Jahre) besuchten hingegen nur 4,6 % eine öffentliche Musikschule. Im Ländervergleich wird die klare Vorrangstellung Baden-Württembergs deutlich. Das Land hatte einen Anteil von 13,1 % der an öffentlichen Musikschulen unterrichteten Schülerinnen und Schüler im Alter bis unter 19 Jahre an der Bevölkerung gleichen Alters. Brandenburg lag mit 9,8 % an zweiter Stelle, während Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Niedersachsen sich mit etwa 9 % auf dem gleichen Niveau befanden. Alle übrigen Länder wiesen Werte unter dem Bundesdurchschnitt auf. Den deutlich geringsten Anteil an Schülerinnen und Schülern unter 19 Jahre bezogen auf die Bevölkerung gleichen Alters hatte mit 2,9 % der Stadtstaat Bremen.

Die Entwicklung der Schülerzahlen von 2013 bis 2016 zeigt nur geringe Veränderungen zwischen den Jahren. Einen ersten leichten Anstieg um 50 000 Musikschülerinnen und Musikschüler gab es 2014, einen weiteren um 20 000 im Jahr 2016.

Methodische Hinweise zum Indikator I.5

Der Verband deutscher Musikschulen (VdM) stellt jährlich Daten zum öffentlichen Musikschulwesen zusammen. Die Meldung der Daten öffentlicher Musikschulen ist verpflichtender Bestandteil der Mitgliedschaft im VdM. Seit 2014 werden die Daten nicht mehr zum Stichtag 1. Januar eines jeden Jahres gemeldet, sondern für den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember des Vorjahres. Es wird jede Person genau einmal gezählt, die innerhalb des Zeitraumes ein oder mehrere Unterrichtsangebote einer Musikschule in Anspruch genommen hat. Somit sind Daten ab dem Jahr 2013 verfügbar und Vergleiche mit der Zeit vor 2013 nicht aussagekräftig.

Bei der Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass im Laienbereich Musikunterricht auch in nicht öffentlich geförderten Institutionen erteilt wird. Der Bundesverband der Freien Musikschulen e. V. geht beispielsweise in seiner Jahresstatistik von 2016, eine Stichtagserfassung zwischen dem 15. Dezember 2016 und 8. Januar 2017, von hochgerechnet 158 000 Musikschülerinnen und Musikschülern bei 6300 Lehrkräften in insgesamt 340 Mitgliedsschulen aus.

Tabelle I.5

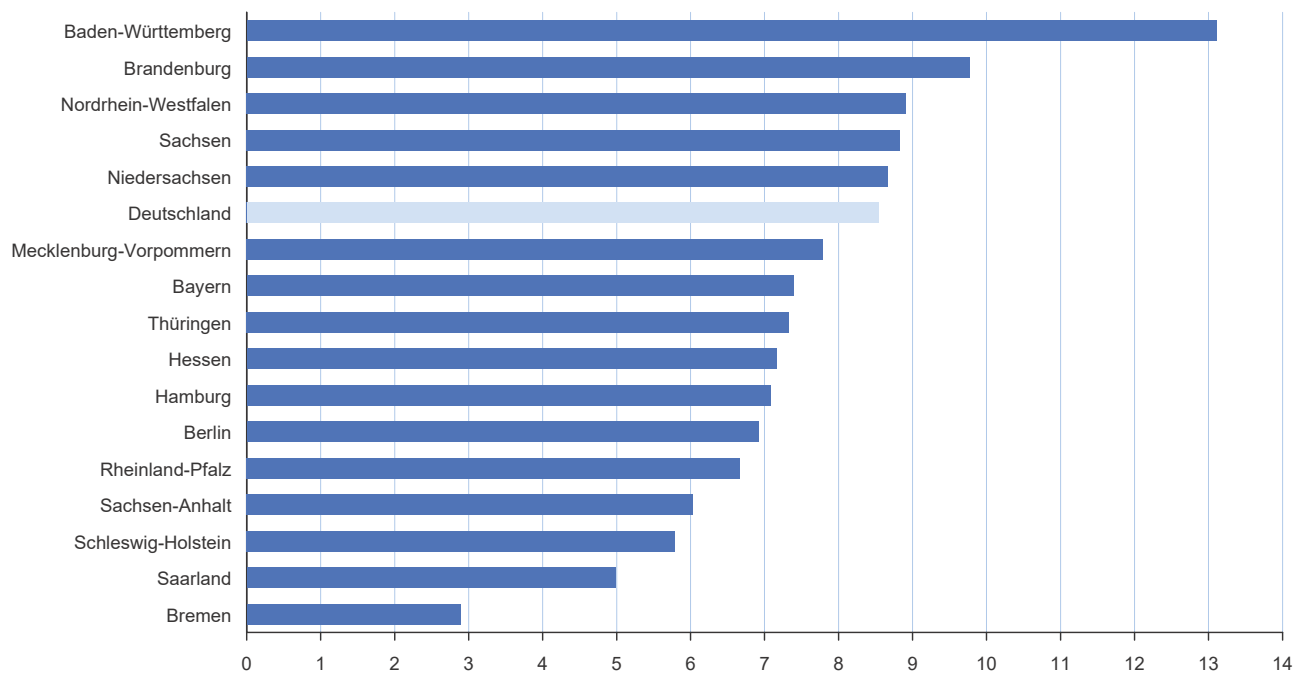
Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahre in öffentlichen Musikschulen 2013 und 2016 nach Bundesländern

Land	2013		2016		Schülerinnen und Schüler nach Altersgruppen			
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	unter 6 Jahre	6 bis unter 10 Jahre	10 bis unter 15 Jahre	15 bis unter 19 Jahre
					% ¹⁾			
Baden-Württemberg	238 036	12,3	259 466	13,1	9,5	21,7	16,1	7,2
Bayern	156 114	7,0	167 207	7,4	4,1	14,6	9,0	4,0
Berlin	40 746	7,4	42 005	6,9	5,7	9,2	8,3	5,0
Brandenburg	38 057	10,3	39 348	9,8	7,0	13,8	12,4	6,6
Bremen	3 169	3,0	3 354	2,9	1,3	4,5	4,3	2,2
Hamburg	22 101	7,6	22 262	7,1	1,9	20,5	6,7	3,0
Hessen	77 126	7,3	78 900	7,2	4,5	12,3	9,3	3,8
Mecklenburg-Vorpommern	18 323	7,8	19 686	7,8	4,4	11,3	9,9	6,9
Niedersachsen	121 083	8,6	123 098	8,7	8,1	14,9	10,4	3,7
Nordrhein-Westfalen	257 508	8,3	283 194	8,9	4,3	21,7	9,2	3,7
Rheinland-Pfalz	48 693	7,1	46 715	6,7	5,4	10,1	8,3	3,9
Saarland	6 024	3,9	7 732	5,0	4,1	9,6	4,8	2,4
Sachsen	56 003	9,3	57 931	8,8	5,0	14,3	10,8	6,8
Sachsen-Anhalt	19 977	6,4	20 293	6,0	3,4	9,0	8,1	4,7
Schleswig-Holstein	29 364	5,9	29 204	5,8	3,8	9,1	7,8	3,3
Thüringen	25 307	8,0	24 684	7,3	3,6	11,5	9,7	6,0
Deutschland	1 157 631	8,3	1 225 079	8,6	5,4	16,0	10,0	4,6

1) Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters. --- Quelle: Verband deutscher Musikschulen (VdM), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.5

Anteil der Schülerinnen und Schüler unter 19 Jahre in öffentlichen Musikschulen an der Bevölkerung gleichen Alters 2016 nach Bundesländern (in %)



Quelle: Verband deutscher Musikschulen (VdM), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

I.6 Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland nach Besuchergrößenklassen (2015)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt an, wie viele Musikfestivals und -festspiele in den Ländern im Berichtsjahr 2015 veranstaltet wurden und wie viele Personen sie besucht haben. Die Zahl der Besucherinnen und Besucher von Musikfestivals und -festspielen wird in fünf verschiedene Besuchergrößenklassen eingeteilt. Der Indikator zeigt damit zum einen die Musikfestival- und Musikfestspielpichte eines Landes, zum anderen die Größenordnungen dieser Veranstaltungen an.

Kleine Musikfestivals und -festspiele am weitesten verbreitet

In der Berechnung des Indikators „Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland nach Besuchergrößenklassen“ wurden für das Jahr 2015 bundesweit 554 Musikfestivals und -festspiele berücksichtigt. Das Land mit den meisten meldenden Musikfestivals und -festspielen war demnach Bayern (110), gefolgt von Nordrhein-Westfalen (99) und Baden-Württemberg (78). Da das Saarland und Bremen sehr geringe Fallzahlen aufweisen, wurden die Werte dieser Länder mit Werten anderer Bundesländer addiert (Niedersachsen und Bremen, Rheinland-Pfalz und Saarland).

Die Musikfestivals lassen sich anhand ihrer Besuchergrößenklassen unterteilen in sehr kleine (1000 bis unter 2000 Besucherinnen und Besucher), kleine (2000 bis unter 5000), mittlere (5000 bis unter 10 000), große (10 000 bis unter 50 000) und sehr große Veranstaltungen (50 000 und mehr). Im Bundesdurchschnitt verteilten sich im Jahr 2015 von allen berücksichtigten Musikfestivals und Musikfestspielen 24,9 % auf sehr kleine und 26,9 % auf kleine Musikfestivals oder -festspiele sowie weitere 18,1 % auf mittlere und 22,0 % auf große Veranstaltungen dieser Art. Sehr große Musikfestivals und Musikfestspiele bildeten mit 8,1 % nur einen kleinen Teil des Gesamtangebots.

Hamburg hat größten Anteil an Veranstaltungen mit mehr als 10 000 Besucherinnen und Besuchern

Deutliche Unterschiede in der Musikfestival- und Musikfestspiellandschaft zeigten sich im Ländervergleich. Sehr kleine Festivals mit unter 2000 Besucherinnen und Besuchern wurden in den Ländern Schleswig-Holstein (47,1 %), Thüringen (35,0 %) und Baden-Württemberg (32,1 %) am häufigsten und am seltensten in Berlin (17,6 %), Bayern (17,3 %) und in Sachsen-Anhalt (13,3 %) veranstaltet. Kleine Festivals und Festspiele gab es vor allem in Rheinland-Pfalz und im Saarland (gemeinsam 41,7 %) sowie in Sachsen-Anhalt (40,0 %). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt von 26,9 % fanden kleine Musikfestivals und -festspiele in Hamburg und in Mecklenburg-Vorpommern mit jeweils 7,7 % eher selten statt. Bei den mittelgroßen Festivals und Festspielen mit 5000 bis 10 000 Besucherinnen und Besuchern wies Mecklenburg-Vorpommern (38,5 %) im Vergleich zu Deutschland insgesamt (18,1 %) recht hohe Anteile auf. Auch Sachsen lag mit 31,0 % weit über dem Durchschnittswert. Groß ist auch die Schwankungsbreite bei der relativen Bedeutung der sehr großen Festivals mit mehr als 50 000 Besucherinnen und Besuchern: Während Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern gar kein Festival mit dieser Besuchergrößenklasse gemeldet hatten, lag der Anteil in Hamburg bei 38,5 %.

Methodische Hinweise zum Indikator I.6

Die verwendeten Daten zu den Musikfestivals- und Musikfestspielen stammen aus einer einmaligen §7-Erhebung zu „Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland“, die vom Hessischen Statistischen Landesamt im Rahmen des Projektes zur „Bundesweiten Kulturstatistik“ bundesweit durchgeführt und ausgewertet wurde. Als Vollerhebung konzipiert, wurden mit einer Recherche 1641 Veranstaltungen als Musikfestival und Musikfestspiel identifiziert, die ein überwiegend musikalisches Programm beinhalteten, eine gewisse künstlerische Vielfalt aufwiesen und von mindestens 1000 Menschen besucht wurden. Damit wurde eine Abgrenzung zum Konzertbetrieb vorgenommen und es wurden nur Veranstaltungen betrachtet, die eine gewisse Anziehungskraft hatten. Die Erhebung erfolgte auf einer freiwilligen Basis. Insgesamt konnten Angaben von 554 Musikfestivals und Musikfestspielen für den Indikator herangezogen werden.

Der Indikator bezieht sich auf die Anzahl der Musikfestivals und Musikfestspiele sowie auf die Anzahl ihrer Besucherinnen und Besucher. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass aufgrund geringer Fallzahlen die Werte einzelner Bundesländer (Niedersachsen und Bremen, Rheinland-Pfalz und Saarland) addiert wurden. Die getroffenen Aussagen beziehen sich nur auf die an der Erhebung teilgenommenen Musikfestivals und Musikfestspiele.

Tabelle I.6

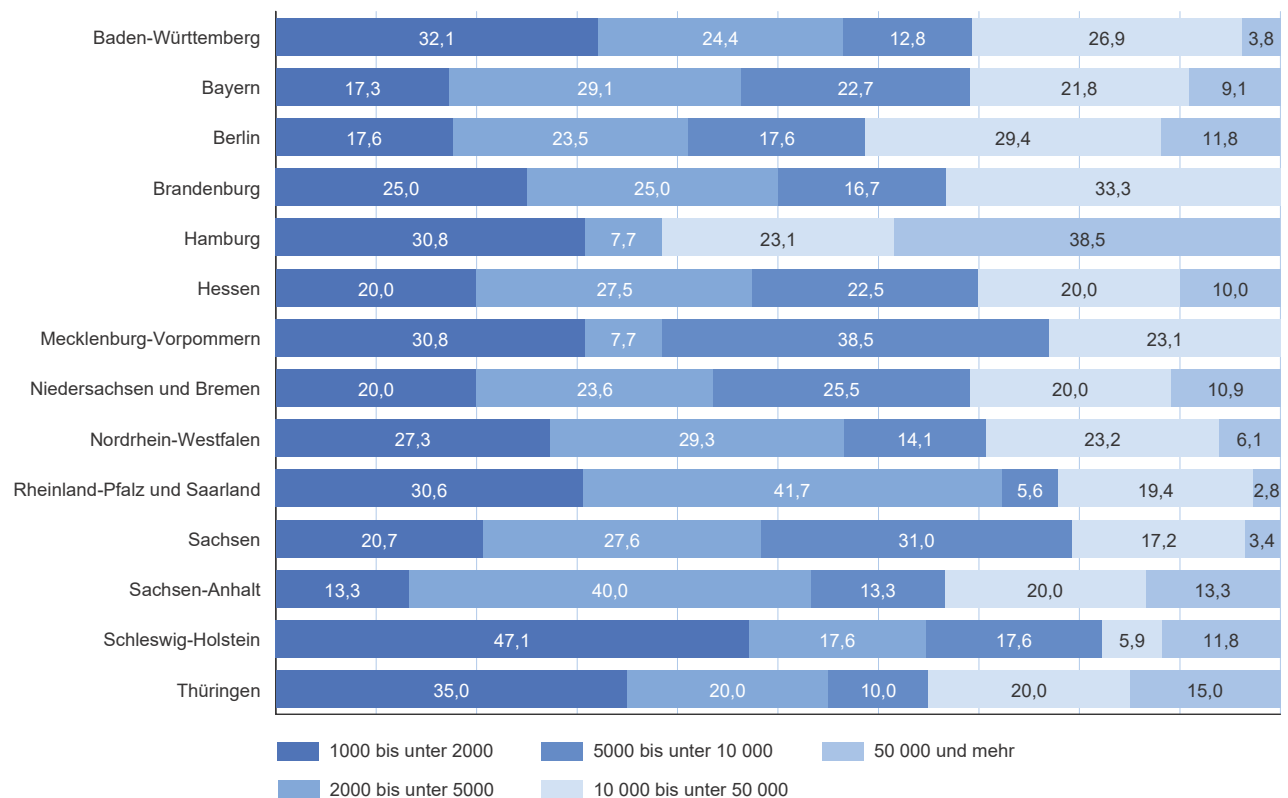
Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland 2015 nach Besuchergrößenklassen und Bundesländern (n=554)

Land	Insgesamt	Davon mit ... Besucherinnen und Besuchern				
		1000	2000	5000	10 000	50 000 und mehr
		bis unter				
		2000	5000	10 000	50 000	%
Baden-Württemberg	78	32,1	24,4	12,8	26,9	3,8
Bayern	110	17,3	29,1	22,7	21,8	9,1
Berlin	17	17,6	23,5	17,6	29,4	11,8
Brandenburg	12	25,0	25,0	16,7	33,3	0,0
Hamburg	13	30,8	7,7	0,0	23,1	38,5
Hessen	40	20,0	27,5	22,5	20,0	10,0
Mecklenburg-Vorpommern	13	30,8	7,7	38,5	23,1	0,0
Niedersachsen und Bremen ¹⁾	55	20,0	23,6	25,5	20,0	10,9
Nordrhein-Westfalen	99	27,3	29,3	14,1	23,2	6,1
Rheinland-Pfalz und Saarland ¹⁾	36	30,6	41,7	5,6	19,4	2,8
Sachsen	29	20,7	27,6	31,0	17,2	3,4
Sachsen-Anhalt	15	13,3	40,0	13,3	20,0	13,3
Schleswig-Holstein	17	47,1	17,6	17,6	5,9	11,8
Thüringen	20	35,0	20,0	10,0	20,0	15,0
Deutschland	554	24,9	26,9	18,1	22,0	8,1

1) Aufgrund des Datenschutzes und der geringen Fallzahlen für Bremen und das Saarland wurden die Werte dieser Bundesländer den Werten von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz zugerechnet. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung I.6

Musikfestivals und Musikfestspiele in Deutschland 2015 nach Besuchergrößenklassen und Bundesländern (n=554, in %)



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel II

Indikatoren zur Sparte Bibliotheken, Museen und Archive

II.1 Physische und digitale Entleihungen und Besuche in Bibliotheken je Einwohnerin und Einwohner (2016)

Indikatorenbeschreibung

Die Entleihungen aller Medien aus Bibliotheken (öffentliche, wissenschaftliche Universal- und Hochschulbibliotheken sowie wissenschaftliche Spezialbibliotheken) sowie die Besucherzahlen werden bundes- und länderweise zur Bevölkerungszahl⁶ ins Verhältnis gesetzt. Der Indikator vermittelt einen Eindruck davon, wie das Verhältnis von physischen zu digitalen Entleihungen ist und wie stark frequentiert die Bibliotheken in den einzelnen Ländern sind.

2016 im Schnitt drei Bibliotheksbesuche mit fünf entliehenen Medien

Im Jahr 2016 wurden in den Bibliotheken insgesamt 440 Mill. Medien in physischer oder digitaler Form entliehen. Im Zehnjahresvergleich lag die Zahl der Entleihungen damit um 2 % höher als im Jahr 2006 (434 Mill.). Bezogen auf die Bevölkerungszahl wurden im Jahr 2016 durchschnittlich 5,1 physische und 0,2 digitale Medien je Einwohnerin und je Einwohner entliehen.

Hamburg und Bremen meldeten die meisten physischen und digitalen Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner

Getrennt nach Bundesländern wies der Indikator bei den physischen Entleihungen eine große Spannbreite auf. In Hamburg und Bremen gab es die meisten physischen Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner (8,2 Medien). Auf den folgenden Plätzen fanden sich mit Berlin (7,7) zunächst ein weiterer Stadtstaat und dann mit Baden-Württemberg (6,4) das erste Flächenland. Mit durchschnittlich 2,2 entliehenen Medien wurden im Saarland die wenigsten physischen Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner gemeldet.

Bei den Entleihungen von digitalen Medien ist die Spannbreite deutlich kleiner. Auch hier stehen Hamburg und Bremen mit durchschnittlich 0,5 bzw. 0,4 entliehenen digitalen Medien je Einwohnerin und Einwohner an der Spitze der Rangliste. Die Länder Baden-Württemberg und Bayern befanden sich mit 0,3 digitalen Entleihungen je Einwohnerin und Einwohner über dem Bundesdurchschnitt von 0,2. Die Länder Brandenburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt lagen mit einem Wert von 0,1 hingegen darunter.

Durchschnittlich besuchte 2016 jede Berlinerin oder jeder Berliner vier Mal im Jahr eine Bibliothek

Bibliotheken wurden im Jahr 2016 von jeder Einwohnerin und jedem Einwohner in Deutschland durchschnittlich 2,7 besucht. Auch die Rangfolge der Länder wird vom Stadtstaat Berlin mit 3,9 Besuchen und den Stadtstaaten Hamburg und Bremen sowie dem Flächenland Bayern mit je 3,7 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner angeführt. Am seltensten besuchten die Bewohnerinnen und Bewohner des Saarlandes eine Bibliothek – im Schnitt lediglich 1,0 Mal. Auch in Sachsen-Anhalt (1,4) und in Schleswig-Holstein (1,3) wurden Bibliotheken von den Einwohnerinnen und Einwohnern eher selten besucht. Für Deutschland insgesamt sind die Bibliotheksbesuche von 182 Mill. im Jahr 2006 auf 219 Mill. im Jahr 2016 angestiegen.

Methodische Hinweise zum Indikator II.1

Datengrundlage ist die Deutsche Bibliotheksstatistik (DBS), die durch das Hochschulbibliothekszentrum (hbz) des Landes Nordrhein-Westfalen erstellt wird. Sie ist die einzige Statistik, die alle wichtigen Kennzahlen der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken Deutschlands enthält. Bei den Entleihungen wurden alle zu leihenden Medien, sowohl Print- als auch Non-Book-Medien, berücksichtigt. Dabei zählen zu den Non-Book-Medien Tonträger, audiovisuelle und elektronische Medien sowie Spiele. Zur Berechnung wurden die Meldungen bei den physischen Entleihungen aller drei Bibliotheksarten der DBS pro Land zusammengefasst, bei den digitalen Entleihungen hingegen lagen nur Meldungen zu den öffentlichen Bibliotheken der DBS vor.

Die Teilnahme an der DBS ist freiwillig. Somit unterscheiden sich sowohl die Anzahl der meldenden Bibliotheken als auch die gemeldeten Merkmale von Jahr zu Jahr. Die getroffenen Aussagen beziehen sich deshalb nur auf die im Jahr 2016 meldenden Bibliotheken. In der Berechnung für die physischen Entleihungen wurden für das Jahr 2016 deutschlandweit 7718 Bibliotheken berücksichtigt, für die digitalen Entleihungen 6238 Bibliotheken. Beim Merkmal „Besuche“ meldeten insgesamt 6227 Bibliotheken ihre Angaben.

Es sei darauf hingewiesen, dass die physischen Besuche einer Person in einer Bibliothek gezählt werden, unabhängig davon, ob diese Person in der Bibliothek registriert ist oder nicht bzw. ob die Person Medien entleiht oder nicht. Es zählen auch Besuche von Veranstaltungen, Ausstellungen und Führungen. Digitale Besuche der Internetseiten zählen hingegen nicht.

Tabelle II.1

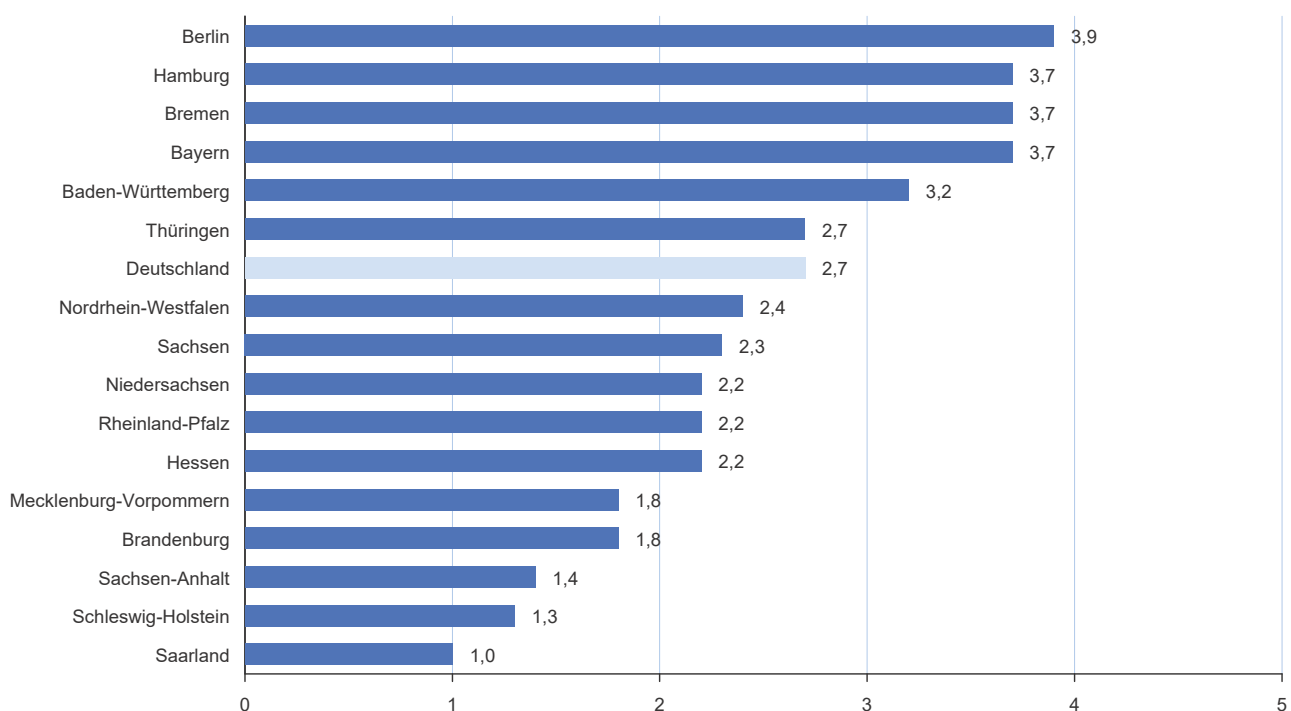
Physische und digitale Entleihungen und Besuche in Bibliotheken 2016 nach Bundesländern

Land	Besuche	Entleihungen						
	insgesamt in Mill.	physisch			digital			
		je Einwohnerin und Einwohner	in Mill.	Meldungen ¹⁾	je Einwohnerin und Einwohner	in Mill.	Meldungen ¹⁾²⁾	
Baden-Württemberg	35,1	74,4	6,4	70,6	1 070	0,3	3,7	985
Bayern	47,8	76,5	5,6	72,9	1 736	0,3	3,5	733
Berlin	13,8	27,7	7,7	27,5	47	0,2	0,7	17
Brandenburg	4,6	9,7	3,8	9,4	176	0,1	0,2	137
Bremen	2,5	5,8	8,2	5,6	4	0,4	0,3	3
Hamburg	6,8	15,8	8,2	14,8	19	0,5	0,9	2
Hessen	13,6	24,9	3,7	23,2	597	0,3	1,6	516
Mecklenburg-Vorpommern	3,0	6,0	3,5	5,7	96	0,2	0,3	88
Niedersachsen	17,5	36,4	4,4	35,0	769	0,2	1,4	736
Nordrhein-Westfalen	42,6	86,0	4,6	82,0	1 535	0,2	4,1	1 411
Rheinland-Pfalz	8,9	13,9	3,2	12,9	593	0,2	0,9	559
Saarland	1,0	2,4	2,2	2,2	87	0,1	0,1	86
Sachsen	9,4	26,6	6,4	26,0	430	0,1	0,6	411
Sachsen-Anhalt	3,0	7,8	3,3	7,5	188	0,1	0,3	177
Schleswig-Holstein	3,9	17,1	5,5	15,9	130	0,2	0,7	135
Thüringen	5,9	8,8	4,0	8,5	241	0,2	0,4	242
Deutschland	219,3	439,8	5,1	419,8	7 718	0,2	19,8	6 238

1) Die Spalte „Meldungen“ weist die Anzahl der meldenden Bibliotheken für die jeweilige Kategorie nach – 2) Ohne wissenschaftliche Universal- und Hochschulbibliotheken sowie wissenschaftliche Spezialbibliotheken. – – – Quelle: Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.1

Besuche in Bibliotheken je Einwohnerin und Einwohner 2016 nach Bundesländern



Quelle: Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

II.2 Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner (2016)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der Museumsbesuche wird auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen. Der Indikator gibt an, wie häufig die Museen durchschnittlich von jeder Einwohnerin und jedem Einwohner eines Landes besucht werden. Er zeigt damit zum einen die Attraktivität der Museen eines Landes, zum anderen auch die Neigung der Bevölkerung, Museen zu besuchen.

In Relation zu den Einwohnerinnen und Einwohnern wurden die Museen in Berlin am häufigsten besucht

Die Museen in Deutschland wurden im Jahr 2016 insgesamt 112 Mill. Mal besucht. Die Anzahl der Besuche ist im Zehnjahresvergleich um fast 10 Mill. Besuche angestiegen, im Vergleich zum Jahr 2015 allerdings um 2 Mill. Besuche zurückgegangen. Als Gründe für den Rückgang gegenüber dem Vorjahr nannten die Museen häufig große Sonderausstellungen, die nicht mehr stattfanden, sowie den Rückgang von Gruppenbesuchen und Touristenzahlen in einigen Ländern. Im Ländervergleich verzeichneten in 2016 die Museen in den bevölkerungsreichsten Flächenländern Bayern (18,9 Mill.), Baden-Württemberg (15,7) und Nordrhein-Westfalen (14,9) die meisten Besuche. Überdies zeigte sich in allen Jahren die Sonderstellung Berlins, das mit seinen vielen großen Museen zuletzt 16,5 Mill. Besuche verzeichnete.

112 Mill. Museumsbesuche in Deutschland

Bezogen auf die Bevölkerungszahl bestätigt sich diese Sonderstellung Berlins erneut. Mit durchschnittlich 4,6 Besuchen je Einwohnerin und Einwohner wies die Bundeshauptstadt im Jahr 2016 den mit Abstand höchsten Wert auf. Zum Vergleich: In Deutschland besuchte im selben Jahr jede Einwohnerin und jeder Einwohner im Durchschnitt 1,4 Mal ein Museum. Auch die Museen im Stadtstaat Bremen verzeichneten eine hohe durchschnittliche Besuchszahl je Einwohnerin und Einwohner (2,3). Die Besuchszahlen der Museen der großen Flächenländer Bayern (1,5) und Baden-Württemberg (1,4) lagen unter denen der Museen in Thüringen (2,1), Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 2,0), allerdings noch über oder im Bundesdurchschnitt. Dagegen lagen die Museen in Nordrhein-Westfalen, dem Land mit der zweitgrößten absoluten Anzahl an Museumsbesuchen, mit 0,8 Besuchen je Einwohnerin und je Einwohner unter dem Bundesdurchschnitt. Im Saarland besuchte im Jahr 2016 jede Einwohnerin und jeder Einwohner im Durchschnitt nur 0,6 Mal ein Museum. Im Zeitvergleich zeigte sich, dass die durchschnittliche Anzahl der Museumsbesuche je Einwohnerin und je Einwohner gegenüber 2006 leicht um 0,2 Besuche gestiegen ist, sich seit dem Jahr 2014 aber nicht verändert hat.

Anzahl der Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner seit 2014 stabil

In den Ländern schwankten die Besuchszahlen der Museen je Einwohnerin und Einwohner zwischen 2014 und 2016 kaum. So lagen die Besuchszahlen der Museen in Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Thüringen seit 2014 im oder über dem Durchschnitt je Einwohnerin und Einwohner. Darunter lagen die Museen in Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein.

Methodische Hinweise zum Indikator II.2

Die Daten zu den Museumsbesuchen stammen aus der statistischen Gesamterhebung zu den Museen der Bundesrepublik Deutschland, die vom Institut für Museumsforschung durchgeführt wird. Zur Bestimmung der Grundgesamtheit der Museen wurden folgende Kriterien herangezogen: Es muss eine Sammlung sowie eine Präsentation von Objekten mit kultureller, historischer oder allgemein wissenschaftlicher Zielsetzung vorhanden sein. Die Einrichtung muss öffentlich zugänglich sein und bietet überwiegend nicht-kommerzielle Ausstellungen an. Überdies muss der Ausstellungsbereich klar abgegrenzt sein. Mit diesen Kriterien werden Museen von Schlössern und Denkmälern ohne Ausstellungsgut, Verkaufsgalerien und Kunstgewerbemärkten sowie städtebaulichen Ensembles empirisch abgegrenzt.

Der Indikator bezieht sich auf die Anzahl der Besuche in Museen. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Anzahl verschiedener Besucherinnen und Besucher, da ein Museum durchaus mehrmals von einer Person besucht werden kann. Besuche in Ausstellungshäusern ohne eigene Sammlung sind in den Ergebnissen nicht enthalten. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass große Museen mit ihren Ausstellungen überregional ausgerichtet sind und daher in höherem Maße auch von Einwohnerinnen und Einwohnern anderer Bundesländer besucht werden. Da es sich um eine freiwillige Erhebung handelt, werden die Ergebnisse vom Meldeverhalten der Museen beeinflusst. Ein Ausgleich von Antwortausfällen findet nicht statt.

Tabelle II.2

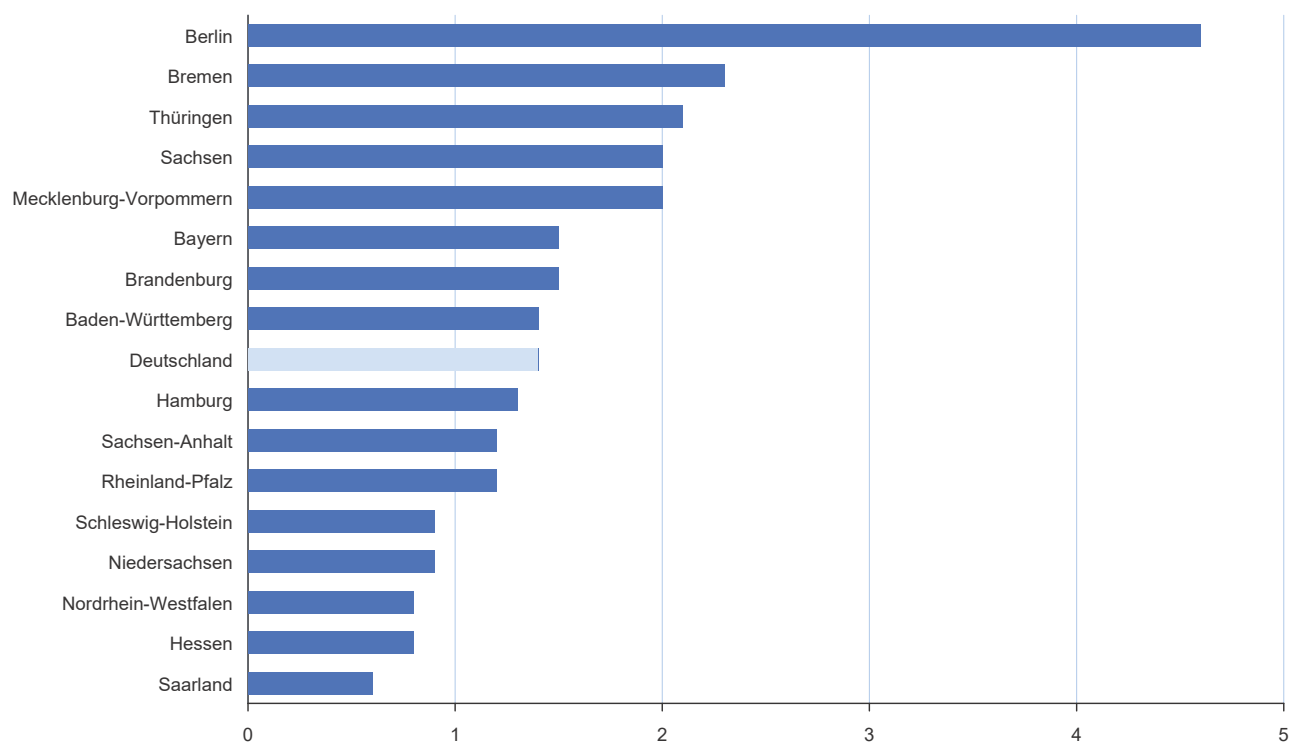
Museumsbesuche 2006 und 2014 bis 2016 nach Bundesländern

Land	2006		2014		2015		2016	
	Mill.	je Einwohnerin und Einwohner	Mill.	je Einwohnerin und Einwohner	Mill.	je Einwohnerin und Einwohner	Mill.	je Einwohnerin und Einwohner
Baden-Württemberg	14,0	1,3	15,3	1,4	15,7	1,4	15,7	1,4
Bayern	18,5	1,5	20,3	1,6	20,2	1,6	18,9	1,5
Berlin	12,0	3,5	16,2	4,7	16,3	4,6	16,5	4,6
Brandenburg	3,3	1,3	3,7	1,5	3,8	1,5	3,7	1,5
Bremen	1,5	2,3	1,1	1,6	1,5	2,3	1,5	2,3
Hamburg	2,2	1,3	2,2	1,2	2,4	1,3	2,4	1,3
Hessen	4,6	0,8	5,0	0,8	5,3	0,9	5,1	0,8
Mecklenburg-Vorpommern	2,9	1,7	3,1	2,0	3,3	2,0	3,2	2,0
Niedersachsen	6,7	0,8	6,7	0,9	7,1	0,9	6,9	0,9
Nordrhein-Westfalen	15,5	0,9	15,2	0,9	15,5	0,9	14,9	0,8
Rheinland-Pfalz	3,8	0,9	4,6	1,1	4,6	1,1	4,8	1,2
Saarland	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Sachsen	7,8	1,8	8,8	2,2	8,5	2,1	8,1	2,0
Sachsen-Anhalt	2,7	1,1	2,6	1,2	2,7	1,2	2,6	1,2
Schleswig-Holstein	2,6	0,9	2,4	0,8	2,6	0,9	2,5	0,9
Thüringen	3,9	1,7	4,2	1,9	4,3	2,0	4,5	2,1
Deutschland	102,6	1,2	112,0	1,4	114,4	1,4	111,9	1,4

Quelle: Institut für Museumsforschung, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.2

Museumsbesuche je Einwohnerin und Einwohner 2016 nach Bundesländern



Quelle: Institut für Museumsforschung, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

II.3 Anzahl der staatlichen Archive des Bundes und der Länder und Umfang an Archivalien (2017)

Indikatorenbeschreibung

Archive haben gemäß den Grundsätzen der UNESCO (Declaration on Archives, 2011) die Aufgabe, das kulturelle Erbe in Form von Archivgut zu bewahren und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da in staatlichen Archiven des Bundes und der Länder Dokumente von öffentlichen Verwaltungshandlungen aufbewahrt und zur Verfügung gestellt werden, leisten sie einen wesentlichen Beitrag zum demokratischen Rechtsstaat. Der Indikator gibt Aufschluss darüber, wie viele Standorte der Archive des Bundes und der Länder es in Deutschland im Jahr 2017 gab. Darüber hinaus können Angaben zur Personalausstattung, den Benutzungstagen sowie zum Umfang der Archivalien gemacht werden.

Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten insgesamt 1,8 Mill. laufende Meter Schriftgut

Im Jahr 2017 gab es in Deutschland 69 Standorte staatlicher Archive. Elf Standorte zählen zu den staatlichen Archiven des Bundes. Davon gehören neun Standorte zum Bundesarchiv, ein Standort zum Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes und ein weiterer Standort zum Geheimen Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz. Die übrigen 58 Standorte verteilen sich auf die Archive der Länder. Die meisten Archivstandorte finden sich in Bayern (9), Baden-Württemberg (8) und Niedersachsen (7). Jeweils nur ein Archivstandort wird für Berlin, Brandenburg, Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein ausgewiesen.

Insgesamt waren 2200 Personen im Jahr 2016 in den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder beschäftigt. Mit 765 Personen entfielen rund 35 % davon auf die Archive des Bundes. Der größte Anteil dieser Beschäftigten arbeitete im Bundesarchiv (85 %), der geringste Anteil beim Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes (4 %). Das Personal in den Archiven der Länder belief sich laut Stellenpläne auf insgesamt 1400 Beschäftigte. In Bayern (200) und Baden-Württemberg (180), den Ländern mit den meisten Archivstandorten, waren 2016 auch die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Ihnen folgte mit 170 Beschäftigten Nordrhein-Westfalen mit vier Archivstandorten.

Der Umfang der Archivalien in den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder wird in laufenden Metern gemessen. Dieser belief sich im Jahr 2017 auf 1,8 Mill. Davon verteilten sich 23 % (405 000 Meter) auf die Archive des Bundes und 77,0 % (1,4 Mill. Meter) auf die Archive der Länder. Mit 256 000 Metern hatten die neun Archivstandorte des Landesarchivs Bayern den größten Bestand an Archivalien. Hessen folgte mit 165 000 Metern Archivalien an drei Standorten. Den kleinsten Bestand besaß das Saarland mit 16 000 Metern und Bremen mit 13 000 Metern Archivalien. Im Jahr 2017 gab es in den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder insgesamt 166 000 Benutzungstage. Die Benutzungstage ergeben sich aus der Summe der an jedem Öffnungstag gezählten Nutzerinnen und Nutzer des Lesesaals. 72 % aller Benutzungstage fielen auf die Archive der Länder, 28 % auf die Archive des Bundes. Auch bei den Benutzungstagen lag das Landesarchiv Bayern (24 000 Benutzungstage) an der obersten Stelle der Rangliste. Mit etwas Abstand folgte Sachsen mit 13 000 Benutzungstagen. Die Länder mit den wenigsten Benutzungstagen im Jahr 2017 waren Schleswig-Holstein (2300 Benutzungstage) und das Saarland (700 Benutzungstage).

Werden die Benutzungstage der staatlichen Archive der Länder auf die Bevölkerungszahlen der Länder bezogen zeigt sich, dass der Stadtstaat Bremen mit 64 Benutzungstagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner relativ betrachtet die meisten Benutzungstage aufweist. Die beiden Stadtstaaten Hamburg und Berlin liegen beim Indikatorwert mit 45 bzw. 34 Benutzungstagen deutlich hinter Bremen. Die wenigsten Benutzungstage bezogen auf die Bevölkerung wiesen Nordrhein-Westfalen mit 5,1 sowie das Saarland mit 7,1 und Schleswig-Holstein mit 7,8 Benutzungstagen auf.

Methodische Hinweise zum Indikator II.3

Die Kennzahlen zu den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder werden jährlich im Rahmen der Erstellung des Statistischen Jahrbuchs, herausgegeben vom Statistischen Bundesamt, über das Bundesarchiv abgefragt und zusammengetragen. Die staatlichen Archive des Bundes und der Länder verwalten die Unterlagen der Verfassungsorgane, Behörden, Gerichte, Streitkräfte, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie anderer Einrichtungen des Bundes und der Länder.

Die meisten Archivstandorte befanden sich 2017 in Bayern

2017 gab es insgesamt 166 000 Benutzungstage in den staatlichen Archiven des Bundes und der Länder

Tabelle II.3

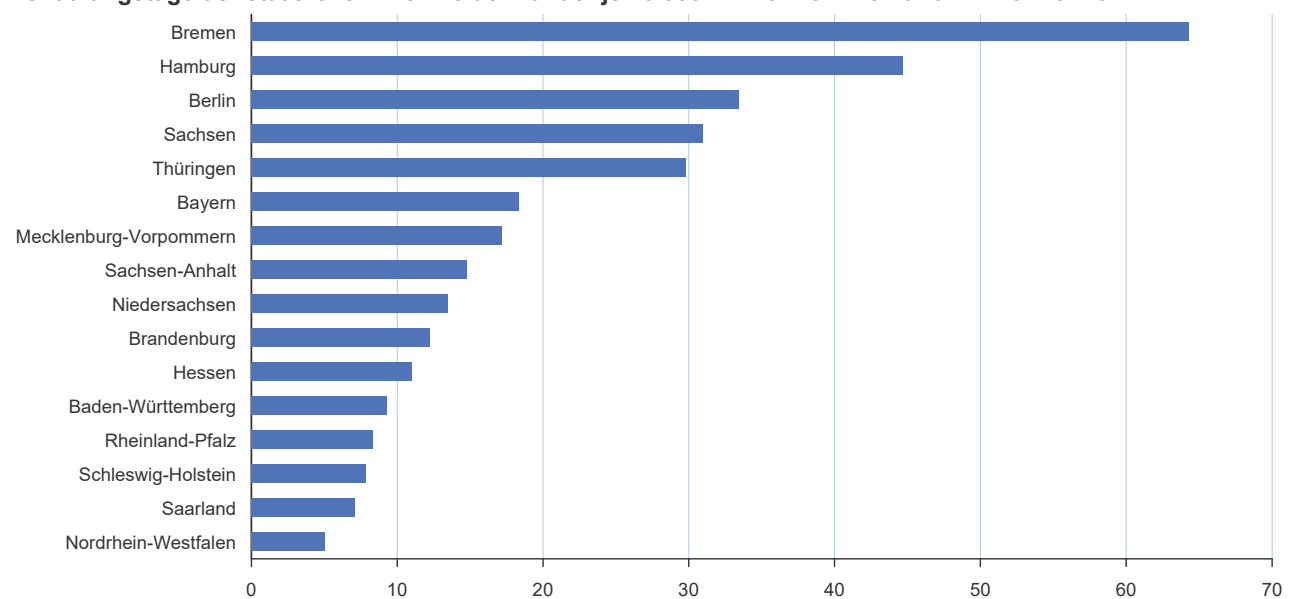
Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2017

	Standorte	Personal	Benutzungstage	Archivalien nach Umfang in lfd. Meter
	Anzahl		in 1 000	
Deutschland	69	2 202	165,8	1 763,2
Archive des Bundes				
Bundesarchiv	9	649	35,0	339,4
Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes	1	31	3,9	27,7
Geheimes Staatsarchiv Preussischer Kulturbesitz	1	85	7,4	38,0
Bund zusammen	11	765	46,3	405,1
Archive der Länder				
Baden-Württemberg	8	182	10,2	154,5
Bayern	9	198	23,8	255,7
Berlin	1	70	12,0	49,5
Brandenburg	1	54	3,1	54,1
Bremen	1	21	4,4	13,0
Hamburg	2	48	8,1	39,1
Hessen	3	99	6,9	165,3
Mecklenburg-Vorpommern	2	32	2,8	34,1
Niedersachsen	7	165	10,7	94,4
Nordrhein-Westfalen	4	172	9,1	155,4
Rheinland-Pfalz	2	98	3,4	74,9
Saarland	1	9	0,7	15,8
Sachsen	6	101	12,6	106,7
Sachsen-Anhalt	4	65	3,3	51,4
Schleswig-Holstein	1	44	2,3	44,2
Thüringen	6	79	6,4	63,0
Länder zusammen	58	1 437	119,6	1 358,1

Quelle: Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2017, zusammengetragen vom Bundesarchiv, eigene Darstellung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung II.3

Benutzungstage der staatlichen Archive der Länder je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2017



Quelle: Staatliche Archive des Bundes und der Länder 2017 zusammengetragen vom Bundesarchiv, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel III

Indikatoren zur Sparte Baukultur, Denkmalschutz und Denkmalpflege

III.1 Öffentliche Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner (2015)

Indikatorenbeschreibung

Denkmäler⁶ sind als Teil der bebauten Umwelt ein besonderer Ausdruck kulturellen und historischen Schaffens. Häufig werden sie als öffentliche Einrichtungen für Kultur- und Bildungszwecke betrieben. Denkmäler zu erhalten und zu pflegen ist auch Aufgabe des Bundes, der Länder und Gemeinden.

Der Indikator gibt Aufschluss über die Höhe der aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanzierten Ausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege. Die Gemeindeebene umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Dabei werden die Ausgaben auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen.

Sachsen verzeichnet die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege

500 Mill. Euro für Denkmalschutz und Denkmalpflege durch die öffentlichen Haushalte in 2015

Für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und die Denkmalpflege stellten die öffentlichen Haushalte im Jahr 2015 insgesamt 500 Mill. Euro zur Verfügung. In Bezug zu den gesamten öffentlichen Kulturausgaben (10,4 Mrd. Euro) entspricht dies einem Anteil von 4,8 %.

Der Länderanteil (einschließlich Gemeinden) an den gesamten Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege machte 84,5 % aus, der Bundesanteil hingegen betrug 15,5 %. Im Vergleich zum Jahr 2005 zeigt sich, dass die öffentlichen Haushalte im Jahr 2015 insgesamt 22,3 % (91,3 Mill. Euro) mehr für Denkmalschutz und Denkmalpflege ausgegeben haben. Der Bund erhöhte seine Ausgaben in diesem Zeitraum um 29 Mill. Euro.

Durchschnittlich 6 Euro je Einwohnerin und Einwohner für Denkmalschutz und Denkmalpflege in 2015

Bezogen auf die Bevölkerungszahl gab die öffentliche Hand rund 6,10 Euro je Einwohnerin und Einwohner für Denkmalschutz und Denkmalpflege im Jahr 2015 aus. Der Vergleich der Bundesländer untereinander ergab eine große Spannweite bei den Denkmalschutzausgaben. In Sachsen betragen die Kulturausgaben je Einwohnerin und Einwohner in diesem Aufgabenbereich rund 12,50 Euro, während in Bremen weniger als ein Euro zur Verfügung gestellt wurde.

Der Zeitvergleich der Pro-Kopf-Ausgaben der Länder seit 2005 zeigt, dass sich in 11 von 16 Bundesländern die Denkmalschutzausgaben je Einwohnerin und Einwohner erhöht haben, wenngleich es zwischen den Jahren deutliche Schwankungen gab. Vor allem in Berlin ließen sich hohe Anstiege verzeichnen. In der Bundeshauptstadt sind diese Ausgaben von rund 5,30 Euro im Jahr 2005 auf rund 9,70 Euro je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2015 angestiegen. Größere Schwankungen ließen sich auch in Sachsen-Anhalt und Thüringen feststellen. Dort sind die Pro-Kopf-Ausgaben für Denkmalschutz und Denkmalpflege zwischen den Jahren 2005 und 2011 zunächst deutlich angestiegen, im Jahr 2015 hingegen wieder stark zurückgegangen.

Methodische Hinweise zum Indikator III.1

Die Datengrundlage bildet die amtliche Finanzstatistik. Dort werden verschiedene Ausgabearten und -konzepte unterschieden. Den hier dargestellten öffentlichen Ausgaben liegt das Grundmittelkonzept der Finanzstatistik zugrunde: Von den Ausgaben eines Aufgabenbereichs werden die jeweiligen zurechenbaren Einnahmen aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich abgezogen. Die Grundmittel zeigen damit die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus Finanzausgleich, Kreditmarktmitteln und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereiches einschließlich der investiven Maßnahmen.

Tabelle III.1

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel) für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege 2005, 2011, 2013, 2015 nach Bundesländern

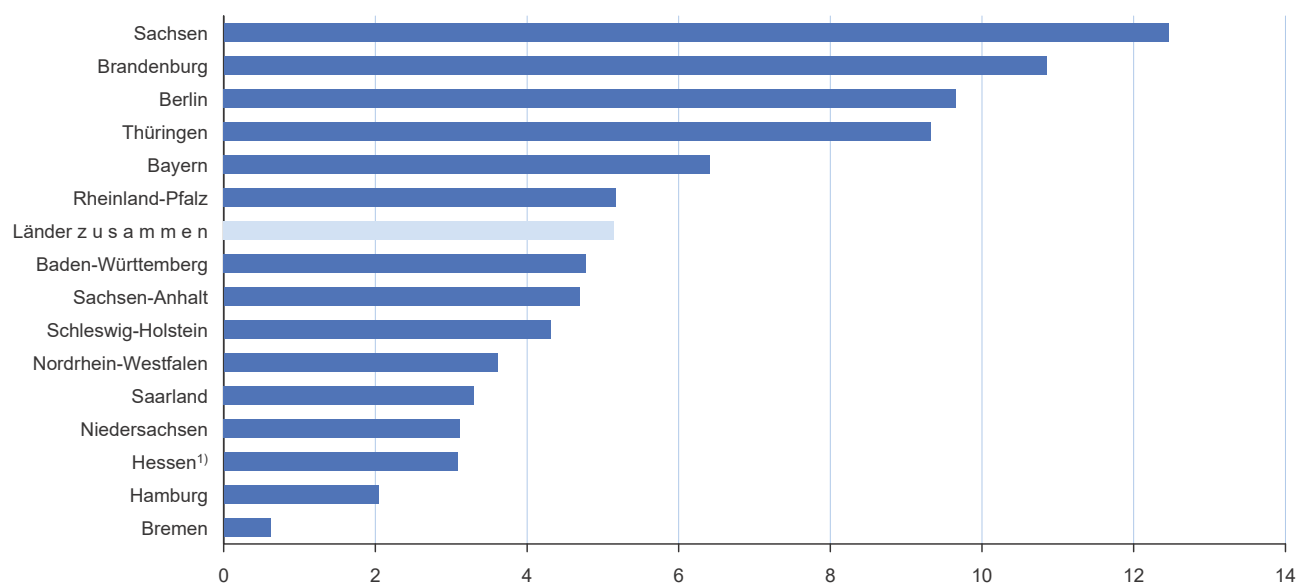
Gebietskörperschaft	2005		2011		2013 (vorläufiges Ist)		2015 (vorläufiges Ist)	
	Mill. EUR	je Einwohner und Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner und Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner und Einwohner	Mill. EUR	je Einwohner und Einwohner
		EUR		EUR		EUR		EUR
Baden-Württemberg	45,9	4,4	49,5	4,7	47,6	4,5	52,0	4,8
Bayern	62,0	5,0	67,2	5,4	81,1	6,4	82,3	6,4
Berlin	16,9	5,2	37,2	11,2	31,9	9,3	34,0	9,7
Brandenburg	22,8	9,0	24,0	9,8	27,9	11,4	27,0	10,9
Bremen	0,4	0,6	0,6	0,9	0,5	0,8	0,4	0,6
Hamburg	6,5	3,9	12,8	7,5	6,9	4,0	3,6	2,0
Hessen ¹⁾	13,8	2,3	16,7	2,8	12,3	2,0	19,0	3,1
Mecklenburg-Vorpommern	2,7	1,6	2,8	1,7	- 3,2 ²⁾	- 2,0	- 3,0 ²⁾	- 1,9
Niedersachsen	14,8	1,9	23,1	3,0	23,4	3,0	24,7	3,1
Nordrhein-Westfalen	46,8	2,6	69,8	4,0	62,7	3,6	64,4	3,6
Rheinland-Pfalz	24,4	6,0	34,9	8,8	17,1	4,3	20,9	5,2
Saarland	1,8	1,7	4,0	4,1	3,8	3,8	3,3	3,3
Sachsen	63,4	15,1	41,4	10,2	49,6	12,3	50,9	12,5
Sachsen-Anhalt	10,3	4,2	26,8	11,8	12,9	5,8	10,5	4,7
Schleswig-Holstein	7,2	2,6	9,0	3,2	8,9	3,2	12,3	4,3
Thüringen	20,8	9,0	29,2	13,4	25,9	12,0	20,3	9,3
Länder z u s a m m e n (einschl. Gemeinden)	360,4	4,5	448,9	5,6	409,2	5,1	422,8	5,1
Bund	48,6	0,6	82,1	1,0	84,9	1,1	77,6	0,9
Gebietskörperschaften insgesamt	409,1	5,0	531,0	6,6	494,1	6,1	500,4	6,1

1) Ein Teil der Aufwendungen des Landes Hessen für Denkmalpflege wird im Landeshaushalt unter Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten ausgewiesen.

– 2) In Mecklenburg-Vorpommern übersteigen die unmittelbaren Einnahmen die Nettoausgaben. – – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung III.1

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel, vorl. Ist) der Länder für den Aufgabenbereich Denkmalschutz und Denkmalpflege je Einwohnerin und Einwohner 2015 nach Bundesländern¹⁾ (in Euro)



*) Abbildung ohne Mecklenburg-Vorpommern, da in Mecklenburg-Vorpommern die unmittelbaren Einnahmen die Nettoausgaben übersteigen. — 1) Ein Teil der Aufwendungen des Landes Hessen für Denkmalpflege wird im Landeshaushalt unter Verwaltung kultureller Angelegenheiten ausgewiesen.

– – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

III.2 Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner (2018)

Indikatorenbeschreibung

Die Bebauung von Städten und Regionen ist ein gestalterischer, kreativer und schöpferischer Prozess. Die Architektur, Stadt- und Raumplanung sowie das Bauingenieurwesen und das Baugewerbe tragen maßgeblich zu diesem Prozess bei. Dieser Indikator beschreibt die zahlenmäßige Verteilung von Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner in den einzelnen Bundesländern. Die Zahlen geben Auskunft über die Bedeutung der unterschiedlichen Fachrichtungen innerhalb der Architektur sowie über die Beschäftigungsarten und Geschlechterverteilungen.

Anteil an Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten in den ostdeutschen Bundesländern über dem Bundesdurchschnitt

Zum 1. Januar 2018 zählte die Bundeskammerstatistik 131 000 Architektinnen und Architekten, Innenarchitektinnen und -architekten, Landschaftsarchitektinnen und -architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner. Die meisten Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner sind dabei in Nordrhein-Westfalen (20 % aller in Deutschland Tätigen), Baden-Württemberg (20 %) und Bayern (19 %) beschäftigt. Am geringsten ist ihr Anteil in Mecklenburg-Vorpommern (0,6 %).

Hochbauarchitektinnen und -architekten stellen den größten Anteil (85 %) unter den Architektinnen und Architekten

Differenziert nach Fachrichtung zeigt sich, dass die meisten Architektinnen und Architekten in der Bundeskammerstatistik in der Hochbauarchitektur tätig sind (85 %). Mit deutlichem Abstand folgen die Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten (6 %), Stadtplanerinnen und Stadtplaner sowie Innenarchitektinnen und Innenarchitekten (jeweils etwa 5 %). Die Hochbauarchitektur hat auch in allen Bundesländern die größte Bedeutung. Der Anteil der Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten ist in den ostdeutschen Ländern höher als im Bundesdurchschnitt (6 %), insbesondere in den Ländern Mecklenburg-Vorpommern (14 %) und Brandenburg (11 %).

66 % der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner sind Männer

Die Statistik unterscheidet auch nach Beschäftigungsart und Geschlecht. Mehr als die Hälfte der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner (56 %) ist angestellt tätig oder verbeamtet. 42 % sind freischaffend und rund 3 % sind gewerblich tätig (z. B. als Bauträgerinnen und Bauträger, Projektentwicklerinnen und Projektentwickler, Baubetreuerinnen und Baubetreuer, Bauunternehmerinnen und Bauunternehmer, Baustoffhändlerinnen und Baustoffhändler oder Baustoffherstellerinnen und Baustoffhersteller). Mit Blick auf das Geschlechterverhältnis zeigt sich, dass der Anteil der Männer (66 %) in der Architektur und bei der Stadtplanung über dem der Frauen (34 %) liegt. Nur in der Fachrichtung Innenarchitektur überwiegen die Frauen mit einem Anteil von 61 % zu 39 %.

Methodische Hinweise zum Indikator III.2

Die verwendeten Daten zu der Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner stammen aus der Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer e. V. Die Bundeskammerstatistik wird jährlich auf Basis der Daten der Mitgliederverwaltung der 16 Länderarchitektenkammern zu einem Bundesergebnis zusammengetragen. Die Verwaltungsdaten enthalten Angaben über die Anzahl der in den jeweiligen Kammerlisten eingetragenen Architektinnen und Architekten nach Fachrichtung (Hochbauarchitektur, Innenarchitektur, Landschaftsarchitektur, Stadtplanung), Beschäftigungsart (freiberuflich, beamtet, angestellt, gewerblich) sowie nach Geschlecht. Die Eintragungsvoraussetzungen sind in den jeweiligen Architekten- oder Baukammergesetzen der Länder geregelt. Neben den fachlichen und berufspraktischen Voraussetzungen werden Architektinnen und Architekten in die Kammerliste eingetragen, die einen Wohnsitz, eine Niederlassung oder eine Beschäftigung am Ort des jeweiligen Bundeslandes vorweisen können.

Ausgewiesen sind die Daten zu den Summen der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner. Diese Zahlen weichen von der Anzahl der Mitglieder in den Architektenkammern ab, da diese zusätzlich nicht beruflich tätige Mitglieder, Mitglieder im Ruhestand, Mitglieder im Praktikum, freiwillige Mitglieder, außerordentliche Mitglieder sowie Doppelseintragungen beinhalten.

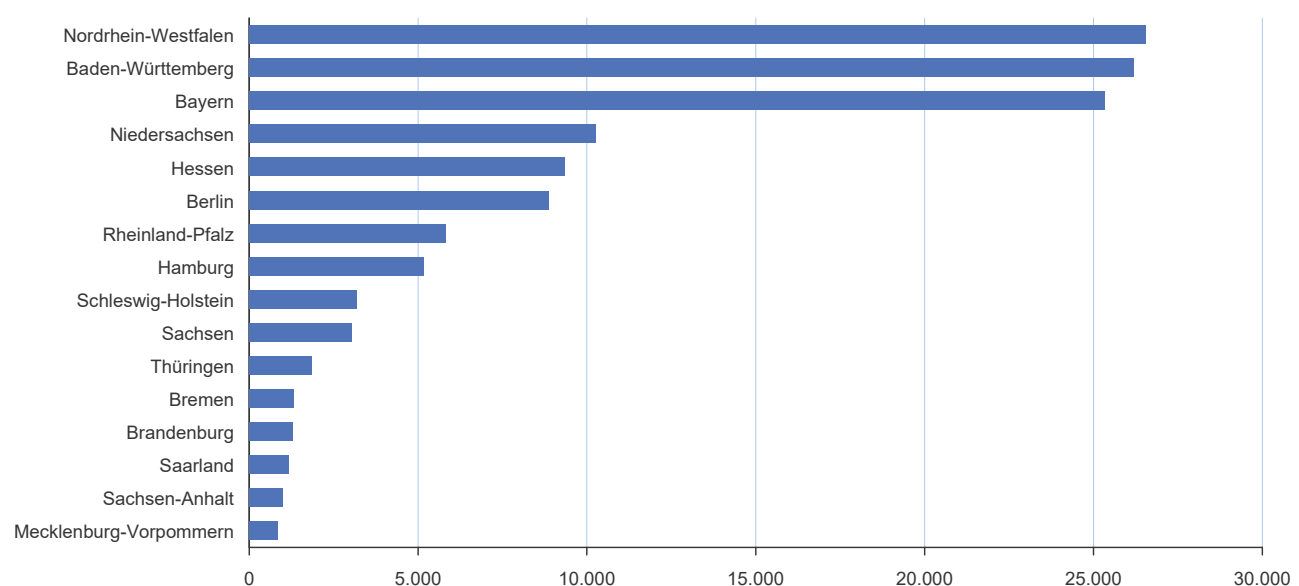
Tabelle III.2

Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner zum 1. Januar 2018 nach Bundesländern

Land	Architektinnen/ Architekten und Stadtplanerinnen/ Stadtplaner insgesamt ¹⁾	Hochbau- architektinnen und -architekten	Landschafts- architektinnen und -architekten	Innen- architektinnen und -architekten	Stadtplanerinnen und -planer
Baden-Württemberg	26 201	87,0	4,7	4,1	4,2
Bayern	25 343	82,8	5,6	5,0	6,6
Berlin	8 884	88,5	5,9	2,1	3,5
Brandenburg	1 272	82,1	11,0	2,3	4,6
Bremen	1 309	85,6	6,9	3,2	4,3
Hamburg	5 168	85,2	5,2	5,5	4,1
Hessen	9 339	83,9	4,7	5,4	6,0
Mecklenburg-Vorpommern	848	74,3	13,7	4,0	8,0
Niedersachsen	10 274	87,0	5,2	4,4	3,3
Nordrhein-Westfalen	26 551	82,1	6,0	6,1	5,8
Rheinland-Pfalz	5 803	86,2	3,9	5,5	4,4
Saarland	1 166	89,0	3,1	4,6	3,3
Sachsen	3 045	85,6	9,5	2,0	3,0
Sachsen-Anhalt	1 006	83,0	8,4	2,7	5,9
Schleswig-Holstein	3 190	87,1	5,4	1,8	5,7
Thüringen	1 860	84,8	7,1	1,9	6,2
Deutschland	131 259	84,7	5,6	4,6	5,1

1) Ausgewiesen ist die Summe aller Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner, nicht die Anzahl der Mitglieder in den Architektenkammern. Nicht berücksichtigt sind somit Architektinnen und Architekten im Ruhestand, nicht berufliche Architektinnen und Architekten, Architektinnen und Architekten im Praktikum, freiwillige oder außerordentliche Mitglieder sowie Doppelseintragungen. — — — Quelle: Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung III.2

Anzahl der Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner¹⁾ zum 1. Januar 2018 nach Bundesländern

*) Ausgewiesen ist die Summe aller Architektinnen und Architekten sowie Stadtplanerinnen und Stadtplaner, nicht die Anzahl der Mitglieder in den Architektenkammern. Nicht berücksichtigt sind somit Architektinnen und Architekten im Ruhestand, nicht berufliche Architektinnen und Architekten, Architektinnen und Architekten im Praktikum, freiwillige oder außerordentliche Mitglieder sowie Doppelseintragungen. — — — Quelle: Bundeskammerstatistik der Bundesarchitektenkammer e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel IV

Indikatoren zur Sparte Film, Fernsehen und Hörfunk

IV.1 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner (2017)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der Filmbesuche und die der Kinoleinwände werden auf die Bevölkerungszahlen^G der einzelnen Bundesländer bezogen. Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie häufig die Kinos durchschnittlich von jeder Einwohnerin und jedem Einwohner besucht werden. Der Indikator spiegelt zum einen das Angebot an Kinoprogrammen und zum anderen das Besuchsinteresse bzw. die Nachfrage nach diesen in den einzelnen Ländern wider. Je größer der Indikator ausfällt, umso häufiger wird das Kinoangebot genutzt.

In den Stadtstaaten wurden die angebotenen Kinoprogramme am häufigsten genutzt

Das Verhältnis zwischen Bevölkerungszahl^G und Zahl der Leinwände in den Kinos eines Landes zeigt den Versorgungsgrad für die filminteressierte Bevölkerung und steht somit im Zusammenhang mit den Kinobesuchen je Einwohnerin und Einwohner.

2017 gab es in Deutschland 4800 Leinwände, davon 3760 in den westdeutschen und 1040 in den ostdeutschen Bundesländern. Der Bestand an Leinwänden ist in den vergangenen zehn Jahren zunächst gesunken und ab 2014 wieder gestiegen. 2007 betrug die Anzahl der Leinwände 4830 und sank bis 2013 auf 4610. Seit 2014 stieg die Anzahl der Leinwände wieder von 4620 auf 4800 im Jahr 2017. Somit befand sich die Anzahl der Leinwände 2017 fast wieder auf dem Niveau von 2007.

Im Durchschnitt entfiel in Deutschland 2017 auf 17 200 Einwohnerinnen und Einwohner eine Leinwand. In den ostdeutschen Ländern sah die Relation mit 15 490 günstiger aus als in den westdeutschen Ländern mit 17 650. Die meisten Einwohnerinnen und Einwohner je Leinwand wurden im Stadtstaat Hamburg mit 22 100 und in den Flächenländern Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen mit jeweils 20 200 ermittelt. Die niedrigsten Werte wurden in Berlin mit 12 400, Mecklenburg-Vorpommern mit 13 700 und Bremen mit 14 100 ausgewiesen.

In den Kinos wurden im Jahr 2017 in Deutschland rund 122 Mill. Besuche gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr entsprach dies einer Steigerung von etwa 1 Mill. Besuchen. In den vergangenen zehn Jahren fielen die Besuchszahlen zum Teil sehr unterschiedlich aus. In den Jahren 2009 und 2015 wurden mit 145 Mill. und 139 Mill. die höchsten Besuchszahlen in den Kinos verzeichnet, im Jahr 2016 mit 121 Mill. hingegen die wenigsten. Die Besuchszahlen hängen erwartungsgemäß mit dem Filmangebot zusammen. So zogen bspw. im Jahr 2015 die Top 5 Filme der internationalen Jahreshitliste der Filmförderungsanstalt (FFA) insgesamt 33 Mill. Besucherinnen und Besucher ins Kino. 2016 waren es bei den Top 5 der erfolgreichsten Filme hingegen nur 18 Mill.

Im Jahr 2017 war jede Einwohnerin und jeder Einwohner in Deutschland durchschnittlich 1,5 Mal im Kino. Wie auch in anderen Kulturbereichen (z. B. Museen, Bibliotheken) nahmen die Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen bei den Kinos eine überdurchschnittliche Stellung ein. Spitzenreiter Berlin zählte 2,6 Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner, gefolgt von Bremen mit 2,5 und Hamburg mit 2,2. Bei den Flächenländern führten Bayern (1,7), Baden-Württemberg (1,5) und Hessen (1,5) die Rangfolge an. Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Sachsen, Rheinland-Pfalz sowie Mecklenburg-Vorpommern lagen mit jeweils 1,3 Kinobesuchen je Einwohnerin und Einwohner im Mittelfeld. Am unteren Ende der Skala rangierten Brandenburg, Thüringen und das Saarland mit 1,1 Kinobesuchen je Einwohnerin und Einwohner.

Methodische Hinweise zum Indikator IV.1

Die Filmförderungsanstalt (FFA) stellt jährlich Kennzahlen zu den Spielstätten (Kinos), Leinwänden (Kinosäle) und Filmbesuchen nach Bundesländern zur Verfügung. Dabei ist die Zahl der Spielstätten nicht mit der Zahl der Leinwände identisch, da eine Spielstätte auch mehrere Leinwände haben kann. Die Zahl der Leinwände schließt auch Sonderformen, wie z. B. Open-Air- und Wanderkinos, ein. Die Daten lassen sich mit den Bevölkerungszahlen aus der amtlichen Statistik verknüpfen.

Der Indikator bezieht sich auf die Anzahl der Besuche in Kinos. Dies ist nicht gleichbedeutend mit der Anzahl der verschiedenen Besucherinnen und Besucher, da ein Kino durchaus mehrmals von einer Person besucht werden kann. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass Kinos in Stadtstaaten und zum Teil in weiteren Großstädten mit ihren Angeboten überregional ausgerichtet sind und daher in höherem Maße auch von Einwohnerinnen und Einwohner anderer, insbesondere angrenzender Bundesländer besucht werden.

Zahl der Kinobesuche in den letzten Jahren sehr schwankend

In Stadtstaaten große Nachfrage nach Kinoangeboten

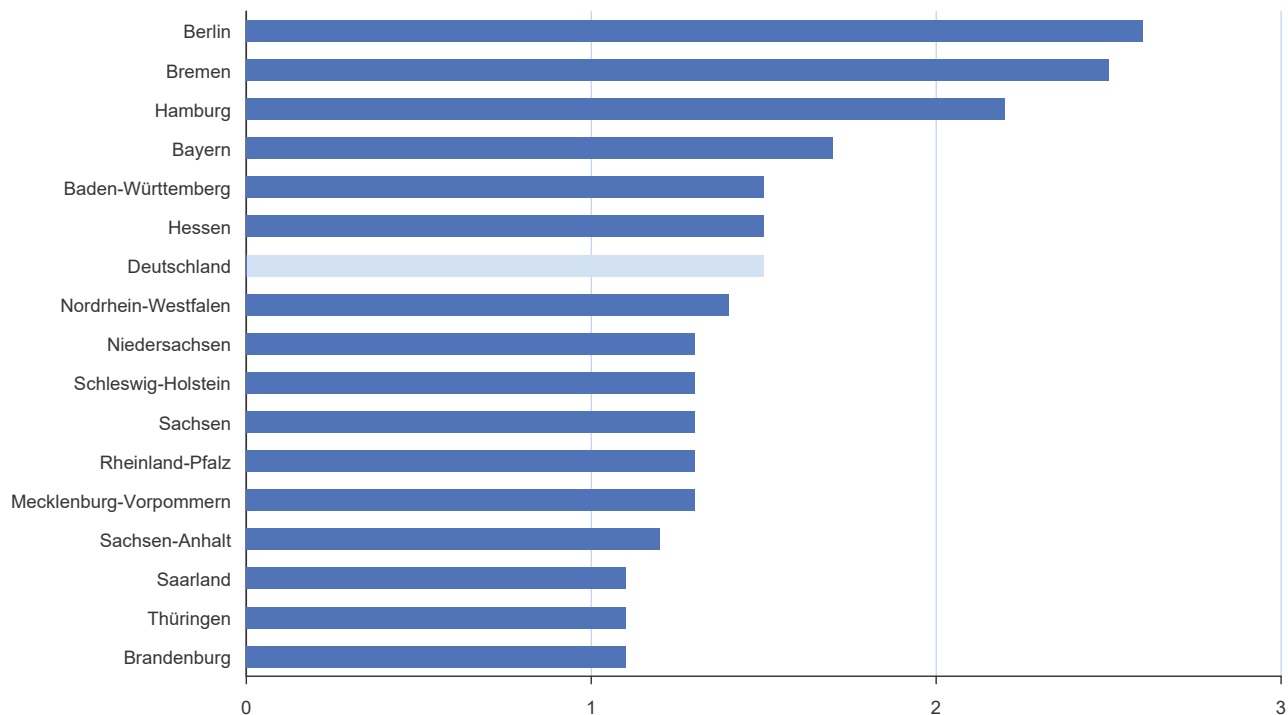
Tabelle IV.1

Leinwände in den Kinos und Kinobesuche in 2007, 2016 und 2017 nach Bundesländern

Land	Leinwände			Einwohnerinnen und Einwohner je Leinwand			Kinobesuche			Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner		
	2007	2016	2017	2007	2016	2017 ¹⁾	2007	2016	2017	2007	2016	2017 ¹⁾
				in 1 000			in Mill.					
Baden-Württemberg	650	665	672	16,5	16,4	16,3	17,2	16,4	16,5	1,6	1,5	1,5
Bayern	802	843	850	15,6	15,2	15,2	22,3	21,1	21,5	1,8	1,7	1,7
Berlin	285	275	288	12,0	12,8	12,4	9,1	9,3	9,4	2,7	2,6	2,6
Brandenburg	152	138	142	16,7	18,0	17,6	2,6	2,6	2,7	1,0	1,1	1,1
Bremen	49	47	48	13,5	14,3	14,1	1,7	1,7	1,7	2,6	2,5	2,5
Hamburg	89	80	82	19,9	22,3	22,1	4,4	4,0	4,0	2,5	2,2	2,2
Hessen	333	337	339	18,2	18,3	18,3	9,6	9,3	9,3	1,6	1,5	1,5
Mecklenburg-Vorpommern	133	117	118	12,6	13,8	13,7	2,0	1,9	2,0	1,2	1,2	1,3
Niedersachsen	428	441	447	18,6	18,0	17,8	10,6	10,3	10,4	1,3	1,3	1,3
Nordrhein-Westfalen	907	867	884	19,8	20,6	20,2	25,6	24,5	24,6	1,4	1,4	1,4
Rheinland-Pfalz	222	203	201	18,2	20,0	20,2	5,3	5,1	5,1	1,3	1,3	1,3
Saarland	72	68	65	14,4	14,6	15,3	1,4	1,1	1,1	1,3	1,1	1,1
Sachsen	264	229	231	16,0	17,8	17,7	5,0	5,1	5,2	1,2	1,3	1,3
Sachsen-Anhalt	135	126	128	17,9	17,8	17,5	2,6	2,7	2,7	1,1	1,2	1,2
Schleswig-Holstein	168	165	172	16,9	17,3	16,8	3,7	3,6	3,6	1,3	1,3	1,3
Thüringen	143	138	136	16,0	15,7	15,9	2,4	2,4	2,4	1,0	1,1	1,1
Deutschland	4 832	4 739	4 803	17,0	17,3	17,2	121,7	121,1	122,3	1,5	1,5	1,5

1) Bevölkerungszahl zum Stand 31.12.2016 auf Grundlage des Zensus 2011. --- Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung IV.1

Kinobesuche je Einwohnerin und Einwohner¹⁾ 2017 nach Bundesländern

*¹⁾ Bevölkerungszahl zum Stand 31.12.2016 auf Grundlage des Zensus 2011 --- Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

IV.2 Kulturangebot der öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radioprogramme (2016)

Indikatorenbeschreibung

Die Grundversorgung aller Bürgerinnen und Bürger mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung ist Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (ARD) im Bereich Hörfunk, des Ersten Fernsehprogramms, des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) sowie der Dritten Fernsehprogramme. Die Anteile der kulturelevanten Sendungen am gesamten Programmangebot spiegeln die Bedeutung von kulturellen Inhalten dieser Anbieter wider. Für eine regionale Betrachtung nach Sendeanstalten bieten sich die Dritten Fernseh- und die Hörfunkprogramme der Landesrundfunkanstalten an.

12,4 % der Sendezeit für Kultur bei den Dritten Fernsehprogrammen

Im Jahr 2016 entfielen auf die kulturelevanten Ressorts „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Musik“ im gesamten Dritten Fernsehprogramm rund 8000 bzw. 500 Stunden. Dies entspricht einem Anteil an der gesamten Sendezeit von 11,7 % für das Ressort „Kultur und Wissenschaft“ und von 0,7 % für das Ressort „Musik“. Unter den Landesrundfunkanstalten wiesen 2016 der Bayerische Rundfunk (BR) mit 19,0 % sowie der Saarländische Rundfunk (SR) und der Südwestrundfunk (SWR) mit jeweils 14,5 % die höchsten Sendeanteile für „Kultur und Wissenschaft“ aus. Die geringsten Anteile hatten der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) mit 7,2 % und der Hessische Rundfunk (HR) mit 5,5 %. Die höchsten Anteile des Ressorts „Musik“ hatte der Westdeutsche Rundfunk (WDR) mit 2,0 %. Bezogen auf das Gesamtprogramm mit 8000 Stunden wies der HR beim Musikprogramm mit 4 Stunden einen verschwindend geringen Anteil auf, da der Sender in den vergangenen Jahren seine Sendeanteile im Ressort Spielfilm deutlich erhöht hat. Im Vergleich zu 2006 hat sich der Anteil an den gesamten kulturelevanten Ressorts „Kultur und Wissenschaft“ und „Musik“ um 0,5 bzw. 0,3 Prozentpunkte verringert. Dies ist vor allem auf den gesunkenen Anteil an Sendezeit im Ressort „Kultur und Wissenschaft“ des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), des Norddeutschen Rundfunk (NDR) und von Radio Bremen (RB) zurückzuführen. Den größten Zuwachs an Sendezeit im Ressort „Kultur und Wissenschaft“ verzeichnete der Bayerische Rundfunk von 1000 Stunden im Jahr 2006 auf 1600 Stunden im Jahr 2016. Der Anteil stieg innerhalb von zehn Jahren um 6,5 Prozentpunkte auf zuletzt 19,0 %.

Satellitensender 3sat hatte den höchsten Kulturanteil am Fernsehprogramm

Im gesamten Ersten Fernsehprogramm nahmen die Ressorts „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Musik“ im Jahr 2016 einen Anteil von 2,6 % bzw. 0,1 % der Sendezeit ein. Die gleichen Kulturressorts hatten beim kulturell ausgerichteten Satellitenprogramm 3sat mit 43,5 % bzw. 1,6 % einen deutlich höheren Stellenwert. Der europäische Kultursender ARTE unterteilt sein Programm in die Ressorts „Kultur“, „Information“, „Wissen“ sowie „Spiel- und Spielfilm“. Der Sendeanteil „Kultur“ in ARTE betrug 11,3 %. Die Sender 3sat und ARTE werden u. a. von der ARD und dem ZDF getragen, die Daten beziehen sich nur auf den ARD-Anteil. Das ZDF weist ebenfalls andere Programmkategorien auf (darunter z. B. „Unterhaltung“, „Information“, „Fiction“, „Kinderprogramm“, „Übertragungen“ oder „Sport“). Die einzig eindeutig kulturell relevante Kategorie „Konzert- und Bühnendarbietung“ machte 2016 mit 23 Stunden etwa 0,3 % am gesamten ZDF-Programm mit 8790 Stunden aus.

Angebot an kulturelevanten Programmen der Hörfunkprogramme

62 % Musikanteil an allen Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten

Zu den Hörfunkprogrammen mit Kulturbezug zählen die Bereiche „Kultur und Bildung“ sowie „Musik“. Sie werden von den öffentlichen Landesrundfunkanstalten in Deutschland sowie vom Deutschlandradio (darunter: „Deutschlandfunk Kultur“, „Deutschlandfunk“ und „Deutschlandfunk Nova“) angeboten. 311 600 Stunden umfasste das Musik- und 38 300 das Kultur-Bildungs-Programm der Landesrundfunkanstalten im Jahr 2016. Der Musikanteil am gesamten Hörfunkprogramm betrug 62,2 %. Davon entfielen 26,8 % auf Rock/Popmusik, 17,0 % auf Unterhaltungsmusik und 11,2 % auf Klassik. Der Wortbeitrag „Kultur und Bildung“ nahm einen Anteil von 7,6 % ein.

Methodische Hinweise zum Indikator IV.2

Datengrundlage ist das „ARD-Jahrbuch“ der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD). Die insgesamt 11 Kategorien des gesamten Programmangebots der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanbieter haben eine eigene Systematik. Für den Indikator wurden die Kategorien „Kultur und Wissenschaft“ sowie „Musik“ herangezogen. Die Sender ZDF, ARTE und 3sat haben jeweils eigene Programmkategorien, die sich von denen der Dritten Fernsehprogramme unterscheiden. Beim Hörfunk wird in der Kategorie „Musik“ hingegen differenziert nach „Rock-/Popmusik“, „Unterhaltungsmusik“ und „Klassik“.

Tabelle IV.2

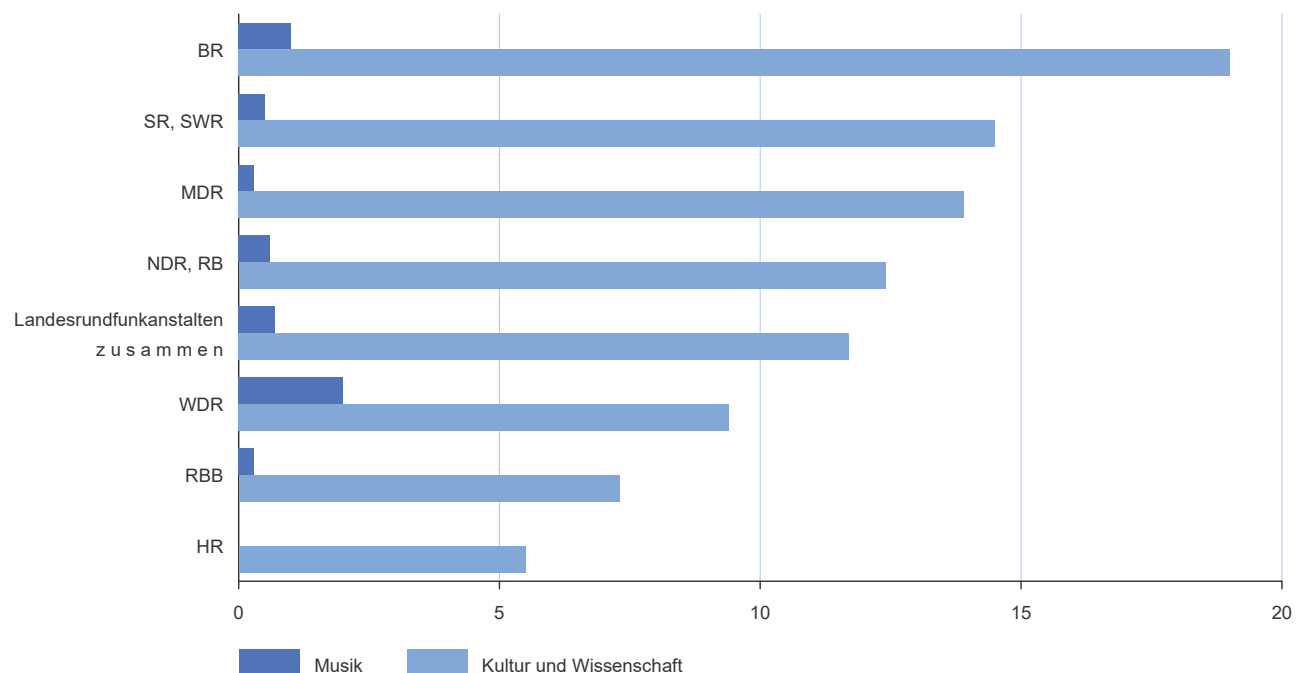
Kulturrelevante Sendezeiten zu den Themen „Kultur und Wissenschaft, Musik“ in den Dritten Fernsehprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2006 und 2016

Landesrundfunkanstalt	Zugehörige Länder	2006				2016			
		Kultur und Wissenschaft		Musik		Kultur und Wissenschaft		Musik	
		Stunden	% ¹⁾	Stunden	% ¹⁾	Stunden	% ¹⁾	Stunden	% ¹⁾
Bayerischer Rundfunk (BR)	Bayern	1 032	12,5	105	1,3	1 634	19,0	82	1,0
Hessischer Rundfunk (HR)	Hessen	483	5,5	86	1,0	486	5,5	4	0,0
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	1 102	11,8	26	0,3	1 277	13,9	29	0,3
Radio Bremen (RB)/Norddeutscher Rundfunk (NDR)	Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	1 612	16,2	52	0,5	1 205	12,4	54	0,6
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	Berlin, Brandenburg	1 236	13,9	50	0,6	649	7,2	23	0,3
Südwestrundfunk (SWR)/Saarländischer Rundfunk (SR)	Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saarland	1 466	12,3	104	0,9	1 681	14,5	63	0,5
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	Nordrhein-Westfalen	1 255	12,3	269	2,6	1 083	9,4	236	2,0
Landesrundfunkanstalten zusammen	Deutschland	8 186	12,2	693	1,0	8 015	11,7	491	0,7

1) Anteil der kulturrelevanten Sendezeiten an den Gesamtsendestunden der Landesrundfunkanstalt. – – – Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung IV.2

Anteil der kulturrelevanten Sendezeiten zu den Themen „Kultur und Wissenschaft, Musik“ in den Dritten Fernsehprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2016 (in %)



Quelle: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel V

Indikatoren zur Sparte Darstellende Kunst und Tanz

V.1 Anzahl der Sitzplätze in öffentlichen Theatern je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)

Indikatorenbeschreibung

Bei dem Indikator wird die Zahl der Sitzplätze in öffentlichen Theatern, die dem Publikum angeboten wird, auf die Bevölkerungszahl⁶ bezogen. Der Indikator spiegelt somit die Kapazität der öffentlichen Theater wider.

Spitzenwerte in Mecklenburg-Vorpommern

Die öffentlichen Theater in Deutschland boten ihrem Publikum in der Spielzeit 2015/2016 in ihren 815 Spielstätten insgesamt 258 000 Plätze an. Im Vergleich zum Vorjahr sind dies etwa 6000 Plätze mehr. Die meisten Spielstätten und somit die meisten angebotenen Sitzplätze gab es in Nordrhein-Westfalen mit 135 Spielstätten und 42 000 Sitzplätzen, in Bayern (103 Spielstätten, 33 000 Sitzplätze) und in Baden-Württemberg (98 Spielstätten, 34 000 Sitzplätze). An vierter Stelle der Rangliste folgte Sachsen, das mit 80 Spielstätten und insgesamt 28 000 Sitzplätzen allerdings ähnliche hohe Platzkapazitäten wie Bayern und Baden-Württemberg besaß. Die wenigsten Spielstätten und Sitzplätze in öffentlichen Theatern gab es im Saarland (5 Spielstätten, 2300 Sitzplätze) sowie in den beiden Stadtstaaten Hamburg (11 Spielstätten, 4600 Sitzplätze) und Bremen (12 Spielstätten, 1900 Sitzplätze). In den einzelnen Ländern gab es im Vergleich zum Vorjahr einige Schwankungen, die mitunter auf Umbaumaßnahmen und Sanierungen sowie auf Neu- und Wiedereröffnungen der Spielstätten zurückzuführen sind. In den meisten Bundesländern stieg die Anzahl der Spielstätten im Vergleich zum Vorjahr an oder blieb unverändert. In sechs Bundesländern reduzierte sich die Anzahl der Spielstätten (Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen) leicht.

In der Spielzeit 2015/16 lag die durchschnittliche Anzahl angebotener Sitzplätze in den öffentlichen Theatern bei 3,1 Sitzplätzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Im Vergleich zur Spielzeit 2014/15 ist dieser Wert nur minimal gestiegen. Unter den Ländern erreichte Mecklenburg-Vorpommern mit 9,3 angebotenen Sitzplätzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohnern den absoluten Spitzenwert. Doch auch Sachsen mit 6,9 Sitzplätzen, Thüringen mit 6,1 Sitzplätzen, Berlin mit 5,5 und Sachsen-Anhalt mit 5,1 Sitzplätzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner lagen in dieser Spielzeit deutlich über dem Bundesdurchschnitt. Schleswig-Holstein (3,4) und Baden-Württemberg (3,1) hingegen lagen etwas darüber oder entsprachen genau dem Bundesdurchschnitt. Die übrigen Länder wiesen einen geringeren Wert auf. Die wenigsten Sitzplätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner gab es in Niedersachsen mit 1,8. Entsprechend dem absoluten Sitzplatzangebot waren beim Angebot bezogen auf die Bevölkerungszahl gegenüber der vorigen Spielzeit 2014/15 nur kleinere Schwankungen zu verzeichnen. Bezogen auf den Indikatorwert gab es die vergleichsweise größte Veränderung in Mecklenburg-Vorpommern. Dort ist der Wert von 9,9 Sitzplätzen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner auf zuletzt 9,3 gesunken. Den größten Anstieg beim Indikatorwert hat hingegen Sachsen-Anhalt zu verbuchen. Dort wuchs die Anzahl der angebotenen Sitzplätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner von 4,6 auf 5,1.

Bezieht man in der Spielzeit 2015/16 die Anzahl der angebotenen Sitzplätze der öffentlichen Theater auf die Anzahl der Besuche der eigenen Veranstaltungen am Standort (inkl. Konzerte: 19,1 Mill. Besuche), ergibt sich ein Verhältnis von 73,9 Besuchen je angebotenen Sitzplatz in Deutschland. Im Schnitt wurde in dieser Spielzeit somit jeder Sitzplatz etwa 74 Mal besetzt.

Methodische Hinweise zum Indikator IV.2

Für den Indikator werden die Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen, die jährlich jeweils mit Daten zur Spielzeit des Vorjahres veröffentlicht werden. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen zu verschiedensten Merkmalen, wie z. B. Besuche, Personal oder Einnahmen und Ausgaben. Die Anzahl der angebotenen Sitzplätze (ohne Freilichtbühnen, Konzerthallen etc.) je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner errechnet sich aus der Summe der Sitzplätze bezogen auf die Bevölkerungszahl des Landes. Dies unterscheidet sich von den Angaben des Deutschen Bühnenvereins e. V., der die Anzahl der Sitzplätze auf die Bevölkerungszahlen der Sitzgemeinden der berücksichtigten Theater bezieht.

Bei der Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass die Anzahl der angebotenen Sitzplätze in einer Spielzeit, neben der Anzahl und Größe der Spielstätten, auch von den Produktionen und dargebotenen Formaten (z. B. Kammerspiel oder Lesung) abhängt, da manche Produktionen oder Formate mehr Bühnenfläche benötigen und somit weniger Plätze angeboten werden können.

Die meisten ostdeutschen Länder boten in der Spielzeit 2015/16 mehr Sitzplätze je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner an als im Bundesdurchschnitt von 3,1

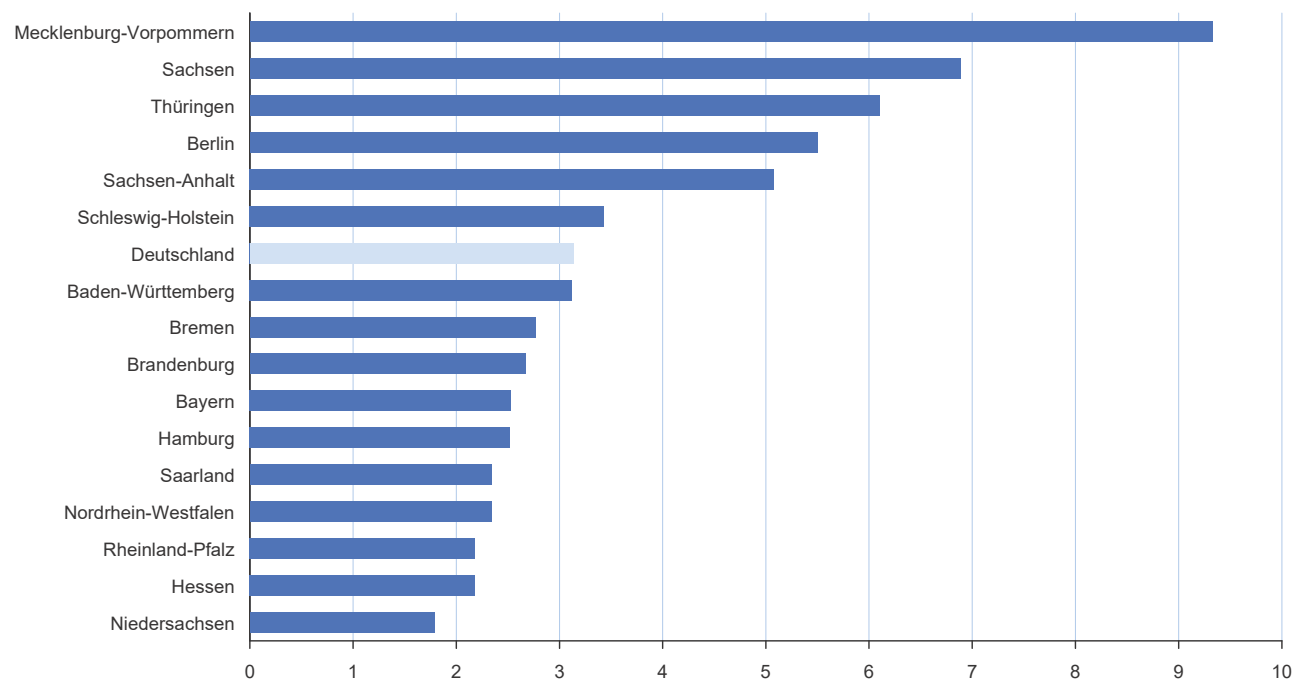
Tabelle V.1

Anzahl der angebotenen Sitzplätze^{*)} in öffentlichen Theatern in den Spielzeiten 2014/15 und 2015/16 nach Bundesländern

Land	2014/15			2015/16		
	Spielstätten	Zahl der Plätze		Spielstätten	Zahl der Plätze	
		insgesamt	je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner		insgesamt	je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	100	33 485	3,1	98	34 164	3,1
Bayern	108	34 705	2,7	103	32 728	2,5
Berlin	41	20 229	5,7	37	19 656	5,5
Brandenburg	29	6 706	2,7	29	6 660	2,7
Bremen	12	1 885	2,8	12	1 878	2,8
Hamburg	12	5 081	2,8	11	4 559	2,5
Hessen	44	12 826	2,1	48	13 534	2,2
Mecklenburg-Vorpommern	49	15 887	9,9	48	15 026	9,3
Niedersachsen	48	16 610	2,1	47	14 246	1,8
Nordrhein-Westfalen	132	45 563	2,6	135	41 806	2,3
Rheinland-Pfalz	29	8 613	2,1	34	8 875	2,2
Saarland	5	2 397	2,4	5	2 336	2,3
Sachsen	80	27 491	6,7	80	28 126	6,9
Sachsen-Anhalt	59	10 319	4,6	61	11 368	5,1
Schleswig-Holstein	20	9 313	3,3	20	9 888	3,4
Thüringen	46	12 596	5,8	47	13 171	6,1
Deutschland	814	263 706	3,2	815	258 021	3,1

*) Ohne Freilichtbühnen oder Konzerthallen. – – – Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung V.1

Anzahl der angebotenen Sitzplätze^{*)} je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2015/16 nach Bundesländern

*) Ohne Freilichtbühnen oder Konzerthallen. – – – Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

V.2 Theaterbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)

Indikatorenbeschreibung

Bei dem Indikator wird die Zahl der Theaterbesuche auf die Bevölkerungszahl⁹ bezogen. Der Indikator spiegelt sowohl das Angebot als auch die Nachfrage nach Theateraufführungen wider.

Hoher Anteil an Besuchen von Privattheatern in Hamburg und Berlin

Acht Länder wiesen mehr als 1 Mill. Besuche auf

Die deutschen Theaterunternehmen lassen sich unterteilen in Privattheater und in öffentliche Theater. Zusammengefasst gab es in der Spielzeit 2015/16 in Deutschland insgesamt 30,7 Mill. Besuche von Theaterveranstaltungen. Auf die öffentlichen Theater entfielen anteilig 56,7 % (17,4 Mill.) und auf die Privattheater 36,9 % (11,4 Mill.) der Besuche. Die übrigen 6,4 % (2,0 Mill.) entfielen auf Besuche auswärtiger Gastspiele. In 8 von 16 Bundesländern überschritten die Besuchszahlen die Millionenschwelle deutlich: Angeführt von Nordrhein-Westfalen mit 5,2 Mill., gefolgt von Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg mit rund 4 Mill. sowie von Sachsen mit 2,4 Mill., Hessen mit 1,8 Mill. und Niedersachsen mit 1,5 Mill. Theaterbesuchen.

In der Spielzeit 2015/16 betrug der Anteil der Musiktheaterbesuche an den Besuchen von Veranstaltungen der öffentlichen Theater 39 %

Betrachtet man die Besuchszahlen der öffentlichen Theater in Relation zu den privaten Theatern, so ist vor allem in Hamburg mit 20,4 % (0,8 Mill. Besuche) ein vergleichsweise geringer Besuchsanteil öffentlicher Theater an allen Theaterbesuchen zu konstatieren. Dieser Wert bestätigt den Ruf Hamburgs als Musical-Hauptstadt. Die Musicals werden vor allem durch Privattheater angeboten. Auch Berlin wies mit 40,6 % (1,7 Mill.) einen Anteil der Besuche von öffentlichen Theatern auf, der deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 56,7 % lag. Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen lagen mit 51,6 % bzw. 53,3 % leicht unter dem Durchschnittswert. In allen übrigen Ländern besuchte eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung öffentliche Theater, wobei die Anteile von 66,2 % in Hessen (1,2 Mill.) bis 88,2 % in Schleswig-Holstein (0,5 Mill.) reichten. Unter den Besuchen der öffentlichen Theater können Musiktheaterbesuche gesondert ausgewiesen werden. In der Spielzeit 2015/16 wurden Opern, Tanzveranstaltungen, Operetten oder Musicals in öffentlichen Theatern etwa 7,5 Mill. Mal besucht. Bezogen auf die Besuche öffentlicher Theater insgesamt ergab dies einen Anteil von 43,1 %. Besonders hoch war dieser Anteil mit 63,5 % in Berlin (1,1 Mill. Musiktheaterbesuche). In Brandenburg (0,07 Mill.) hingegen war dieser Anteil mit 17,8 % eher gering, was möglicherweise durch das Musiktheaterangebot in Berlin zu erklären ist.

Musicalstadt Hamburg mit überdurchschnittlich vielen Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner

Wird die Anzahl der Theaterbesuche auf die Bevölkerungszahl bezogen, so ergab sich für Deutschland in der Spielzeit 2015/16 ein Indikatorwert von 372 Theaterbesuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Hamburg nahm mit 2200 Theaterbesuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner dabei einen absoluten Spitzenplatz in der Länderrangliste ein. Der Hansestadt folgten mit weitem Abstand, aber mit im Vergleich zum Bundeschnitt immer noch hohen Werten, Berlin mit 1100 und Sachsen mit 600 Theaterbesuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Deutlich unter dem Bundesdurchschnitt lagen die Länder Rheinland-Pfalz (182 Theaterbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner), Schleswig-Holstein (183), Niedersachsen (191) sowie das Saarland (196). Bezogen auf die öffentlichen Theater ergab sich ein Wert von 211 Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, darunter waren 91 Besuche von Musiktheaterveranstaltungen. Im Ländervergleich wiesen hier erneut die Stadtstaaten Berlin mit 460 Besuchen und Hamburg mit 442 Besuchen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner die höchsten Werte auf.

Methodische Hinweise zum Indikator V.2

Für den Indikator werden die Theaterstatistiken des Deutschen Bühnenvereins e. V. herangezogen, die jährlich veröffentlicht werden. Der Verein erhebt Daten von öffentlichen Theatern, Orchestern (inkl. Rundfunkorchester), Privattheatern und Festspielen zu verschiedensten Merkmalen, wie z. B. Besuche, Personal oder Einnahmen und Ausgaben. Die Anzahl der Theaterbesuche berechnet sich aus den Veranstaltungen der Privattheater und der öffentlichen Theater inkl. auswärtiger Gastspiele. Unter Veranstaltungen der öffentlichen Theater zählen Schauspiel-, Kinder- und Jugendtheater, Figurentheater und sonstige Veranstaltungen, z. B. Kabarett oder Lesungen sowie die Musiktheaterveranstaltungen Oper, Tanz, Operette und Musical. Konzertveranstaltungen werden hingegen nicht mitgezählt, da sie im Indikator I.3 gesondert dargestellt werden. Detailliertere Informationen zu Veranstaltungen der Privattheater lagen nicht vor. Da überdies keine Verpflichtung zur Meldung der Daten an den Deutschen Bühnenverein e. V. besteht, ist von einer gewissen Untererfassung der Theaterwelt auszugehen. Zu berücksichtigen ist ferner, dass sich der Indikator auf Besuche, nicht jedoch auf Besucherinnen und Besucher bezieht, da eine Person pro Saison mehrmals ins Theater gehen kann (z. B. Abonnements). Es sei auch darauf hingewiesen, dass Besucherinnen und Besucher nicht nur aus dem jeweiligen Bundesland, sondern aus anderen Regionen stammen können.

Tabelle V.2

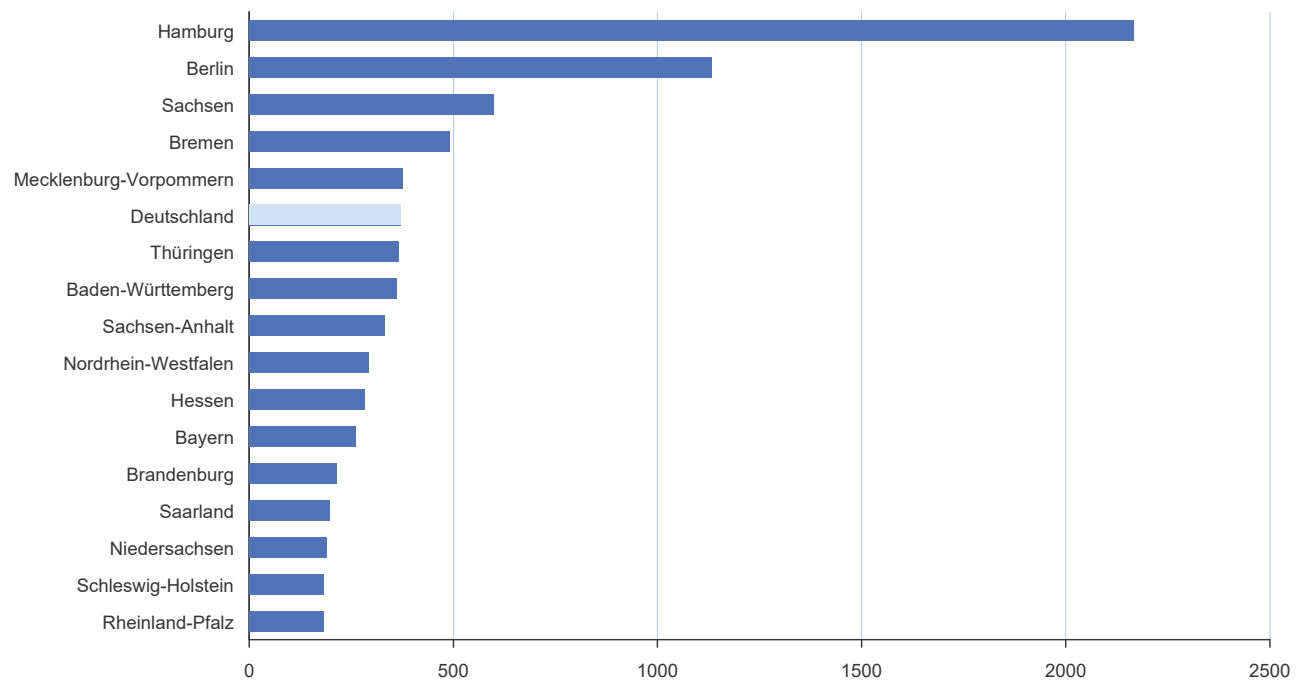
Anzahl Theaterbesuche in den Spielzeiten 2014/15 und 2015/16 nach Bundesländern

Land	2014/15		2015/16				
	Theaterbesuche insgesamt	Theaterbesuche insgesamt	darunter		Theaterbesuche insgesamt	darunter	
			öffentliche Theater ¹⁾	Musiktheater ²⁾		öffentliche Theater ¹⁾	Musiktheater ²⁾
Baden-Württemberg	4 050	3 949	2 037	929	361	186	85
Bayern	3 454	3 366	2 519	1 087	260	195	84
Berlin	4 034	4 053	1 646	1 045	1 134	460	292
Brandenburg	504	537	387	69	215	155	28
Bremen	327	334	260	111	492	383	163
Hamburg	3 092	3 923	800	324	2 167	442	179
Hessen	1 781	1 758	1 164	554	283	187	89
Mecklenburg-Vorpommern	622	604	495	136	375	307	84
Niedersachsen	1 537	1 516	1 184	444	191	149	56
Nordrhein-Westfalen	5 284	5 237	2 790	1 129	293	156	63
Rheinland-Pfalz	662	741	558	237	182	137	58
Saarland	200	195	170	74	196	170	74
Sachsen	2 348	2 442	1 726	702	598	423	172
Sachsen-Anhalt	725	740	582	197	331	260	88
Schleswig-Holstein	520	528	465	208	183	162	72
Thüringen	805	789	630	261	365	292	121
Deutschland	30 754	30 713	17 411	7 507	372	211	91

1) Unter Veranstaltungen der öffentlichen Theater zählen Schauspiel-, Kinder- und Jugendtheater, Figurentheater und sonstige Veranstaltungen, z. B. Kabarett oder Lesungen sowie die Musiktheaterveranstaltungen Oper, Tanz, Operette und Musical – 2) Ohne Konzertveranstaltungen. – – – Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung V.2

Anzahl Theaterbesuche je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner in der Spielzeit 2015/16 nach Bundesländern



Quelle: Deutscher Bühnenverein e. V., eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel VI

Indikatoren zur Sparte Literatur und Presse

VI.1 Erstauflagen von Büchern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2017)

Indikatorenbeschreibung

Mit Neuerscheinungen (Erstauflagen) sollen aktuelle und potenzielle Buchkäuferinnen und Buchkäufer entsprechend ihrer Informations- und Lesebedürfnisse auf dem Buchmarkt angesprochen und zur Rezeption motiviert werden. Das Ausmaß der Titelproduktion lässt sich für einen räumlichen Vergleich durch einen Indikator ermessen, bei dem die Anzahl der Erstauflagen von Büchern auf die Bevölkerungszahl⁹ bezogen wird. Daraus lässt sich ablesen, wie viele Buchtitel je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner in einem Jahr erstmals erscheinen.

Belletristik führt die Liste der Erstauflagen von Büchern an

Deutschlands Verlage und Institutionen brachten im Jahr 2017 insgesamt 82 600 Neuerscheinungen, davon 72 500 Erstauflagen und 10 100 Neuauflagen, auf den Markt. Die Erstauflagen verteilten sich auf die verschiedenen Sachgruppen. Am stärksten waren Belletristik mit einem Anteil von 19,7 %, deutsche Literatur (14,9 %), Kinder- und Jugendbücher (12,1 %) und Schulbücher (7,6 %) vertreten. Die Auswertung getrennt nach Bundesländern ergab, dass die meisten Erstauflagen in den bevölkerungsreichsten Ländern erschienen sind. In Bayern waren dies im Jahr 2017 rund 12 300 Erstauflagen, in Nordrhein-Westfalen 11 200 und in Baden-Württemberg 10 200. Die wenigsten Erstauflagen erschienen hingegen im Landesverband Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit 2700 Titeln.

2017 kamen auf 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner etwa 9 Erstauflagen

Für Deutschland errechnete sich im Jahr 2017 ein Indikatorwert von knapp 9 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Da 12 500 Erstauflagen keinem zugehörigen Landesverband zugeordnet werden können, erfolgt die regionale Betrachtung des Indikators ohne diese Titel. Würde dieser Wert von der Gesamtzahl der Erstauflagen abgezogen, ergäbe sich für Deutschland ein Wert von 7,3 Titeln je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Die Indikatorwerte von drei Landesverbänden lagen über dem Bundesdurchschnitt, die übrigen vier Landesverbände lagen unter diesem Wert. Der Landesverband Berlin-Brandenburg (15,4 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner) stand an der Spitzenposition der Länderrangliste, vor dem zweitplatzierten Bayern (9,5). Baden-Württemberg erreichte mit 9,3 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner den dritten Platz. Schlusslicht in der Rangfolge ist der Landesverband Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen mit 3,2 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner.

Knapp 13 % weniger Erstauflagen in 2017 gegenüber dem Jahr 2008

Seit 2008 ist die Anzahl der veröffentlichten Erstauflagen in Deutschland von 83 400 Titel auf zuletzt 72 500 Titel zurückgegangen. Das entspricht einem Rückgang von knapp 11 000 Titeln (13,1 %). Bezogen auf die Bevölkerungszahl reduzierte sich der entsprechende Indikatorwert im gleichen Zeitraum von 10 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner auf aktuell 9 Erstauflagen. Dieser Rückgang lässt sich auch bei den meisten Landesverbänden beobachten, wenngleich es zwischen den Beobachtungzeitpunkten hin und wieder positive Entwicklungen zu vermelden gab. Den stärksten Rückgang seit 2008 hat der Landesverband Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland zu verzeichnen. Hier gingen die Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner von 8,1 im Jahr 2008 auf 5,3 im Jahr 2017 zurück. Einzig beim Landesverband Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen stieg der Indikatorwert zwischen 2008 und 2017 von 2,9 auf 3,2 Erstauflagen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner an. Im Vergleich zu 2014 ist dieser jedoch etwas zurückgegangen.

Methodische Hinweise zum Indikator VI.1

Für den Indikator werden die Daten der Deutschen Nationalbibliografie herangezogen, in der die Erstauflagen mit ISBN (Internationale Standardbuchnummer) – soweit möglich – unter Angabe des im Buchimpressum genannten Verlagsgeschäftssitzes erfasst sind. Bei mehreren Geschäftssitzen ist der Hauptgeschäftssitz relevant. Dies bedeutet nicht, dass die Bücher auch an dieser Adresse geschrieben, gestaltet und gedruckt werden. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels ordnet die Orte mit Verlagssitzen den jeweiligen Landesverbänden in Deutschland zu. Daraus ergibt sich die Anzahl der Erstauflagen in einem Landesverband. Die Konzentration großer Verlagssitze auf Großstädte schränkt die Aussagekraft einer Auswertung auf Landesverbandsebene ein.

Tabelle VI.1

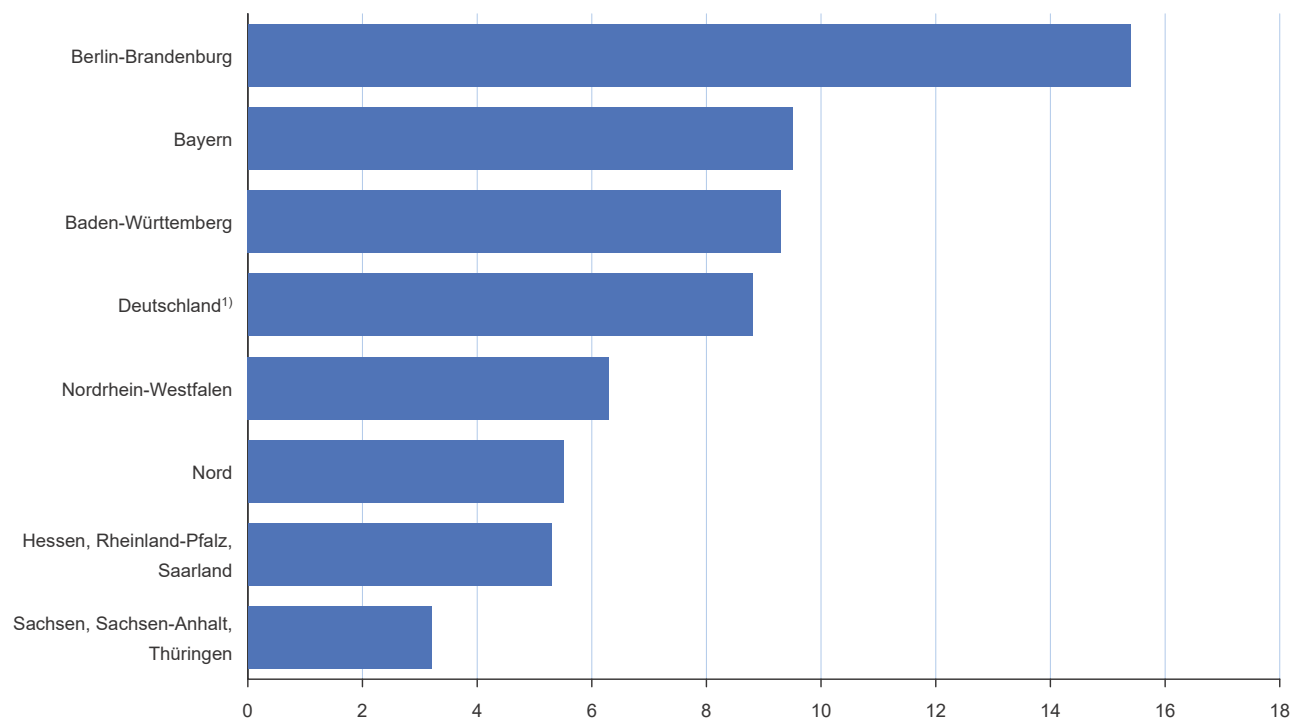
Erstauflagen von Büchern 2008, 2011, 2014 und 2017 nach Landesverbänden

Landesverband	2008		2011		2014		2017 ¹⁾	
	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	10 494	9,8	9 787	9,3	11 521	10,8	10 173	9,3
Bayern	15 082	12,0	12 470	10,0	10 910	8,6	12 337	9,5
Berlin-Brandenburg	9 723	16,3	8 962	15,5	7 065	11,9	9 361	15,4
Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland ²⁾	8 962	8,1	7 639	7,0	7 083	6,4	5 979	5,3
Nordrhein-Westfalen	12 504	7,0	10 890	6,2	11 921	6,8	11 217	6,3
Nord ³⁾	10 482	7,0	8 853	6,1	8 069	5,5	8 227	5,5
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	2 572	2,9	2 528	3,0	2 885	3,4	2 722	3,2
Deutschland⁴⁾	83 381	10,2	82 048	10,2	73 863	9,1	72 499	8,8

1) Bevölkerungszahlen zum Stichtag 31.12.2016 auf Grundlage des Zensus 2011 – 2) Bis 2010 drei Landesverbände: Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland – 3) Bis 2015 zwei Landesverbände: Region Norddeutschland (HH, SH, MV) und Niedersachsen-Bremen – 4) Da eine regionale Zuordnung der Erstauflagen nicht immer möglich ist, ist der Wert für Deutschland höher als die Summe der Erstauflagen der Landesverbände. – – – Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VI.1

Erstauflagen von Büchern 2017 je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner nach Landesverbänden



1) Da eine regionale Zuordnung der Erstauflagen nicht immer möglich ist, ist der Wert für Erstauflagen in Deutschland höher als die Summe der Erstauflagen der Landesverbände. – – – Quelle: Börsenverein des Deutschen Buchhandels, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

VI.2 Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen (2017)

Indikatorenbeschreibung

Die Tageszeitungen übernehmen – neben Radio, TV und Internet – die Versorgung der Bevölkerung mit aktuellen Nachrichten. Tageszeitungen lassen sich unterscheiden in überregionale Abonnementzeitungen, in lokale und regionale Abonnementzeitungen sowie in Kaufzeitungen. Dabei werden nur wenige überregionale Tageszeitungen als Abonnements oder über den Einzelverkauf bundesweit verbreitet. Die große Masse der Tageszeitungen ist hingegen lokal und regional geprägt. Für eine regionale Betrachtung eignen sich aus diesem Grund am ehesten lokale und regionale Abonnementzeitungen. Eine Abonnementzeitung ist jenes Verkaufsexemplar einer Zeitung, das überwiegend an feste und zahlende Einzelpersonen innerhalb eines bestimmten Zeitraumes geliefert wird. Für den Indikator werden auf Bundes- und Länderebene die im zweiten Quartal eines Jahres durchschnittlich verkauften Auflagen je Erscheinungstag auf die Bevölkerungszahl⁹ bezogen.

Verkauf von Abonnementzeitungen ging bundesweit weiter zurück

Im zweiten Quartal des Jahres 2017 wurden pro Erscheinungstag 14,7 Mill. Exemplare von 327 Tageszeitungen in Deutschland verkauft. Davon entfielen 11,5 Mill. auf den Absatz von 312 lokalen und regionalen Abonnementzeitungen. Mit 179 Titeln boten über die Hälfte dieser Abonnementzeitungen auch kostenpflichtige digitale Versionen ihrer Ausgaben an. Knapp 723 000 Exemplare wurden im Jahr 2017 als ePaper verkauft, was rund 6 % aller verkauften Tageszeitungen entsprach. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Zeitungen häufig auch kostenfreie Inhalte über das Internet zur Verfügung stellen. Die übrige Auflage verteilte sich auf acht Kaufzeitungen (2,3 Mill. Exemplare) und sieben überregionale Zeitungen (1,0 Mill.). Nicht zu den Tageszeitungen gehören sechs Sonntagszeitungen (1,9 Mill.) und 21 Wochenzeitungen (1,7 Mill.).

Fast 90 % der lokalen und regionalen Abonnementzeitungen wurden in Deutschland über Abonnements veräußert. Daneben lief der Vertrieb über den Einzelverkauf (4 %), über den sonstigen Verkauf (6 %), z. B. als rabattierte oder Gratis-Exemplare, sowie über den Verkauf von Bordexemplaren für den öffentlichen Personenverkehr (0,4 %). Erwartungsgemäß wurden in den bevölkerungsreichsten Ländern auch am meisten lokale und regionale Abonnementzeitungen verkauft. In Nordrhein-Westfalen belief sich der Absatz auf 2,3 Mill., in Baden-Württemberg und in Bayern jeweils auf 1,8 Mill. und in Niedersachsen auf 1,3 Mill. Exemplare. Die verkauften Auflagen in den übrigen Ländern kamen nicht über die Millionenschwelle hinaus.

Bezieht man die Auflagenhöhe auf die Bevölkerung, erreichte der Stadtstaat Bremen 2017 einen Wert von 287 verkauften Auflagen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner. Wie in den Jahren zuvor lag Bremen damit in der Länderrangliste an erster Stelle. In Bremen und Bremerhaven werden zwei auflagenstarke, regionale Zeitungen vertrieben, die wohl auch im Umland gekauft werden. Mit deutlichem Abstand zu Bremen folgte Mecklenburg-Vorpommern (173) auf dem zweiten Platz. Von Brandenburg und Berlin abgesehen, wiesen alle weiteren ostdeutschen Länder Indikatorwerte über dem Bundesdurchschnitt (139) auf. Die Werte von Bayern (137), Nordrhein-Westfalen (131), Hessen (116) und Berlin (81) lagen hingegen darunter. In diesen Ländern erscheinen jedoch auch die auflagenstärksten und bundesweit vertriebenen überregionalen Zeitungen (Süddeutsche Zeitung, Handelsblatt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Die Welt) mit einer Auflagenhöhe von jeweils mindestens 100 000 Exemplaren, die in Konkurrenz zu den lokalen und regionalen Tageszeitungen stehen.

Im Zeitvergleich zeigt sich, dass in Deutschland die verkaufte Auflagenhöhe von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen kontinuierlich von 16,6 Mill. im Jahr 2000 auf 14,6 Mill. im Jahr 2007 und schließlich auf 11,5 Mill. im Jahr 2017 gesunken ist. Dies entspricht einem Rückgang von etwa 21 % zwischen 2007 und 2017. Damit ging der Indikatorwert Deutschlands von 177 (2007) auf 139 (2017) verkauften Abonnementzeitungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner zurück. Diese Tendenz zeigte sich auch in allen Bundesländern.

Methodische Hinweise zum Indikator VI.1

Die hier vorgestellten Daten zum Verkauf von Zeitungen beruhen auf Auswertungen der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG). Die regionale Zuordnung der Verkaufsaufgabe einer Zeitung erfolgt dabei anhand ihres Erscheinungsortes. Bei der Interpretation des Indikators ist zu berücksichtigen, dass der Absatz insbesondere von überregionalen Zeitungen und Kaufzeitungen den Verkauf der lokalen und regionalen Zeitungen nachhaltig beeinflussen kann, v. a. wenn diese denselben Erscheinungsort haben. Weiterhin bezieht sich der Indikator ausschließlich auf den Verkauf der lokalen und regionalen Abonnementzeitungen, nicht jedoch auf die Zahl der Käuferinnen und Käufer je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner, da eine Käuferin oder ein Käufer auch mehrere Zeitungen kaufen kann. Er bezieht sich auch nicht auf die Zahl der Leserinnen und Leser, da mehrere Leserinnen und Leser sich eine Zeitung teilen können.

2017 wurden rund 6 % aller verkauften Abonnementzeitungen als ePaper-Versionen verkauft

Von 2007 bis 2017 ging die bundesweit verkaufte Auflage um 21 % zurück

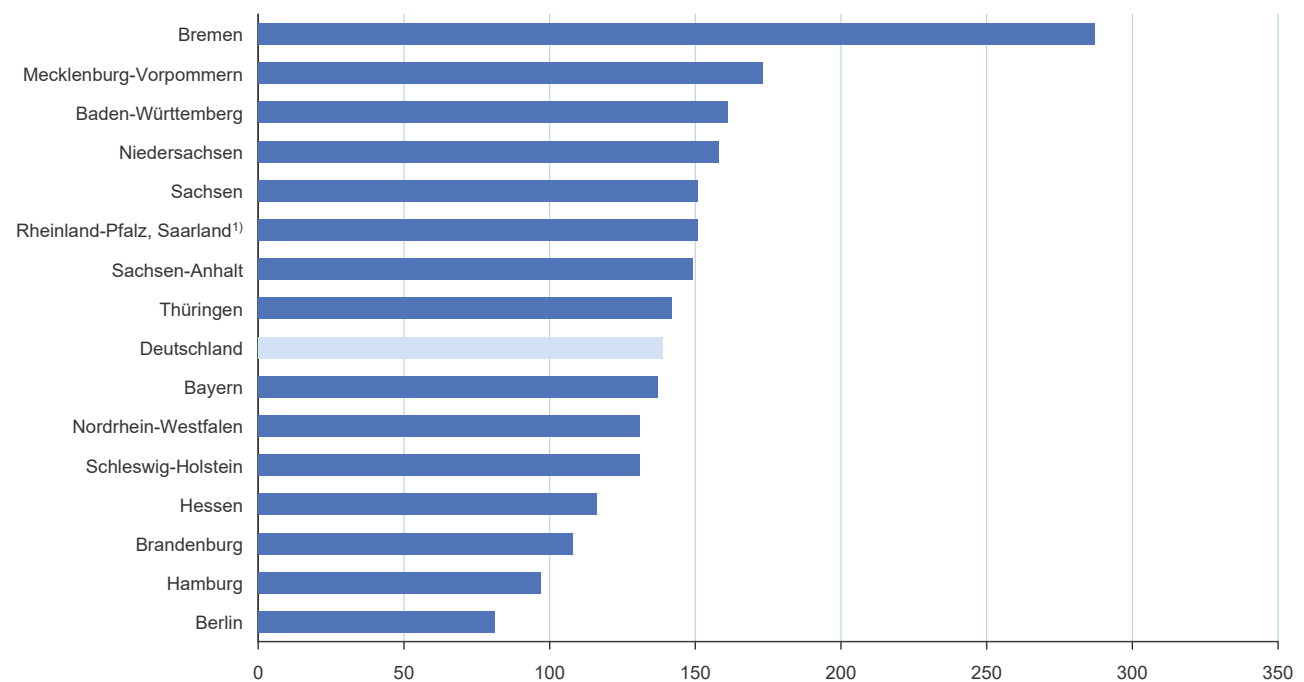
Tabelle VI.2

Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen im 2. Quartal 2000, 2007 und 2017 nach Land des Erscheinungsorts

Land	2000		2007		2017 ¹⁾	
	in 1 000	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1 000	je 1 000 Einwohnerinnen und Einwohner ²⁾
Baden-Württemberg	2 336	223	2 084	194	1 764	161
Bayern	2 131	175	2 041	163	1 772	137
Berlin	510	151	465	137	289	81
Brandenburg	528	203	395	155	268	108
Bremen	273	412	236	356	195	287
Hamburg	319	187	272	155	176	97
Hessen	894	148	866	143	719	116
Mecklenburg-Vorpommern	459	257	361	213	279	173
Niedersachsen	1 685	213	1 547	194	1 258	158
Nordrhein-Westfalen	3 657	203	3 193	177	2 341	131
Rheinland-Pfalz, Saarland ³⁾	1 012	198	925	181	765	151
Sachsen	1 087	244	841	198	616	151
Sachsen-Anhalt	617	233	459	188	334	149
Schleswig-Holstein	477	172	440	155	376	131
Thüringen	585	239	438	189	307	142
Deutschland	16 572	202	14 565	177	11 458	139

1) inkl. ePaper. Diese sind seit dem 2. Quartal 2012 Bestandteil der Gesamtauflage – 2) Bevölkerungszahlen zum Stichtag 31.12.2016 auf Grundlage des Zensus – 3) Rheinland-Pfalz und Saarland werden in der Statistik der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) zusammen ausgegeben. – – – Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) und der Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VI.2

Verkaufte Tagesauflagen von lokalen und regionalen Abonnementzeitungen je 1000 Einwohnerinnen und Einwohner im 2. Quartal 2017 nach Land des Erscheinungsorts


1) Rheinland-Pfalz und Saarland werden in der Statistik der Zeitungsmarktforschungsgesellschaft zusammen ausgegeben. – – – Quelle: Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern (IVW) und Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Kapitel VII

Spartenübergreifende Kulturindikatoren

VII.1 Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen (2016)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator beschreibt die Bedeutung der Kulturberufe⁶ in Deutschland. Die Zahl der Erwerbstätigen⁶ in Kulturberufen wird länderweise und für das Bundesgebiet auf die Zahl der Erwerbstätigen insgesamt bezogen.

Ausgewogenes Verhältnis von Frauen und Männern in Kulturberufen

Die Zahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen betrug im Jahr 2016 hochgerechnet 1,3 Mill. Personen, darunter 639 000 Frauen (50,6 %) und 624 000 Männer (49,4 %). Im Vergleich zum Jahr 2013 ist die Anzahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen um 37 000 Personen angestiegen. Der Anteil an Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt betrug 3,1 %. Dieser Anteil hat sich gegenüber dem Jahr 2013 nicht verändert. Unter den Kulturberufen nahmen die Berufsgruppen „Lehr Tätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen“ (16,4 %), „Technische Mediengestaltung“ (15,8 %) sowie der Bereich „Redaktion und Journalismus“ (12,9 %) im Jahr 2016 die größte Bedeutung ein.

Berlin und Hamburg haben einen überdurchschnittlich hohen Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an Erwerbstätigen insgesamt

Im Vergleich der Bundesländer wird die besondere Stellung der Stadtstaaten, insbesondere von Berlin und Hamburg, für Beschäftigte im Kunst- und Kulturbereich deutlich. In Berlin waren im Jahr 2016 insgesamt 152 000 Personen in Kulturberufen erwerbstätig, in Hamburg 65 000 und in Bremen 14 000 Personen. Der Anteil an allen Erwerbstätigen betrug in Berlin 8,7 %, in Hamburg 6,9 % sowie in Bremen 4,1 %. Somit lagen die Stadtstaaten über dem Bundesdurchschnitt von 3,1 %. Alle übrigen Flächenländer lagen darunter. Gleichwohl ist im Vergleich zum Jahr 2013 in den Stadtstaaten zwar die absolute Anzahl der Erwerbstätigen in Kulturberufen angestiegen, ihre Anteile an den Erwerbstätigen insgesamt sind allerdings leicht gesunken. Mit Blick auf die Flächenländer zeigt sich, dass die bevölkerungsreichsten Länder auch die meisten Erwerbstätigen in Kulturberufen haben. In Nordrhein-Westfalen waren im Jahr 2016 insgesamt 246 000, in Bayern 203 000 und in Baden-Württemberg 161 000 Personen in Kulturberufen erwerbstätig. Ihre Anteile an allen Erwerbstätigen (Nordrhein-Westfalen und Bayern jeweils 2,9 %, Baden-Württemberg: 2,8 %) lagen etwas unter dem Bundesdurchschnitt von 3,1 %. Die wenigsten Erwerbstätigen in Kulturberufen in den Flächenländern hatten hingegen Thüringen (22 000), Sachsen-Anhalt (20 000), Mecklenburg-Vorpommern (15 000) und das Saarland (10 000). Ihre Anteile an allen Erwerbstätigen waren um etwa einen Prozentpunkt geringer als der Bundesdurchschnitt von 3,1 %.

Anteil der Erwerbstätigen in Musikberufen an allen Erwerbstätigen in Kulturberufen bei 10,9 % und in Museumsberufen bei 5,9 %

Für die Sparten „Musik“ und „Museen“ lagen zwar Daten zur Erwerbstätigkeit aufgrund bereits erschienener Spartenberichte vor, doch aufgrund zu geringer Fallzahlen konnten keine umfassenden Auswertungen auf Länderebene vorgenommen werden. Auf Bundesebene sind Aussagen zu Erwerbstätigen in Musik- und Museumsberufen jedoch möglich und erfolgen deshalb an dieser Stelle. Daten zu den übrigen Kultursparten lagen noch nicht vor und werden in kommenden, eigenständigen Spartenberichten veröffentlicht. Die Anzahl der Erwerbstätigen in Musikberufen betrug im Jahr 2016 insgesamt 138 000 Personen. Dies entspricht einem Anteil von 10,9 % an allen Erwerbstätigen in den Kulturberufen. Den größten Anteil an Musikberufen machten Musikerinnen und Musiker (41,0 %) sowie Musikpädagoginnen und Musikpädagogen (39,2 %) aus. In den Museumsberufen waren 2016 75 000 Personen erwerbstätig. Ihr Anteil an allen Erwerbstätigen in Kulturberufen betrug 5,9 %. In dieser Berufsgruppe waren Beschäftigte im Bibliothekswesen (40,0 %), in der Buchbinderei und Druckverarbeitung (18,6 %) und im Archivwesen (16,9 %) am häufigsten vertreten.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.1

Die vorliegende Kurzanalyse basiert auf Ergebnissen des Mikrozensus. Der Mikrozensus ist eine jährlich durchgeführte Befragung von einem Prozent aller Haushalte in Deutschland zur wirtschaftlichen und sozialen Situation. Die Grundlage für die berufliche Gliederung ist die „Nationale Klassifizierung der Berufe, Ausgabe 2010“. Sie ist an internationale Berufsklassifizierung anchlussfähig. Aus dieser Klassifikation lässt sich eine Reihe von Kulturberufen identifizieren. Die Daten werden hochgerechnet, wobei Angaben unter 5000 als statistisch unsicher gelten und nicht ausgewiesen werden. Aufgrund der limitierten Stichprobengröße ist eine durchgängige Darstellung der Ergebnisse für einzelne Kulturberufe auf Länderebene nicht möglich. Da ein Zeitvergleich angestrebt wurde, entspricht die Klassifikation der Kulturberufe derjenigen aus dem Jahr 2013, wie sie zuletzt in der Sonderauswertung „Beschäftigung in Kultur und Wirtschaft 2015“ herangezogen wurde.

Tabelle VII.1

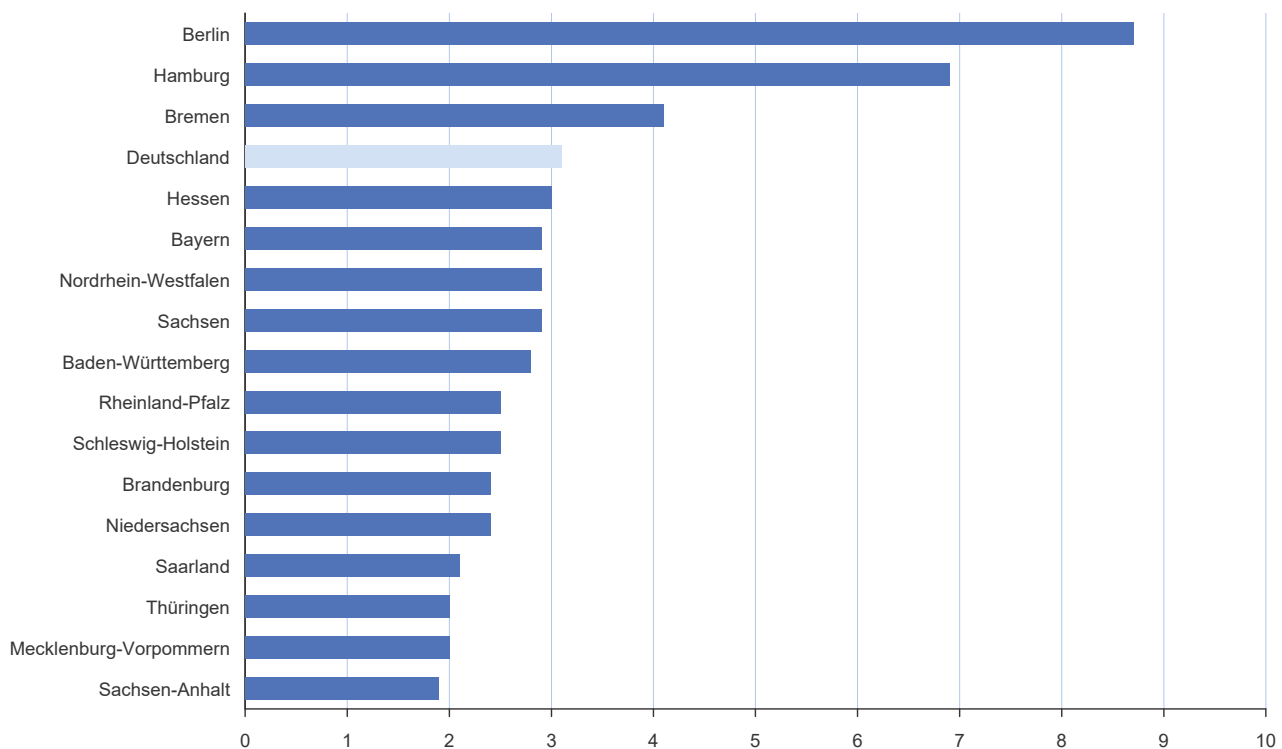
Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt 2013 und 2016 nach Bundesländern

Land	2013			2016		
	Erwerbstätige insgesamt	darunter	Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt	Erwerbstätige insgesamt	darunter	Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt
		Erwerbstätige in Kulturberufen			Erwerbstätige in Kulturberufen	
	1 000		%	1 000		%
Baden-Württemberg	5 513	163	3,0	5 790	161	2,8
Bayern	6 590	202	3,1	6 889	203	2,9
Berlin	1 605	143	8,9	1 740	152	8,7
Brandenburg	1 201	25	2,1	1 251	30	2,4
Bremen	299	13	4,3	327	14	4,1
Hamburg	886	62	7,0	939	65	6,9
Hessen	3 007	94	3,1	3 121	94	3,0
Mecklenburg-Vorpommern	743	15	2,1	760	15	2,0
Niedersachsen	3 779	88	2,3	3 900	93	2,4
Nordrhein-Westfalen	8 196	228	2,8	8 619	246	2,9
Rheinland-Pfalz	1 966	48	2,4	2 055	52	2,5
Saarland	465	10	2,1	481	10	2,1
Sachsen	1 908	61	3,2	1 982	58	2,9
Sachsen-Anhalt	1 050	19	1,8	1 044	20	1,9
Schleswig-Holstein	1 339	35	2,6	1 389	34	2,5
Thüringen	1 071	24	2,3	1 053	22	2,0
Deutschland	39 618	1 232	3,1	41 339	1 269	3,1

Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus 2013 und 2016, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.1

Anteil der Erwerbstätigen in Kulturberufen an den Erwerbstätigen insgesamt 2016 nach Bundesländern (in %)



Quelle: Ergebnisse des Mikrozensus 2016, eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

VII.2 Versicherte in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2017)

Indikatorenbeschreibung

Die Zahl der bei der Künstlersozialkasse versicherten Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten wird auf die Bevölkerungszahl⁹ bezogen. Der Indikator gibt an, in welchem Ausmaß die Einwohnerinnen und Einwohner eines Landes als selbstständige Künstlerinnen oder Künstler arbeiten und mit ihrer künstlerischen Tätigkeit ihren Lebensunterhalt verdienen.

Berlin und Hamburg sind Künstlerhochburgen

Die Künstlersozialkasse ist die Sozialversicherung für selbstständige Künstlerinnen und Künstler sowie Publizistinnen und Publizisten in Deutschland. Im Jahr 2017 waren dort insgesamt rund 184 700 Personen versichert. Im Zehnjahresvergleich stieg die Anzahl der Versicherten um rund 30 000 Versicherte an. Die Gruppe der Bildenden Künstler war im Jahr 2017 mit 34,8 % am stärksten vertreten. In den Bereichen „Musik“ und „Wort“ waren 28,3 % bzw. 23,1 % der selbstständigen Künstlerinnen und Künstler tätig. Die wenigsten Versicherten fanden sich hingegen in der Gruppe „Darstellende Kunst“ (13,8 %). Im Stadtstaat Berlin gab es mit 36 800 die meisten Versicherten und damit mehr als im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen mit rund 34 000 versicherten Künstlerinnen und Künstlern.

Bezogen auf die Bevölkerungszahl werden im Ländervergleich die Sonderstellungen von Berlin und Hamburg als Künstlerhochburgen deutlich. Mit 103 versicherten Künstlerinnen und Künstlern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner lag Berlin im Jahr 2017 an der Spitze. Hamburg folgte mit 73 Versicherten je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner. Mit deutlichem Abstand lag Bremen (29) auf dem dritten Platz der Rangliste. Von den Flächenländern entsprach lediglich Bayern mit 22 Künstlerinnen und Künstlern je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner dem Bundesdurchschnitt. Alle übrigen Flächenländer lagen darunter. Die wenigsten Künstlerinnen und Künstler je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner fanden sich im Saarland und in Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 11), in Thüringen (10) und in Sachsen-Anhalt (9). Die Entwicklung des Versichertenbestands je Einwohnerinnen und Einwohner verlief in den Bundesländern in den vergangenen zehn Jahren recht gleichmäßig. So war in allen Ländern ein kontinuierlicher Anstieg zu beobachten. Im Jahr 2017 ist die absolute Anzahl der Versicherten zwar weiter angestiegen, bezogen auf die Einwohnerinnen und Einwohner jedoch im Vergleich zu 2016 nahezu gleich geblieben.

In den meisten Flächenländern und in allen Stadtstaaten stellten die Bildenden Künstlerinnen und Künstler die größte Gruppe unter den Versicherten der Künstlersozialkasse. Darunter zählen Hamburg (39 %), Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt (jeweils 38 %), Bayern (36 %), Nordrhein-Westfalen, Berlin und Hessen (jeweils 35 %), Schleswig-Holstein und Bremen (jeweils 34 %). Die Länder mit selbstständigen Musikerinnen und Musikern als größte Gruppe unter den Versicherten der Künstlersozialkasse waren das Saarland (44 %), Thüringen (41 %), Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg (jeweils 37 %), Niedersachsen (34 %) und Brandenburg (32 %). In Sachsen waren die Gruppe der Bildenden Künstlerinnen und Künstler sowie der Musikerinnen und Musiker (jeweils 33 %) fast gleich stark vertreten. In Hamburg (27 %) und Berlin (25 %) stellten die Publizistinnen und Publizisten jeweils die zweitgrößte Gruppe dar. Die Darstellenden Künstlerinnen und Künstler waren durchweg die kleinste Gruppe unter den Versicherten der Künstlersozialkasse. Ihre Spanne reichte von 9 % im Saarland bis 20 % in Berlin. Die Struktur des Versichertenbestands in den Ländern blieb in den vergangenen Jahren im Wesentlichen unverändert.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.2

Die verwendeten Daten geben den Versichertenbestand der Künstlersozialkasse wieder, der aus selbstständigen Künstlerinnen und Künstlern sowie Publizistinnen und Publizisten zum Stichtag 1. Januar des jeweiligen Jahres besteht. Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Künstlerinnen und Künstler werden für diesen Indikator nicht berücksichtigt. Daher ist die Anzahl der Versicherten bei der Künstlersozialkasse nicht mit der Anzahl der Künstlerinnen und Künstler insgesamt gleichzusetzen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die versicherten Künstlerinnen und Künstler nach ihrem Wohnort den Bundesländern zugeordnet werden. Ihr künstlerisches Schaffen kann dabei durchaus an einem anderen Ort stattfinden. Weiterhin ist zu beachten, dass bei der Berechnung des Indikators aus methodischen Gründen die Anzahl der Künstlerinnen und Künstler mit dem Stand zum Jahresbeginn jeweils auf den Stand der Bevölkerung am Ende des Vorjahres bezogen wird.

Mehr versicherte Künstlerinnen und Künstler in Berlin als in Nordrhein-Westfalen

Kontinuierlicher Anstieg der Versichertenzahlen der Künstlersozialkasse seit 2007

Bildende Künstlerinnen und Künstler stellen die größte Gruppe unter den Versicherten der Künstlersozialkasse

Tabelle VII.2

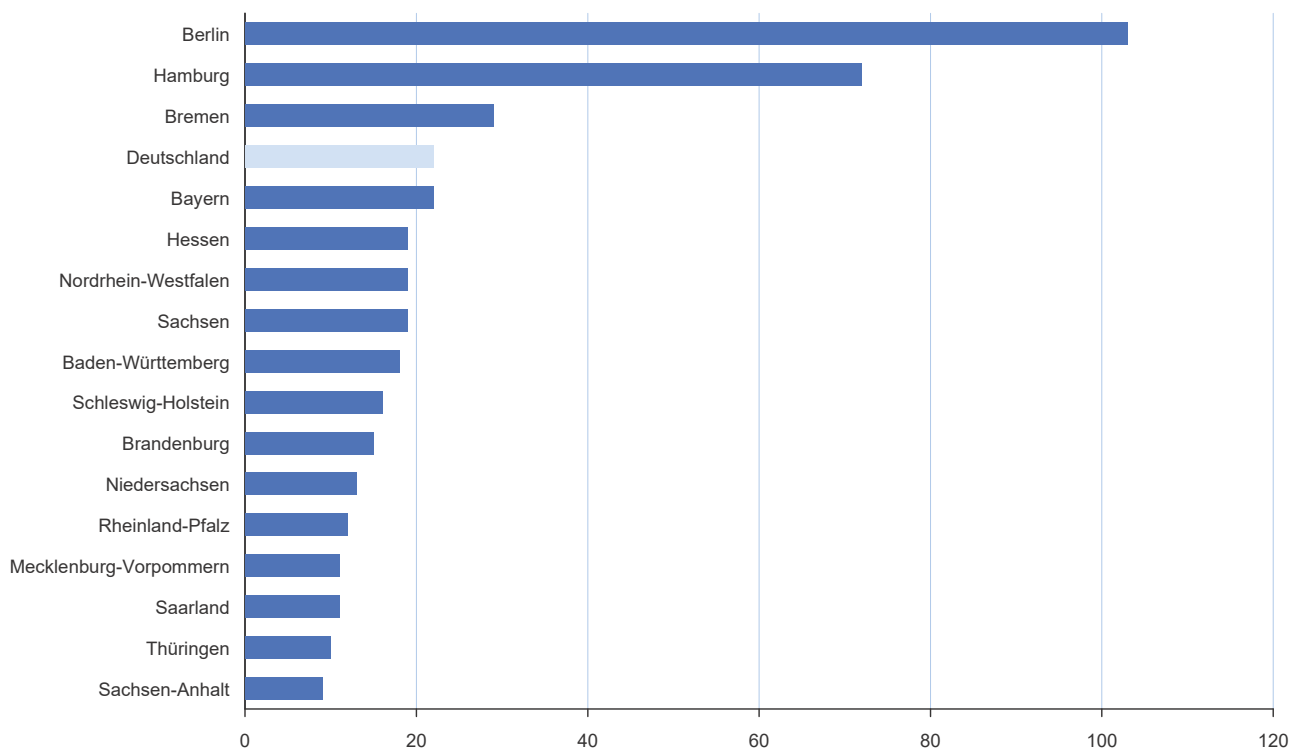
Anzahl der Versicherten in der Künstlersozialkasse 2007, 2016 und 2017 nach Bundesländern

Land	2007		2016		2017	
	in 1000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner	in 1000	je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	17,6	16,4	19,8	18,2	19,9	18,2
Bayern	25,6	20,5	28,6	22,2	28,7	22,2
Berlin	25,9	76,0	36,0	102,3	36,8	102,8
Brandenburg	3,1	12,1	3,7	14,7	3,7	14,9
Bremen	1,7	25,5	2,0	29,1	2,0	28,8
Hamburg	10,9	62,3	13,1	73,3	13,1	72,5
Hessen	10,9	18,0	11,9	19,2	11,9	19,1
Mecklenburg-Vorpommern	1,5	8,9	1,8	11,2	1,8	11,3
Niedersachsen	9,2	11,5	10,1	12,8	10,2	12,8
Nordrhein-Westfalen	30,3	16,8	34,0	19,0	34,1	19,0
Rheinland-Pfalz	4,6	11,3	5,1	12,6	5,1	12,5
Saarland	1,0	9,5	1,1	10,7	1,1	10,7
Sachsen	5,6	13,1	7,5	18,2	7,7	18,7
Sachsen-Anhalt	1,7	7,0	2,0	9,0	2,0	9,1
Schleswig-Holstein	3,9	13,9	4,7	16,5	4,7	16,3
Thüringen	1,9	8,4	2,2	10,2	2,2	10,1
Deutschland	155,4	18,9	183,5	22,3	184,7	22,4

Quelle: Künstlersozialkasse (KSK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.2

Anzahl der Versicherten in der Künstlersozialkasse je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2017 nach Bundesländern



Quelle: Künstlersozialkasse (KSK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

VII.3 Öffentliche Ausgaben für Kultur je Einwohnerin und Einwohner (2015)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Aufschluss über die Höhe der aus allgemeinen Haushaltsmitteln finanzierten Kulturausgaben der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden). Die Gemeindeebene umfasst Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände. Dabei werden die Ausgaben auf die Bevölkerungszahl^G bezogen. Die öffentlichen Kulturausgaben umfassen Aufgabenbereiche wie Theater und Musik, wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Bibliotheken und Museen, Denkmalschutz/-pflege, kulturelle Angelegenheiten im Ausland und sonstige Kulturpflege, öffentliche Kunsthochschulen sowie die Verwaltung für kulturelle Angelegenheiten.

Öffentliche Kulturausgaben deutlich gestiegen

Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben für Kultur in Hamburg und Sachsen

Die öffentlichen Haushalte stellten im Jahr 2015 insgesamt 10,4 Mrd. Euro aus allgemeinen Haushaltsmitteln für Kultur zur Verfügung. Im Zeitvergleich wird deutlich, dass seit 2005 die Ausgaben für Kultur jährlich gestiegen sind. Zwischen 2005 und 2015 stiegen die öffentlichen Kulturausgaben um 30,5 %. Im Vergleich zu 2014 nahmen die Ausgaben um 1,7 % (2014: 10,2 Mrd. Euro) zu.

Im Jahr 2015 betrug der Anteil der öffentlichen Kulturausgaben am Bruttoinlandsprodukt^G 0,34 %. Dieser Anteil ist im Vergleich zu 2005 nahezu unverändert, wenngleich es im Laufe der Jahre einige geringe Schwankungen gab. 2015 betrug der Anteil der Kulturausgaben am Gesamtetat der öffentlichen Haushalte^G 1,73 %. Dies entspricht einer Steigerung um 0,13 Prozentpunkte (2005: 1,60 %). Innerhalb der Flächenländer gab es im Vergleich zu 2005 in Sachsen (+ 0,37 Prozentpunkte), im Saarland (+ 0,33) und in Sachsen-Anhalt (+ 0,26) (die größten Steigerungen bei den Kulturausgaben bezogen auf den Gesamthaushalt. Unter den Stadtstaaten verzeichnete Berlin den stärksten Zuwachs (+ 0,31). Wie auch in den Jahren zuvor stellten die Länder einschließlich der Gemeinden den größten Anteil an Haushaltsmitteln für Kulturausgaben zur Verfügung. Ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Kulturausgaben betrug insgesamt 85,2 % (8,9 Mrd. Euro) und der Anteil des Bundes 14,8 % (1,5 Mrd. Euro).

Mit 211,62 Euro je Einwohnerin und Einwohner gab Sachsen am meisten für Kultur aus

Bezogen auf die Bevölkerungszahlen gaben im Jahr 2015 die Länder und Gemeinden zusammen rund 108,03 Euro je Einwohnerin und Einwohner aus. Dies sind 0,2 % weniger als im Vorjahr. Der Bund stellte 18,74 Euro je Einwohnerin und je Einwohner (+ 4,6 % gegenüber dem Vorjahr) zur Verfügung. Alle Gebietskörperschaften zusammen betrachtet, lagen die Kulturausgaben deutschlandweit bei rund 126,77 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Gegenüber dem Vorjahr entspricht das einer Steigerung um 0,5 %.

Über die höchsten Kulturausgaben verfügten die drei bevölkerungsreichsten Länder Nordrhein-Westfalen (1,62 Mrd. Euro), Bayern (1,35 Mrd. Euro) und Baden-Württemberg (1,20 Mrd. Euro). Das Saarland und Bremen hatten mit 78,7 Mill. Euro bzw. 108,7 Mill. Euro die geringsten Ausgaben. Bezogen auf die Bevölkerungszahl zeigt sich für die Stadtstaaten, dass Hamburg mit über 196,11 Euro je Einwohnerin und Einwohner am meisten für Kultur ausgab. Danach folgten die Stadtstaaten Berlin und Bremen mit jeweils über 160 Euro je Einwohnerin und Einwohner. Unter den Flächenländern erzielte Sachsen mit 211,62 Euro je Einwohnerin und Einwohner die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben. Mit einigem Abstand folgten Thüringen mit 138,92 Euro sowie Sachsen-Anhalt mit 130,58 Euro. Das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen gab im Jahr 2015 insgesamt 90,49 Euro pro Kopf für Kultur aus.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.3

Die amtliche Finanzstatistik bildet die Datengrundlage. Dort werden verschiedene Ausgabearten und -konzepte unterschieden. Den hier dargestellten öffentlichen Ausgaben liegt das Grundmittelkonzept der Finanzstatistik zugrunde: Von den Ausgaben eines Aufgabenbereichs werden die jeweiligen zurechenbaren Einnahmen aus dem öffentlichen und nichtöffentlichen Bereich abgezogen. Die Grundmittel zeigen damit die aus allgemeinen Haushaltsmitteln (Steuern, Mitteln aus Finanzausgleich, Kreditmarktmitteln und Rücklagen) zu finanzierenden Ausgaben eines bestimmten Aufgabenbereiches einschließlich der investiven Maßnahmen. Bei den öffentlichen Kunsthochschulen bilden hingegen die Trägermittel der amtlichen Hochschulfinanzstatistik die Datengrundlage. Für die Länder Rheinland-Pfalz und Brandenburg werden keine öffentlichen Ausgaben für Kunsthochschulen berücksichtigt. In Rheinland-Pfalz existiert keine eigenständige Kunsthochschule. Alle kunstbezogenen Studiengänge sind teilautonome Bereiche einer Hochschule. In Brandenburg wird durch die Änderung der Hochschulart der Hochschule Film und Fernsehen in Filmuniversität Babelsberg Konrad Wolf seit dem Berichtsjahr 2014 keine Kunsthochschulen mehr ausgewiesen.

Tabelle VII.3

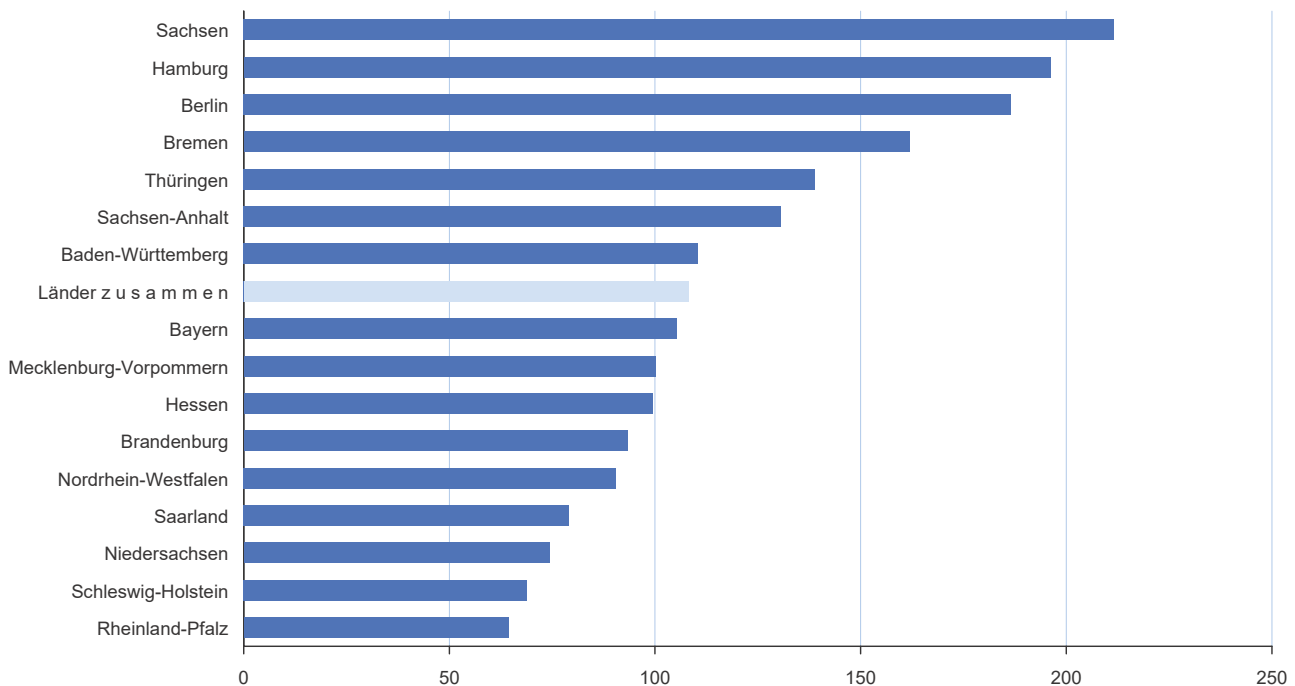
Öffentliche Ausgaben (Grundmittel) für Kultur in den Jahren 2005 und 2015 (vorl. Ist) nach Gebietskörperschaften

Gebietskörperschaft	2005	2015 (vorl. Ist)			
	Kulturausgaben insgesamt	Kulturausgaben insgesamt	Je Einwohnerin und Einwohner	Anteil am Bruttoinlandsprodukt	Anteil am Gesamthaushalt
	Mill. EUR	Mill. EUR	EUR	%	
Baden-Württemberg	905,2	1201,3	110,41	0,26	2,05
Bayern	965,9	1351,9	105,26	0,24	1,96
Berlin	538,9	656,7	186,55	0,53	2,84
Brandenburg	190,7	231,8	93,30	0,36	1,79
Bremen	87,4	108,7	161,84	0,35	2,30
Hamburg	241,9	350,5	196,11	0,32	2,82
Hessen	515,4	613,7	99,37	0,24	1,79
Mecklenburg-Vorpommern	147,2	161,6	100,20	0,40	1,93
Niedersachsen	462,5	589,0	74,30	0,23	1,49
Nordrhein-Westfalen	1352,9	1616,7	90,49	0,25	1,70
Rheinland-Pfalz	221,9	260,7	64,33	0,19	1,28
Saarland	52,9	78,7	79,06	0,23	1,55
Sachsen	660,7	864,4	211,62	0,76	4,06
Sachsen-Anhalt	243,4	293,2	130,58	0,51	2,45
Schleswig-Holstein	156,1	197,0	68,92	0,23	1,39
Thüringen	236,3	301,5	138,92	0,52	2,60
Länder z u s a m m e n (einschl. Gemeinden)	6979,5	8877,5	108,03	0,29	2,01
Bund	1001,4	1539,9	18,74	0,05	0,97
Gebietskörperschaften insgesamt	7980,9	10 417,4	126,77	0,34	1,73

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.3

Öffentliche Ausgaben (Grundmittel, vorl. Ist) der Länder*) für Kultur je Einwohnerin und Einwohner im Jahr 2015 (in EUR)



*) Länderergebnisse einschl. der Ausgaben der Gemeinden. – – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.4 Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen (2016/17)

Indikatorenbeschreibung

Dieser Indikator zeigt auf, welche Bedeutung Schulpolitik sowie Schülerinnen und Schüler den künstlerischen Fächern in den letzten beiden Jahrgangsstufen der gymnasialen Oberstufe, den Qualifikationsphasen I und II, beimessen.

Ein künstlerisches Fach je Schülerin und Schüler

Für Schülerinnen und Schüler besteht in der gymnasialen Oberstufe die mitunter verpflichtende Möglichkeit, in den Qualifikationsphasen I und II Kurse mit grundlegendem oder erhöhtem Anforderungsniveau in den künstlerischen Fächern „Musik“, „Kunst“ o. Ä. zu belegen. Im Schuljahr 2016/17 wurden bundesweit insgesamt 605 000 Belegungen in diesen Kursen gemeldet, darunter 374 000 Belegungen in den Fächern „Kunst, Gestalten, Werken“ und 207 000 Belegungen im Fach „Musik“. In Nordrhein-Westfalen kann überdies auch das Fach „Literatur“ statt „Kunst“ oder „Musik“ gewählt werden. In diesem Fach gab es im Schuljahr 2016/17 insgesamt 24 000 Belegungen. Den höchsten Landeswert hatte Bayern mit insgesamt 124 000 Belegungen von künstlerischen Fächern, den niedrigsten Bremen mit 6200 Belegungen. Im Zehnjahresvergleich mit dem Schuljahr 2006/07 (497 000) sind die Belegungen insgesamt um über 100 000 angestiegen. Die starken Schwankungen der Belegungen in Sachsen, Sachsen-Anhalt und in Thüringen im Beobachtungszeitraum sind auf die Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe zurückzuführen, die zwischen den Beobachtungsjahren 2006/07 und 2011/12 zunächst sanken und dann bis 2016/17 wieder anstiegen.

Fach „Kunst, Gestaltung, Werken“ doppelt so häufig belegt wie Fach „Musik“

Bezieht man Belegungen und die Anzahl der Schülerinnen und Schüler aufeinander, ergab sich für Deutschland im Schuljahr 2016/17 ein Indikatorwert von 1,0. Somit belegte durchschnittlich jeder Schüler oder jede Schülerin mindestens einen Kurs in einem künstlerischen Fach. Diese Fächer wurden im Vergleich zu den Schuljahren 2006/07 und 2011/12 etwas häufiger gewählt. Bundesweit zeigt sich, dass „Kunst, Gestaltung, Werken“ (0,6) im Schuljahr 2016/17 etwa doppelt so häufig belegt wurde wie „Musik“ (0,3). Die Indikatorwerte der einzelnen Länder lassen sich durch die jeweiligen Schulverordnungen erklären: In den Ländern mit den höchsten Indikatorwerten (Bayern: 1,5; Mecklenburg-Vorpommern: 1,2) ist zwingend mindestens ein künstlerisches Fach in den beiden Qualifikationsphasen I und II zu belegen. In Schleswig-Holstein, das Land mit dem geringsten Indikatorwert (0,7) im Schuljahr 2016/17, ist die Belegung eines künstlerischen Faches lediglich für ein Schuljahr während der Qualifikationsphase verpflichtend. Der Zehnjahresvergleich zeigt, dass sich die Indikatorwerte Deutschlands und der Länder im Vergleichszeitraum nur geringfügig verändert haben. Bayern wies zwischen den Schuljahren 2006/07 und 2016/17 einen Anstieg von 0,8 auf 1,5 Belegungen je Schülerin und Schüler auf. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Belegungszahlen der künstlerischen Fächer in Bayern trotz Rückgang der Anzahl der Schülerinnen und Schüler konstant hoch geblieben sind. In Hamburg stieg im Zehnjahresvergleich der Indikatorwert von 0,7 auf 1,0 Belegungen je Schülerin und Schüler an.

In Bayern und Mecklenburg-Vorpommern haben die künstlerischen Fächer in der gymnasialen Oberstufe die größte Bedeutung

Methodische Hinweise zum Indikator VII.4

Die hier verwendeten Daten beruhen größtenteils auf einer Zusammenstellung von Länderangaben bei der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), in der Pflicht-, Wahlpflicht- und Wahlfächer der Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe, einschließlich der integrierten Gesamtschulen (ohne Freie Waldorfschulen und Schulen für Erwachsene wie Kollegs oder Abendgymnasien) erfasst sind. Die Belegungen von Kursarten mit grundlegendem Anforderungsniveau (bis zu 3 Wochenstunden) und erhöhtem Anforderungsniveau (mindestens 4 Wochenstunden) wurden zusammengefasst. Der Indikator setzt sich als Mittelwert der durchschnittlichen Kursbelegungen je Schülerinnen und Schüler in den beiden Qualifikationsphasen zusammen. Zu beachten ist, dass die Zahl der Kursbelegungen nicht der Zahl der Schülerinnen und Schüler entspricht, die diese Kurse besuchen, da die Schülerinnen und Schüler auch mehrere Kurse besuchen können. Die Indikatorwerte wurden bewusst auf die Nachkommastelle gerundet, da sie mit kleineren Unsicherheiten behaftet sind. V. a. ist es in vielen Ländern möglich, statt Kunst und Musik „Darstellendes Spiel“ (Theater) als künstlerisches Fach im Pflicht- und Wahlpflichtbereich, aber auch als Wahlfach zu wählen. Aus den vorliegenden Belegungsstatistiken ist nicht zu erkennen, ob und wie dies erfasst wird. Trotz dieser Unsicherheiten erscheinen die Indikatorwerte plausibel, da sie sich v. a. durch die länderspezifischen Schulverordnungen erklären lassen. Die Bezeichnungen der künstlerischen Fächer weichen in den Ländern z. T. voneinander ab: z. B. „Kunsterziehung“ statt „Kunst“.

Tabelle VII.4

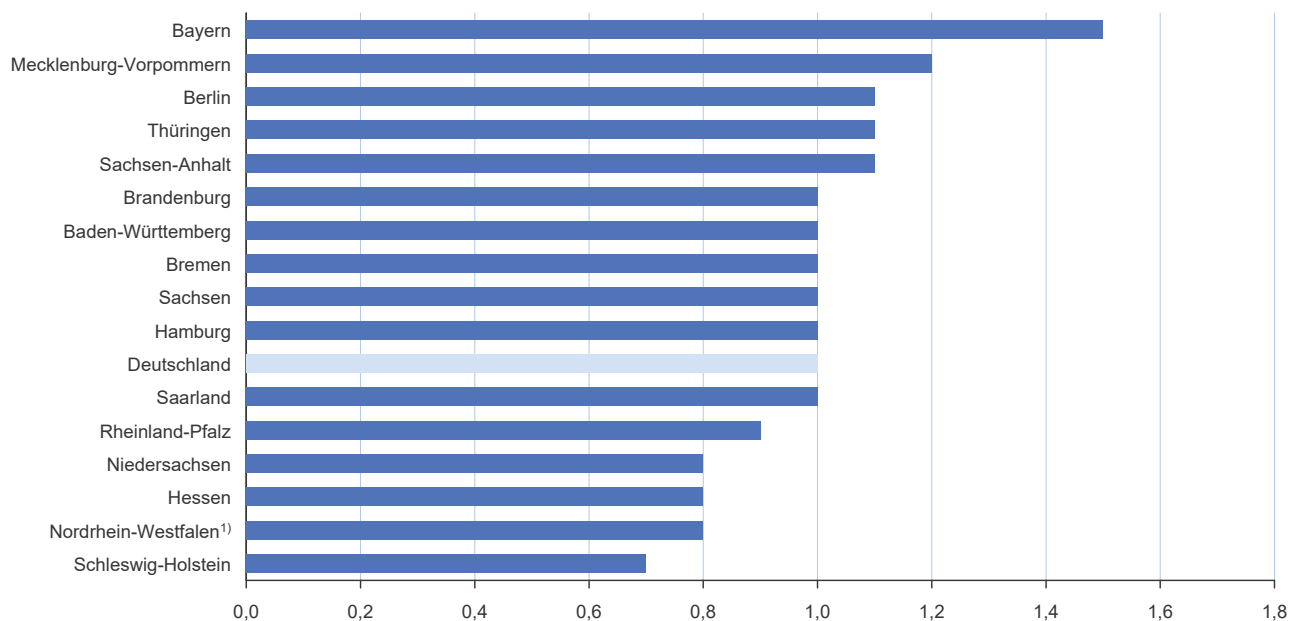
Belegungen von künstlerischen Fächern in den Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen^{*)} in den Schuljahren 2006/07, 2011/12 und 2016/17

Land	2006/07		2011/12		2016/17					
	ins-gesamt	je Schülerin und Schüler	ins-gesamt	je Schülerin und Schüler	ins-gesamt	davon		je Schülerin und Schüler	davon	
						Kunst, Gestaltung, Werken	Musik		Kunst, Gestaltung, Werken	Musik
Baden-Württemberg	52 471	0,9	99 241	1,0	72 525	48 641	23 884	1,0	0,7	0,3
Bayern	50 119	0,8	116 310	1,5	124 044	64 278	59 766	1,5	0,8	0,7
Berlin	27 479	1,0	35 055	1,1	35 297	24 609	10 688	1,1	0,8	0,3
Brandenburg	20 792	0,9	18 037	1,0	20 788	14 517	6 271	1,0	0,7	0,3
Bremen	5 034	1,0	7 952	1,0	6 197	4.836	1 361	1,0	0,8	0,2
Hamburg	10 142	0,7	18 254	0,9	20 351	10 875	9 476	1,0	0,5	0,5
Hessen	33 052	0,9	46 254	0,8	35 996	28 128	7 868	0,8	0,6	0,2
Mecklenburg-Vorpommern	17 281	1,4	10 059	1,2	13 396	7 261	6 135	1,2	0,7	0,6
Niedersachsen	57 086	0,6	49 468	0,8	50 388	35 803	14 585	0,8	0,6	0,2
Nordrhein-Westfalen ¹⁾	89 957	0,6	151 209	0,7	127 522	97 327 ²⁾	30 195	0,8	0,6 ³⁾	0,2
Rheinland-Pfalz	25 345	0,9	26 655	0,9	27 836	17 658	10 178	0,9	0,6	0,3
Saarland	5 724	0,9	6 395	0,9	6 921	4 429	2 492	1,0	0,6	0,3
Sachsen	36 299	1,2	14 740	1,0	21 866	12 737	9 129	1,0	0,6	0,4
Sachsen-Anhalt	27 417	1,1	9 823	1,1	12 997	8 329	4 668	1,1	0,7	0,4
Schleswig-Holstein	19 394	1,2	19 162	1,0	15 571	10 313	5 258	0,7	0,4	0,2
Thüringen	19 064	1,0	10 089	1,1	13 154	7 943	5 211	1,1	0,7	0,4
Deutschland	496 656	0,9	638 703	0,9	604 849	397 684	207 165	1,0	0,6	0,3

^{*)} Ohne Waldorfschulen und Abendgymnasien – 1) Einschließlich des Faches „Literatur“, das statt „Kunst“ oder „Musik“ gewählt werden kann – 2) Einschließlich „Literatur“ mit 24 220 Belegungen – 3) Davon 0,2 Belegungen von „Literatur“ je Schülerin und Schüler. – – – Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.4

Belegungen von künstlerischen Fächern je Schülerin und Schüler in den Qualifikationsphasen I und II der gymnasialen Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen^{*)} im Schuljahr 2016/17



^{*)} Ohne Waldorfschulen und Abendgymnasien – 1) Einschließlich des Faches „Literatur“, das statt „Kunst“ oder „Musik“ gewählt werden kann. – – – Quelle: Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (KMK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

VII.5 Betreuungsrelation in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen (2016)

Indikatorenbeschreibung

Die Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlichen und künstlerischen Personal in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“⁶ an den Hochschulen. Dabei wird das Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten ausgedrückt. Der Indikator eignet sich zur Messung der Studienbedingungen und der Ausbildungsqualität an den Hochschulen. Je niedriger die Betreuungsrelation ist, umso weniger Studierende stehen einer Lehrperson gegenüber.

Sehr gute Betreuungsrelationen in ostdeutschen Flächenländern

An Deutschlands Hochschulen waren in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ zum Wintersemester 2016/17 insgesamt 93 700 Studierende eingeschrieben. 35,6 % von ihnen studierten in diesem Semester an einer Kunsthochschule, 32,6 % an einer Universität und 30,5 % an einer Fachhochschule. Nur ein geringer Teil war an einer Pädagogischen (1,1 %) oder einer Theologischen Hochschule (0,1 %) eingeschrieben. Die höchsten Studierendenzahlen in dieser Fächergruppe wiesen dabei Nordrhein-Westfalen (19 800), Berlin (12 000), Bayern (10 800) und Baden-Württemberg (10 700) auf. Die niedrigsten Studierendenzahlen hatten hingegen Bremen (1400), Schleswig-Holstein (1300), das Saarland (1100) und Mecklenburg-Vorpommern (940).

54 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ waren 2016 an Kunsthochschulen beschäftigt

In der gleichen Fächergruppe waren zum Stichtag 1. Dezember 2016 insgesamt 19 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals beschäftigt. Mit 54,0 % arbeitete die Mehrheit von ihnen an einer Kunsthochschule (10 600). Weitere 26,4 % waren an Universitäten (5200) und 18,6 % an Fachhochschulen (3600) beschäftigt. Mit 1,0 % und 0,2 % arbeiteten die wenigsten von ihnen an Pädagogischen (195) und Theologischen Hochschulen (45). Ein Anteil von 63 % (12 300) des Personals übte seine Tätigkeit nebenberuflich aus. Die hauptberuflich Beschäftigten teilten sich in 4400 (60,7 %) Vollzeit- und 2800 (39,3 %) Teilzeitbeschäftigte auf. Umgerechnet in Vollzeitäquivalenten ergaben sich für diese Beschäftigungsverhältnisse bundesweit 8300 Vollzeitkräfte. Die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeitäquivalenten hatten Nordrhein-Westfalen (1538), Bayern (1090), Baden-Württemberg (1080) und Berlin (1074) – jene Länder, mit den höchsten Studierendenzahlen.

Betreuungsrelation in „Kunst, Kunstwissenschaft“ in Deutschland 2016 etwas besser als 2006

Für das Jahr 2016 wurde bundesweit eine Betreuungsrelation von 11,3 Studierenden je Beschäftigter oder Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten berechnet. Die günstigsten Betreuungsrelationen boten die drei ostdeutschen Flächenländer Mecklenburg-Vorpommern (7,2), Thüringen (7,7) und Sachsen (7,9). Die höchsten Betreuungsrelationen wiesen Hamburg (16,9) und Hessen (16,9) auf. Die Betreuungsrelation in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ ist in Deutschland zwischen 2006 und 2016 von 11,8 auf 11,3 zurückgegangen. Diese geringe Veränderung ist darauf zurückzuführen, dass zwar die Studierendenzahl (von 79 516 auf 93 717) angestiegen ist, aber auch die Beschäftigtenzahl sich erhöht hat (von 6742 auf 8267). In 9 von 16 Ländern ist die Betreuungsrelation zwischen 2006 und 2016 zurückgegangen, am stärksten in Mecklenburg-Vorpommern (von 10,9 auf 7,2). Dies liegt in der gesunkenen Studierendenzahlen und der gestiegenen Beschäftigtenzahl begründet. Ein Anstieg ließ sich in sechs Bundesländern beobachten, der stärkste jedoch in Hessen (von 12,0 auf 16,6). In diesem Bundesland konnten die stark steigenden Studierendenzahlen trotz erhöhter Beschäftigtenzahlen nicht aufgefangen werden. In Sachsen-Anhalt blieb die Betreuungsrelation zwischen 2006 mit 10,5 und 2016 mit 10,6 nahezu gleich.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.5

Zur Berechnung des wissenschaftlichen Personals nach Vollzeitäquivalenten wurde das hauptberufliche Personal in Vollzeit mit dem Faktor 1, das hauptberufliche Personal in Teilzeit mit dem Faktor 0,5 und das nebenberufliche Personal mit dem Faktor 0,2 gewichtet. Die so errechnete Mitarbeiterzahl in Vollzeitäquivalenten wurde für die Kennzahl auf die Studierendenzahl bezogen. Insbesondere im Zeitvergleich ist bei der Interpretation des Indikators zu beachten, dass zum einen der Umfang des Personals und zum anderen die Zahl der Studierenden den Indikator beeinflussen. Zu berücksichtigen ist weiterhin, dass das wissenschaftliche und künstlerische Personal neben der Betreuung von Studierenden in unterschiedlichem Umfang auch Aufgaben auf dem Gebiet der Forschung wahrnimmt. Alle obigen Angaben schließen das drittmittelfinanzierte Personal mit ein, aber nicht das Personal in zentralen Einrichtungen (ohne klinikspezifische Einrichtungen), die auch Betreuungsfunktionen für Studierende aller Fächergruppen übernehmen. Die Zuordnung des Hochschulpersonals zu Fächergruppen erfolgt nach der fachlichen Zugehörigkeit. Der Indikator umfasst Studierende und Personal nicht nur an Kunsthochschulen, sondern auch an allen anderen Hochschulen wie Universitäten und Fachhochschulen. Sämtliche Angaben entstammen der amtlichen Hochschulstatistik.

Tabelle VII.5

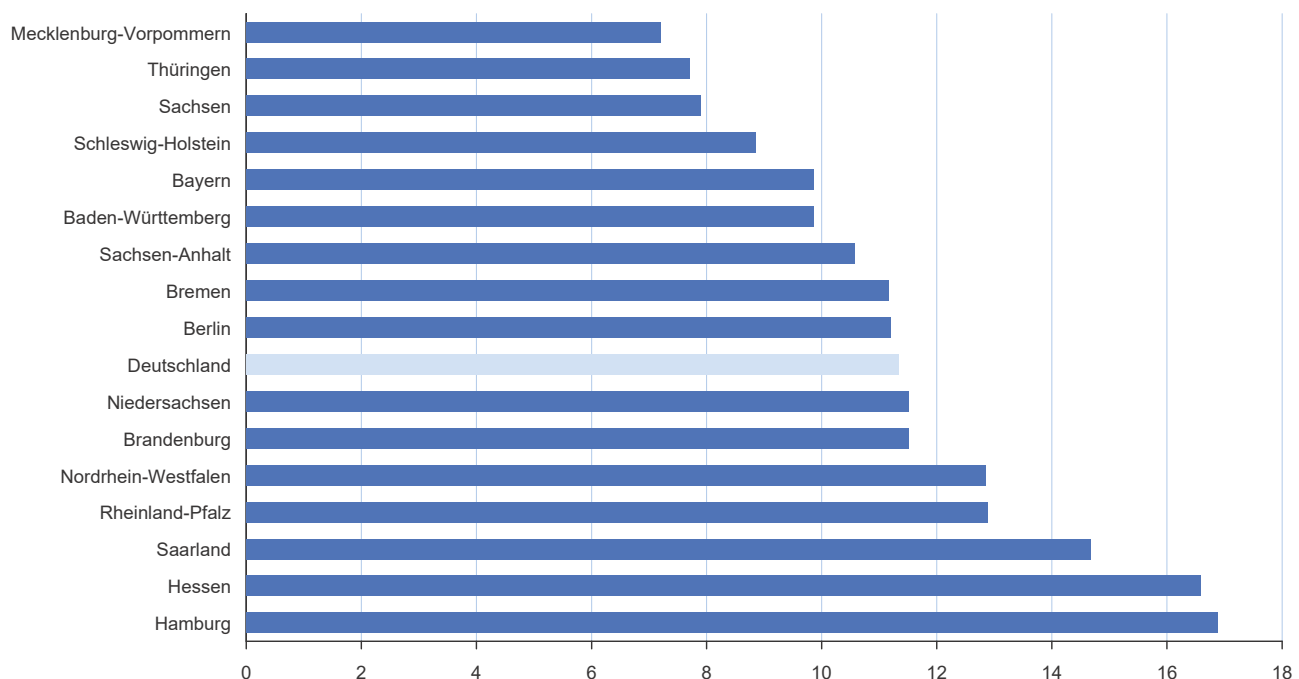
Studierende und Beschäftigte des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Vollzeitäquivalenten in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an Hochschulen nach Bundesländern 2006 und 2016

Land	2006			2016		
	Studierende	Beschäftigte	Betreuungsrelation ¹⁾	Studierende	Beschäftigte	Betreuungsrelation ¹⁾
Baden-Württemberg	10 202	913	11,2	10 662	1 080	9,9
Bayern	9 245	852	10,9	10 748	1 090	9,9
Berlin	8 042	789	10,2	12 034	1 074	11,2
Brandenburg	1 793	171	10,5	1 669	145	11,5
Bremen	1 239	126	9,8	1 378	123	11,2
Hamburg	3 308	217	15,2	4 734	280	16,9
Hessen	5 127	426	12,0	8 978	542	16,6
Mecklenburg-Vorpommern	1 157	106	10,9	942	131	7,2
Niedersachsen	6 528	518	12,6	7 812	679	11,5
Nordrhein-Westfalen	17 621	1 246	14,1	19 760	1 538	12,8
Rheinland-Pfalz	3 377	206	16,4	3 473	270	12,9
Saarland	850	80	10,6	1 144	78	14,7
Sachsen	5 205	541	9,6	4 812	609	7,9
Sachsen-Anhalt	2 227	212	10,5	2 059	195	10,6
Schleswig-Holstein	1 498	133	11,3	1 344	152	8,9
Thüringen	2 097	207	10,1	2 168	282	7,7
Deutschland	79 516	6 742	11,8	93 717	8 267	11,3

1) Anzahl der Studierenden je Beschäftigter oder je Beschäftigten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Vollzeitäquivalenten. — — — Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.5

Betreuungsrelation¹⁾ in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen 2016



*) Anzahl der Studierenden je Beschäftigter oder je Beschäftigten des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals in Vollzeitäquivalenten. — — — Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.6 Anteil der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ (2016)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator zeigt, wie hoch der Anteil der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“^G an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Er misst damit im künstlerischen Bereich den „realen Output“ der Hochschulen in Form von Studienabgängerinnen und Studienabgängern, die einen ersten akademischen Abschluss erworben haben. Diese fächerspezifische Quote für Erstabsolventinnen und Erstabsolventen wird vom Umfang, der Struktur und der Attraktivität der Studienangebote in den einzelnen Ländern beeinflusst.

Stadtstaaten als attraktive Hochschulstandorte

Im Jahr 2016 schlossen in Deutschland insgesamt 315 200 Studierende erfolgreich ein Erststudium ab. Von diesen Erstabsolventinnen und Erstabsolventen gehörten 11 300 bzw. 3,6 % zur Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“. Die Abschlüsse verteilten sich auf rund 7250 weibliche sowie auf rund 4050 männliche Erstabsolventinnen und Erstabsolventen und ergaben somit ein Geschlechterverhältnis von etwa zwei Drittel Frauen (64,3 %) zu einem Drittel Männer (35,7 %). Im Ländervergleich hat das bevölkerungsreichste Land Nordrhein-Westfalen mit 2200 Personen auch die meisten Erstabsolventinnen und Erstabsolventen im Jahr 2016. Mit einigem Abstand, aber mit noch über 1000 Erstabsolventinnen und Erstabsolventen, folgten der Stadtstaat Berlin (1500) sowie die Flächenländer Bayern (1500) und Baden-Württemberg (1400). Die Gesamtanzahl der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen verteilte sich recht unterschiedlich auf folgende fünf Studienbereiche^G: „Gestaltung“ (4900 Erstabsolventinnen und Erstabsolventen), „Musik, Musikwissenschaft“ (2600), „Kunst, Kunstwissenschaft allgemein“ (1900), „Darstellende Kunst, Film und Fernsehen, Theaterwissenschaft“ (1100) und „Bildende Kunst“ (800). Neben diesen 11 300 Erstabsolventinnen und Erstabsolventen gab es in der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ 5900 Absolventinnen und Absolventen eines weiteren Studiums, vor allem eines konsekutiven Masterstudiums (3300). Masterstudiengänge wurden vor allem in den Studienbereichen „Musik, Musikwissenschaft“ (1400), „Gestaltung“ (860) und „Kunst, Kunstwissenschaft“ (730) absolviert.

Der Anteil der Hochschulabsolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an der altersspezifischen Bevölkerung lag in Deutschland 2016 bei 1,1 %. Der Ländervergleich zeigt, dass die Stadtstaaten, insbesondere aber Berlin mit 3,0 %, die höchsten Anteile aufwiesen (Hamburg: 1,9 %, Bremen: 1,8 %). Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Großteil ihrer Absolventinnen und Absolventen aus anderen Bundesländern stammt. Die Attraktivität dieser Hochschulstandorte, u. a. angesichts ihrer kulturellen Infrastruktur, dürfte eine besondere Rolle spielen. Als erstes Flächenland folgte Thüringen mit einem Anteil von 1,4 % Erstabsolventinnen und Erstabsolventen an der altersspezifischen Bevölkerung. Mit einigem Abstand zu den übrigen Ländern bildeten Mecklenburg-Vorpommern (0,7 %) und Schleswig-Holstein (0,5 %) die beiden Schlusslichter.

Im Zehnjahresvergleich ist ein leichter Anstieg der absoluten Zahlen der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen (+ 7,3 %) zu verzeichnen. Der Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung blieb aber nahezu unverändert (+ 0,06 Prozentpunkte). Diese Entwicklungstendenz trifft allerdings nicht auf alle Länder zu. Den größten anteilsbezogenen Zuwachs zwischen 2006 und 2016 gab es in Berlin (+ 0,56 Prozentpunkte), in Thüringen (+ 0,48 Prozentpunkte) und in Hamburg (+ 0,40 Prozentpunkte). Der stärkste Rückgang ließ sich hingegen in Nordrhein-Westfalen (- 0,21 Prozentpunkte) und in Schleswig-Holstein (- 0,15 Prozentpunkte) beobachten.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.6

Die Indikatoren werden mit Daten der amtlichen Hochschulstatistik nach dem Quotensummenverfahren ermittelt: Zunächst wird für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventen mit in die Kennzahl eingehen. Zu berücksichtigen ist, dass die Absolventinnen und Absolventen nach dem Studienort, und nicht nach dem Ort des Erwerbs der Studienberechtigung den Ländern zugeordnet werden. Des Weiteren beziehen sich die Angaben zur Zahl der Absolventinnen und Absolventen auf das Kalenderjahr. Der Indikator umfasst nicht nur Absolventinnen und Absolventen von Kunsthochschulen, sondern auch von allen anderen Hochschularten wie Universitäten und Fachhochschulen.

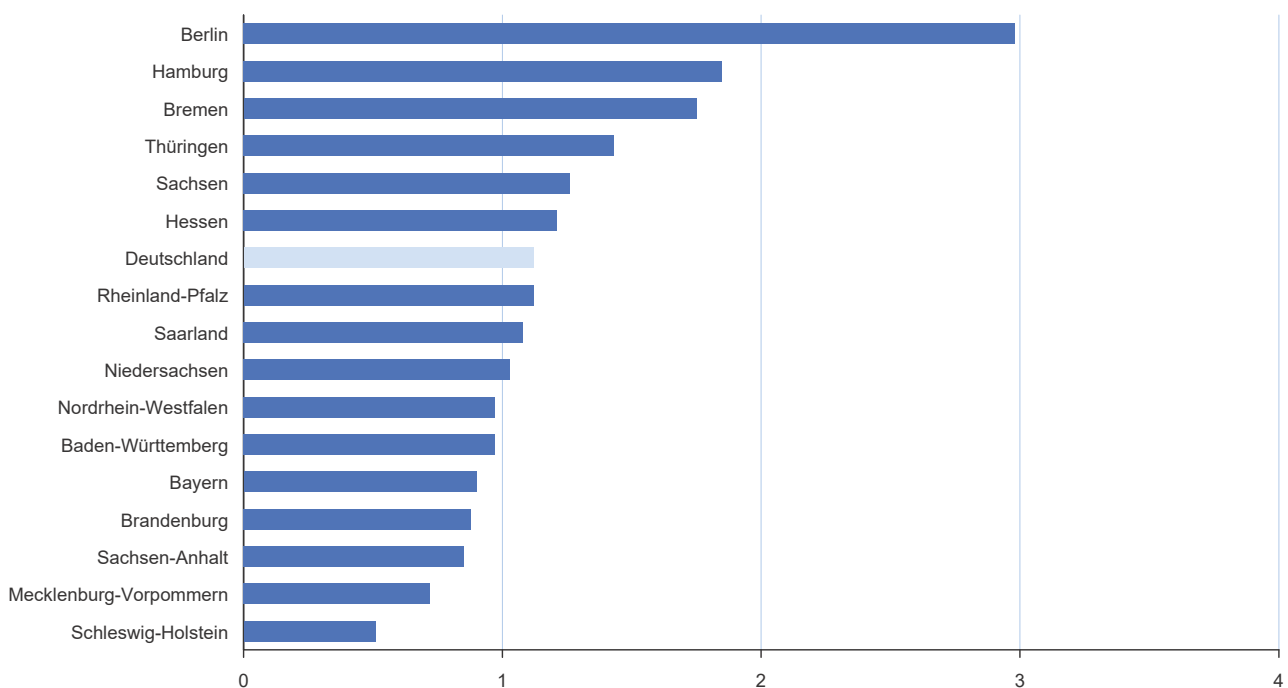
Im Jahr 2016 waren zwei Drittel der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen Frauen und ein Drittel Männer

Leichter Anstieg der Anzahl der Erstabsolventinnen und Erstabsolventen im Zehnjahresvergleich

Tabelle VII.6**Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaften“ 2006, 2015 und 2016 nach Bundesländern**

Land	2006		2015		2016	
	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾	Anzahl	% ¹⁾
Baden-Württemberg	1 265	0,96	1 473	1,03	1376	0,97
Bayern	1 072	0,70	1 521	0,92	1478	0,90
Berlin	1 230	2,42	1 359	2,70	1484	2,98
Brandenburg	235	0,85	241	0,92	217	0,88
Bremen	155	1,74	179	1,87	168	1,75
Hamburg	399	1,45	471	1,76	494	1,85
Hessen	644	0,88	869	1,11	951	1,21
Mecklenburg-Vorpommern	105	0,50	118	0,66	115	0,72
Niedersachsen	994	1,10	1 033	1,09	971	1,03
Nordrhein-Westfalen	2 491	1,18	2 313	1,02	2179	0,97
Rheinland-Pfalz	378	0,81	606	1,22	550	1,12
Saarland	101	0,87	129	1,08	128	1,08
Sachsen	670	1,25	533	1,22	512	1,26
Sachsen-Anhalt	292	1,04	248	1,04	189	0,85
Schleswig-Holstein	201	0,65	170	0,53	166	0,51
Thüringen	271	0,95	251	1,07	290	1,43
Deutschland	10 503	1,06	11 514	1,13	11 268	1,12

1) Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung; die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren: Es wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventen mit in die Kennzahl eingehen. – – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

Abbildung VII.6**Anteil der Hochschulabsolventinnen und Hochschulabsolventen eines Erststudiums der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaften“ an der altersspezifischen Bevölkerung 2016¹⁾ nach Bundesländern (in %)**

*) Anteil an der altersspezifischen Bevölkerung; die Berechnung erfolgt nach dem Quotensummenverfahren: Es wird zunächst für jeden einzelnen Altersjahrgang der Bevölkerung der Anteil der Erstabsolventen berechnet. Die Anteile werden anschließend addiert, sodass alle Absolventen mit in die Kennzahl eingehen. – – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, eigene Berechnungen

VII.7 Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner (2016)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator setzt die Anzahl der Belegungen von Kursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ in den Volkshochschulen (VHS) in Beziehung zur Bevölkerungszahl⁶. Die VHS sind öffentliche Weiterbildungsinstitutionen mit breitem Fächerangebot. Betrachtet wird hier der Programmbereich „Kultur, Gestalten“. Es soll zum einen das Interesse der Bevölkerung an einer kulturell-gestalterischen Beschäftigung und zum anderen das Bemühen der öffentlichen Hand um ein ausreichendes, flächendeckendes und für Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer finanzierbares Bildungsangebot im kulturellen Bereich aufgezeigt werden.

Hoher Frauenanteil im Programmbereich „Kultur, Gestalten“

Im Jahr 2016 wurden in Deutschland 899 Volkshochschulen gezählt, von denen sich 893 an der statistischen Erhebung des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung beteiligten. Von insgesamt 6,6 Mill. Belegungen aller angebotenen Kurse wurden 870 000 im Programmbereich „Kultur, Gestalten“ belegt. Davon wurden allein 61 % in den drei bevölkerungsreichsten Ländern (Bayern: 221 000 Belegungen; Baden-Württemberg: 180 000; Nordrhein-Westfalen: 132 000) registriert. Belegungszahlen unter 10 000 weisen das Saarland (8100), Bremen (6900) und Mecklenburg-Vorpommern (6200) auf. Mit 80 % nahmen vor allem Frauen die Angebote der Volkshochschulen im Programmbereich „Kultur und Gestalten“ wahr. Im Vergleich zu 2006 (79 %) ist dieser Anteil nahezu unverändert. Die beliebtesten Fachgebiete⁶ waren „Malen, Zeichnen, Drucktechniken“ (145 000 Belegungen), „Tanz“ (157 000), „Musikalische Praxis“ (90 000) und „Textilkunde/Mode/Nähen“ (65 000).

Bayern, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bildeten die Spitzengruppe

Bezogen auf die Bevölkerungszahl gab es 2016 in Deutschland insgesamt 1055 Kursbelegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner im VHS-Programmbereich „Kultur, Gestalten“. Beim Ländervergleich zeigt sich, dass Bayern (1707 Belegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner), Baden-Württemberg (1639) und Schleswig-Holstein (1471) mit deutlich überdurchschnittlichen Indikatorwerten den Bundesdurchschnitt übertrafen. Der Wert für Hamburg entspricht mit 1057 Belegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner nahezu dem Bundesdurchschnitt. Mit weit niedrigeren Werten zwischen 364 und 599 Belegungen je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner lagen die ostdeutschen Flächenländer am unteren Ende der Skala. Die übrigen Länder landeten mit Werten von 809 bis 1019 Belegungen je 100 000 Einwohnerin und Einwohner weniger weit unterhalb des Bundeswertes.

Rückgang der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer im Programmbereich „Kultur und Gestalten“ setzt sich fort

Im Zehnjahresvergleich sank die Anzahl der Kursteilnehmerinnen und Kursteilnehmer im Programmbereich „Kultur und Gestalten“ von rund 1,0 Mill. Belegungen im Jahr 2006 kontinuierlich auf den aktuellen Stand mit 870 000 Belegungen. Bezogen auf 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner besuchten zuletzt 170 Personen bzw. 14 % weniger einen entsprechenden Kurs als zehn Jahre zuvor. Mit Blick auf die übrigen Programmbereiche zeigt sich, dass die VHS-Kursbelegungen zwischen 2006 und 2012 von 6,5 Mill. auf 6,3 Mill. zurückgegangen, seit dem Jahr 2013 aber wieder angestiegen sind. Die Zunahme von insgesamt 201 000 Belegungen zwischen den Jahren 2014 und 2016 ist vor allem auf die gestiegenen Belegungszahlen im Programmbereich „Sprachen“ zurückzuführen. Sie machen 99 % des gesamten Zuwachses der Belegungszahlen aus. Mitverantwortlich dafür sind vor allem die Steigerungen im Fachgebiet Deutsch als Fremdsprache, in dem die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geförderten Sprachkurse angeboten werden.

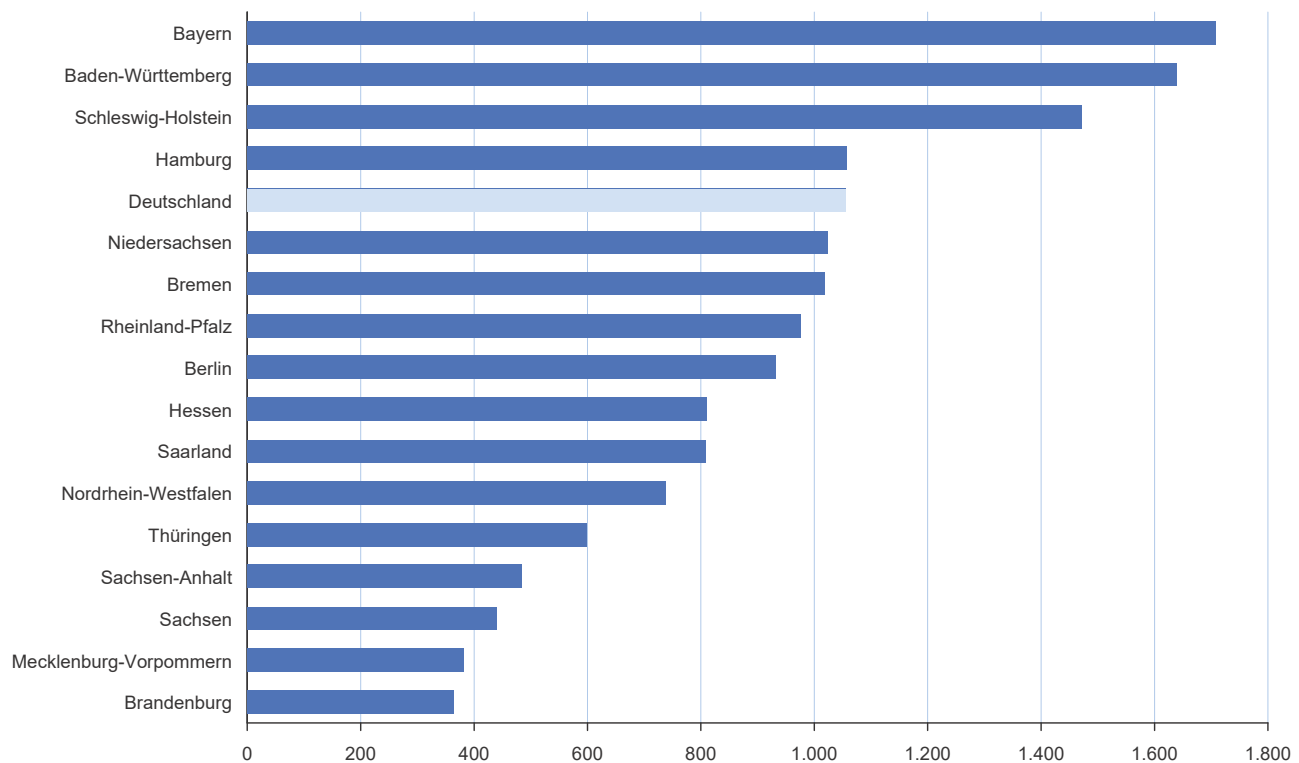
Methodische Hinweise zum Indikator VII.7

Datengrundlage sind die Statistiken zum Volkshochschulwesen, veröffentlicht in der jährlichen Publikation „Volkshochschul-Statistik“ des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung (DIE). Die Daten von 2016 beruhen auf Angaben von 893 der 899 Mitgliedseinrichtungen zu institutionellen Merkmalen, wie Personal, Finanzierung und Kursen. Die Kurse der VHS werden in die folgenden sechs Programmbereiche (in Klammern: jeweiliger Anteil an der bundesweiten Belegungszahl im Jahr 2016) eingeteilt: „Politik, Gesellschaft, Umwelt“ (8 %), „Kultur, Gestalten“ (13 %), „Gesundheit“ (35 %), „Sprachen“ (35 %), „Arbeit, Beruf“ (7 %), und „Grundbildung, Schulabschlüsse“ (2 %). Diese werden weiterhin in Fachgebiete mit entsprechenden Kursen unterteilt. Die Zahl der VHS-Kursbelegungen entspricht nicht der VHS-Schüleranzahl, da eine Schülerin oder ein Schüler mehrere Kurse besuchen kann.

Tabelle VII.7**Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ 2006, 2012 und 2016 nach Bundesländern**

Land	2006		2012		2016	
	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner	Anzahl	je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner
Baden-Württemberg	200 136	1864	191 558	1812	179 505	1639
Bayern	269 163	2155	227 010	1813	220 740	1707
Berlin	32 246	947	34 617	1026	33 361	933
Brandenburg	8 735	343	8 797	359	9 071	364
Bremen	8 125	1224	7 690	1174	6 914	1019
Hamburg	17 394	992	19 062	1099	19 128	1057
Hessen	63 461	1045	58 508	972	50 334	810
Mecklenburg-Vorpommern	9 360	553	7 725	483	6 160	382
Niedersachsen	91 262	1143	88 733	1141	81 285	1023
Nordrhein-Westfalen	161 168	894	147 111	838	131 953	738
Rheinland-Pfalz	41 545	1025	45 103	1130	39 666	976
Saarland	10 864	1041	10 832	1089	8 067	809
Sachsen	21 493	506	19 540	482	17 933	439
Sachsen-Anhalt	10 795	442	10 074	446	10 821	484
Schleswig-Holstein	48 704	1718	47 925	1708	42 396	1471
Thüringen	13 814	598	14 140	651	12 917	599
Deutschland	1 008 265	1225	938 425	1 165	870 251	1 055

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.7**Belegungen von Volkshochschulkursen des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ je 100 000 Einwohnerinnen und Einwohner 2016 nach Bundesländern**

Quelle: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung (DIE), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

VII.8 Anteil der Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter (2016)

Indikatorenbeschreibung

Der Indikator gibt Aufschluss über die Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter. Er ist damit ein Maß für die Kulturrezeption beziehungsweise den Kulturkonsum durch die Bevölkerung. Durch den Bezug dieser Ausgaben auf die Konsumausgaben insgesamt drückt der Indikator auch den Stellenwert aus, den die Kultur im Rahmen der gesamten privaten Konsumausgaben hat.

Je Haushalt wurden 2016 über 3000 Euro jährlich für Freizeit, Unterhaltung und Kultur ausgegeben

Größter Anteil der privaten Ausgaben für ausgewählte Kulturgüter entfällt auf Zeitungen und Zeitschriften

Die Bedeutung von Kultur in den privaten Haushalten in Deutschland zeigt sich anhand ihrer entsprechenden privaten Ausgaben. Im Durchschnitt gab im Jahr 2016 ein Haushalt 3096 Euro für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus. Dies entspricht 10,4 % der gesamten privaten Konsumausgaben eines privaten Haushalts. Leichte Unterschiede gab es zwischen den westdeutschen und den ostdeutschen Ländern. Die privaten Haushalte in den westdeutschen Ländern gaben mit 3180 Euro insgesamt mehr aus als jene Haushalte in den ostdeutschen Ländern mit 2748 Euro. Bezogen auf den Ausgabenanteil für Freizeit, Unterhaltung und Kultur an den privaten Konsumausgaben insgesamt hingegen wurde mit 11,0 % in den ostdeutschen Ländern mehr ausgegeben als in den westdeutschen Ländern, wo der Anteil bei 10,2 % lag. Im Vergleich zu 2006 gaben die privaten Haushalte 300 Euro mehr für Freizeit, Unterhaltung und Kultur aus. Gleichwohl ist der Anteil an den Gesamtausgaben zwischen 2006 und 2016 um 0,8 (westdeutsche Länder und Bund) bzw. um 0,9 Prozentpunkte (ostdeutsche Länder) gesunken.

In den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur sind auch Ausgaben für den Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften, Büchern sowie von Bild- und Tonträgern enthalten. Bundesweit machte der Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften mit 252 Euro für das Jahr 2016 den größten Anteil an diesen Ausgaben aus. Dies entspricht einem Anteil von 8,1 % an den Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur. Für den Erwerb von Büchern gaben die privaten Haushalte in Deutschland 120 Euro (3,9 %) aus. Die Ausgaben der privaten Haushalte für Bild- und Tonträger (CD, DVD, Blu-Ray, Downloads) beliefen sich im Jahr 2016 auf 72 Euro (2,3 %). Mit diesen Zahlen wird auch deutlich, dass der Anteil der Ausgaben für Kulturgüter an den gesamten Ausgaben für Freizeit, Unterhaltung und Kultur in den privaten Haushalten nur einen Anteil von 22,5 % ausmacht. Weitere größere Anteile verteilen sich auf weniger kulturrelevante Ausgaben wie z. B. Pauschalreisen (28,4 %) oder weitere Freizeitdienstleistungen (17,4 %), worunter bspw. Sportveranstaltungen, Fitness-Studios oder Freizeitpark- oder Diskothekenbesuche zählen.

Auch an den gesamten privaten Konsumausgaben ist der Anteil der Ausgaben für diese ausgewählten Kulturgüter eher gering. Während bundesweit auf den Erwerb von Zeitungen und Zeitschriften 0,8 % der privaten Konsumausgaben entfielen, lagen die Anteile für Bücher mit 0,4 % und Bild- und Tonträger mit 0,2 % noch darunter. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den ostdeutschen und den westdeutschen Ländern ließ sich bei den relativen Ausgaben von diesen ausgewählten Kulturgütern nicht feststellen.

Die Anteile der Ausgaben für Kulturveranstaltungen und für Besuche von Museen, zoologischen und botanischen Gärten sind gestiegen

Allerdings zeigten sich im Zeitvergleich bei den Anteilen der Ausgaben für diese ausgewählten Kulturgüter für Deutschland insgesamt unterschiedliche Tendenzen. Der Anteil der Ausgaben für Bild- und Tonträger (CD, DVD, Blu-Ray, Downloads) sowie die Anteile der Ausgaben für Bücher sowie Zeitungen und Zeitschriften sind im Vergleich zu 2006 gesunken. Die Anteile der Ausgaben für den Besuch von Kulturveranstaltungen (Theater-, Musik-, Film- und Zirkusveranstaltungen) sowie von Museen, zoologischen und botanischen Gärten sind dafür zwischen 2006 und 2016 angestiegen.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.8

Die hier dargestellten Ausgaben der privaten Haushalte stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Dabei handelt es sich um eine Stichprobe, für die in Deutschland jährlich knapp 8000 Haushalte zu deren Einkommen, Einnahmen und Ausgaben, Konsumgewohnheiten, Wohnverhältnissen und Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt werden. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt auf nationaler Ebene für Deutschland insgesamt sowie getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Ländern. Daten zu den einzelnen Bundesländern lagen nicht vor. Für den Indikator werden jene Ausgaben der Haushalte gruppiert, aus der sich auch kulturrelevante Ausgabenpositionen identifizieren lassen. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die zusammengefasste Darstellung mit den Bereichen Freizeit, Unterhaltung und Kultur auch nichtkulturrelevante Ausgaben enthält.

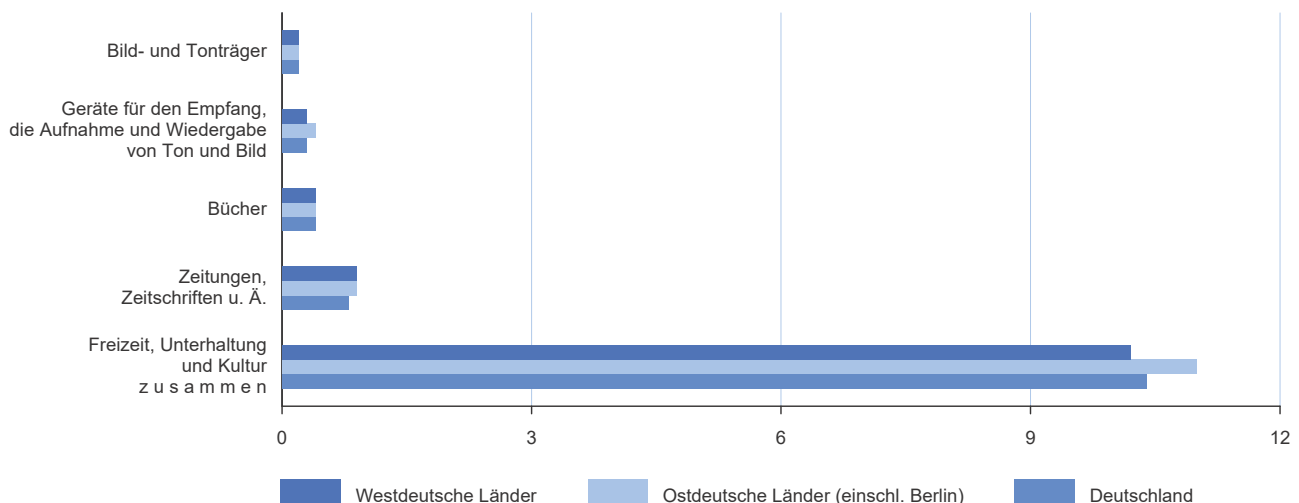
Tabelle VII.8

Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter je Haushalt¹⁾ 2006 und 2016 nach Ländergruppen

Art des Kulturguts	Ausgaben der privaten Haushalte				Anteil an den gesamten privaten Konsumausgaben	
	2006 ¹⁾		2016		2006 ¹⁾	2016
	EUR	%	EUR	%	%	
Westdeutsche Länder						
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	2868	100	3180	100	11,0	10,2
<i>darunter</i>						
Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild	132	4,6	108	3,4	0,5	0,3
Bild- und Tonträger (einschl. Downloads)	96	3,3	72	2,3	0,4	0,2
Bücher	168	5,9	120	3,8	0,6	0,4
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	276	9,6	264	8,3	1,1	0,9
Ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)						
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	2496	100	2748	100	11,9	11,0
<i>darunter</i>						
Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild	168	6,7	96	3,5	0,8	0,4
Bild- und Tonträger (einschl. Downloads)	84	3,4	48	1,7	0,4	0,2
Bücher	120	4,8	96	3,5	0,6	0,4
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	228	9,1	216	7,9	1,1	0,9
Deutschland						
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	2796	100	3096	100	11,2	10,4
<i>darunter</i>						
Geräte für den Empfang, die Aufnahme und Wiedergabe von Ton und Bild	132	4,7	84	2,7	0,5	0,3
Bild- und Tonträger (einschl. Downloads)	96	3,4	72	2,3	0,4	0,2
Besuch von Theater-, Musik-, Film-, Zirkusveranstaltungen ²⁾	96	3,4	132	4,3	0,4	0,4
Besuch von Museen, zoologischen und botanischen Gärten ²⁾	24	0,9	36	1,2	0,1	0,1
Bücher	156	5,6	120	3,9	0,6	0,4
Zeitungen, Zeitschriften u. Ä.	264	9,4	252	8,1	1,1	0,8

*) In einem Haushalt lebten im Berichtszeitraum durchschnittlich 2,0 Personen – 1) Westdeutsche Länder noch mit Berlin-West und ostdeutsche Länder noch einschl. Berlin-Ost – 2) Keine Differenzierung nach alten und neuen Ländern möglich. – – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.8

Anteil der Ausgaben der privaten Haushalte für ausgewählte Kulturgüter an den gesamten Konsumausgaben je Haushalt¹⁾ 2016 nach Ländergruppen (in %)

*) In einem Haushalt lebten im Berichtszeitraum durchschnittlich 2,0 Personen. – – – Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.9 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Geräten der Unterhaltungselektronik (2017)

Indikatorenbeschreibung

Die Teilhabe an Kultur erfolgt neben dem direkten Besuch von kulturellen Veranstaltungen auch durch das Herunterladen oder Abspielen von Musik, Lesematerial und Filmen sowie das Spielen von Videospielen über unterhaltungselektronische Medien im heimischen Bereich. Der Indikator gibt differenziert nach ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik den Anteil privater Haushalte, in denen entsprechende Geräte vorhanden sind, an allen privaten Haushalten an (Ausstattungsgrad⁶). Damit vermittelt er einen Eindruck über die Möglichkeiten der Kulturrezeption privater Haushalte von zu Hause aus.

Großflächige Ausstattung der privaten Haushalte mit Fernsehgeräten und Mobilfunktelefonen

In den letzten Jahren zeichnet sich ein Wandel in der Ausstattung der privaten Haushalte mit Empfangs-, Aufnahme- und Wiedergabegeräten von Bild und Ton sowie von Geräten aus dem Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie ab. Dabei übernehmen immer mehr Geräte technische Funktionen, für die vorher zusätzliche Geräte notwendig waren. Bei modernen Flachbildfernsehgeräten gehört die internetbasierte Wiedergabemöglichkeit von TV-Sendungen und Filmen zur Standardausstattung. Dies erübrigt den Erwerb eines DVD- oder Blu-Ray-Gerätes. Ebenso besitzt ein Großteil der neu erschienenen Mobiltelefone des vergangenen Jahrzehnts einen Internetzugang, eine Musikwiedergabefunktion sowie eine Kamerafunktion. Dieser Ausstattungswandel zeigt sich auch in den Zahlen.

Fernsehgeräte sind am weitesten in allen privaten Haushalten verbreitet

Die weiteste Verbreitung fanden Fernsehgeräte, die im Jahr 2017 in 98 % aller privaten Haushalte in Deutschland zu finden waren. Die westdeutschen und die ostdeutschen Länder wiesen dabei den annähernd gleichen Wert auf. Seit dem Jahr 2007 ist somit der ohnehin flächendeckende Ausstattungsgrad mit Fernsehgeräten in Deutschland weiter angestiegen. Eine besonders starke Zunahme wurde bei der Ausstattung mit Flachbildfernsehern sichtbar. Im Jahr 2017 haben 87 % aller Haushalte in Deutschland ein solches Gerät; 2007 waren dies nur etwa 9 %. Im Jahr 2017 waren außerdem 65 % der privaten Haushalte mit DVD- und Blu-Ray-Geräten ausgestattet. Der Ausstattungsgrad mit diesen Geräten stieg zwischen 2007 und 2014 zunächst von 63 % auf 75 % an, ist aber seitdem rückläufig. Die Haushalte in den ostdeutschen Ländern waren im Jahr 2017 nur etwas häufiger (67 %) mit solchen Geräten ausgestattet als in den westdeutschen Ländern (64 %).

Die Ausstattung mit analogen Fotoapparaten und mit MP3-Playern ist rückläufig

Der Ausstattungsgrad in den Haushalten mit analogen und digitalen Fotoapparaten stieg bundesweit zwischen 2007 und 2012 von 85 % auf 86 % sehr leicht an, sank in den Folgejahren allerdings wieder auf nahezu 82 % im Jahr 2017. Dieser Rückgang ist auf eine geringere Ausstattung mit analogen Fotoapparaten zurückzuführen. Ein weiterer Rückgang seit 2012 lässt sich auch bei der Ausstattung mit MP3-Playern beobachten. Im diesem Jahr verfügten deutschlandweit 42 % der privaten Haushalte über einen MP3-Player, 2017 waren dies nur noch 38 %. Diesen Entwicklungen steht eine steigende Ausstattung mit einem Mobiltelefon von 82 % in 2007 auf 96 % in 2017 gegenüber. Aufgrund der zahlreichen Funktionen dieser Geräte ist anzunehmen, dass sie die zusätzliche Ausstattung mit digitalen Fotoapparaten oder MP3-Playern teilweise kompensieren. Im Jahr 2017 besaßen außerdem 26 % aller privaten Haushalte in Deutschland eine mobile oder stationäre Spielekonsole. Dieser Wert veränderte sich über die letzten fünf Jahre kaum. In den westdeutschen Bundesländern sind Spielekonsolen in den privaten Haushalten mit 27 % etwas weiter verbreitet als in den ostdeutschen Ländern mit 22 %.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.9

Die hier dargestellten Angaben zur Ausstattung der privaten Haushalte stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Für sie werden in Deutschland jährlich rund 8000 Haushalte nach ihren Konsumgewohnheiten und nach der Ausstattung mit einer Vielzahl von Gebrauchsgütern mit längerer Nutzungsdauer befragt. Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt auf nationaler Ebene für Deutschland insgesamt sowie getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Ländern. Daten zu den einzelnen Bundesländern lagen nicht vor. Zur Beurteilung des Ausstattungsgrades der privaten Haushalte mit Gütern der Unterhaltungselektronik, die eine Kulturrezeption ermöglichen, wurden hier stellvertretend einige Güter der Unterhaltungselektronik ausgewählt. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass die hier angegebenen Ausstattungsgrade lediglich einen Hinweis über die Möglichkeit des Zugangs zum kulturellen Angebot geben. Aussagen über die tatsächliche Nutzung für kulturelle Zwecke können daraus nicht abgeleitet werden.

Tabelle VII.9

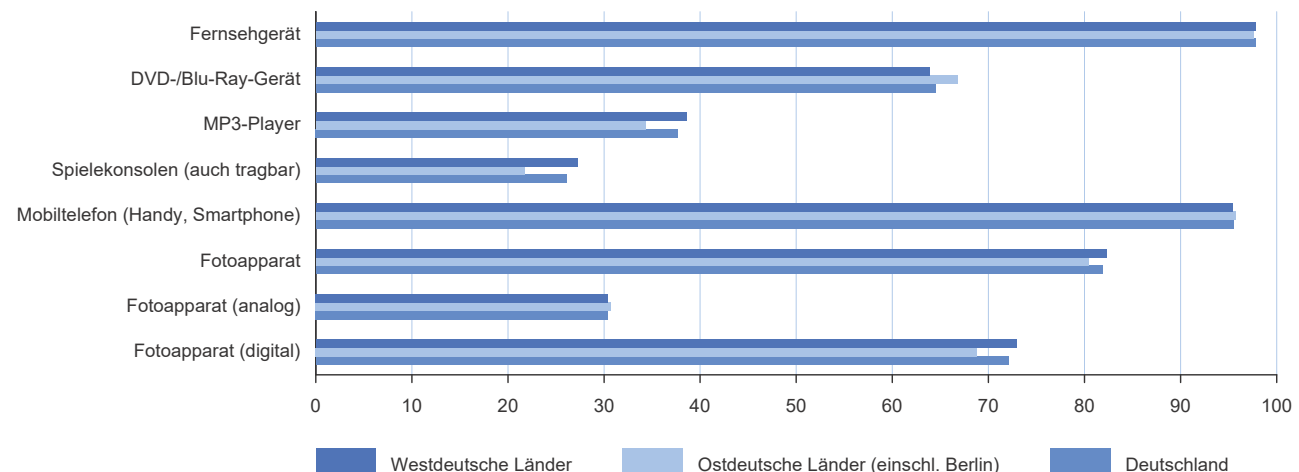
Ausstattungsgrad¹⁾ privater Haushalte mit ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik 2007, 2012, 2015 und 2017 nach Ländergruppen (in %)

Art des Gerätes	2007	2012	2015	2017
Westdeutsche Länder				
Fernsehgerät	95,6	96,6	97,7	97,8
<i>darunter</i> Flachbildfernseher	9,0	58,5	80,6	86,5
DVD- und Blu-Ray-Geräte	63,1	71,6	67,0	63,9
MP3-Player	29,8	43,4	42,4	38,6
Spielekonsolen (auch tragbar)	15,8	26,4	26,2	27,2
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	81,7	90,2	93,6	95,4
Fotoapparat	85,0	86,3	84,7	82,3
analog	69,3	45,6	32,8	30,4
digital	50,0	73,2	75,5	72,9
Ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)				
Fernsehgerät	97,1	95,7	98,7	97,6
<i>darunter</i> Flachbildfernseher	10,2	60,1	83,9	88,5
DVD- und Blu-Ray-Geräte	62,1	74,3	67,0	66,8
MP3-Player	25,7	37,8	37,7	34,3
Spielekonsolen (auch tragbar)	11,2	22,4	22,0	21,7
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	81,9	90,7	93,2	95,7
Fotoapparat	84,7	86,3	85,5	80,4
analog	72,8	43,6	33,2	30,7
digital	42,8	71,3	73,3	68,8
Deutschland				
Fernsehgerät	95,9	96,4	97,9	97,8
<i>darunter</i> Flachbildfernseher	9,3	58,9	81,3	86,9
DVD- und Blu-Ray-Geräte	62,9	72,2	67,0	64,5
MP3-Player	29,0	42,2	41,4	37,7
Mobiltelefon (Handy, Smartphone)	81,8	90,3	93,5	95,5
Spielekonsolen (auch tragbar)	14,9	25,5	25,3	26,1
Fotoapparat	84,9	86,3	84,9	81,9
analog	70,0	45,1	32,9	30,4
digital	48,7	72,8	75,1	72,1

¹⁾ Anteil der Haushalte, in denen entsprechende Geräte vorhanden sind. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.9

Ausstattungsgrad¹⁾ privater Haushalte mit ausgewählten Geräten der Unterhaltungselektronik 2017 nach Ländergruppen (in %)



¹⁾ Anteil der Haushalte, in denen entsprechende Geräte vorhanden sind. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

VII.10 Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer (2017)

Indikatorenbeschreibung

Die Ausstattung privater Haushalte mit Internetanschluss gibt einen Hinweis auf die Möglichkeit via Internetanschluss Zugang zum kulturellen Angebot zu haben. Kulturinteressierte in privaten Haushalten können sich über diesen modernen Verbreitungsweg mit Musik, Filmen, Lesematerial usw. versorgen. Der Indikator gibt den Anteil der privaten Haushalte mit einem Internetzugang bzw. einem Personalcomputer (PC) an allen Haushalten in Prozent an (Ausstattungsgrad⁶).

Im Jahr 2017 34,1 Mill. private Haushalte mit Internetanschluss in Deutschland

90 % aller privaten Haushalte besaßen einen PC

Im Jahr 2017 erwarben knapp ein Viertel der Internetnutzerinnen und Internetnutzer Filme und Musik online

Immer mehr private Haushalte mit mobilem Internetzugang

Die Verbreitung und Rezeption insbesondere von Musikstücken, Filmen sowie Literatur und Presse geschieht zunehmend über das Internet und über die sozialen Medien. In den vergangenen zehn Jahren zeigte sich erneut eine deutliche Zunahme bei der Ausstattung von privaten Haushalten mit Internetzugang. Während im Jahr 2007 insgesamt 60 % der Haushalte in Deutschland einen Internetanschluss hatten, waren es 2012 bereits 79 %. 2017 hatte der Ausstattungsgrad 91 % erreicht. Damit hatten knapp 34,1 Mill. private Haushalte in Deutschland Zugang zum Internet. Für die westdeutschen und ostdeutschen Länder zeigte sich eine ähnlich dynamische Entwicklung.

Neuere Technologien ermöglichen immer stärker die mobile Internetnutzung. Im Jahr 2017 waren deutschlandweit 53 % der privaten Haushalte mit einem mobilen Internetzugang ausgestattet. Im Zeit- und Ländervergleich ließ sich ebenfalls eine starke Wachstumsdynamik beobachten. In den westlichen Bundesländern stieg der Anteil an Haushalten mit einem mobilen Internetzugang von 45 % in 2015 auf 54 % im Jahr 2017, in den östlichen Ländern im gleichen Zeitraum von 41 % auf 51 %. Somit lag in den westdeutschen Ländern der Ausstattungsgrad mit mobilem Internetzugang im Jahr 2017 um etwa 3 Prozentpunkte höher als in den ostdeutschen Ländern. Die Ausstattung privater Haushalte mit mobilem Internet schwankt überdies mit dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen sowie mit dem Alter der Haupteinkommensperson. Demnach haben private Haushalte mit einem höheren Einkommen sowie Haupteinkommenspersonen jüngerer Altersgruppen auch häufiger einen mobilen Internetzugang. Im Jahr 2017 besaßen 44,1 % der Einkommensgruppe zwischen 1300 und 1700 Euro einen solchen Zugang, während der Anteil bei der Einkommensgruppe zwischen 2600 und 3600 Euro bereits 62,3 % betrug. In der Altersgruppe zwischen 25 und 34 Jahren gaben 71,7 % der Haupteinkommenspersonen an, einen mobilen Internetzugang zu besitzen. Bei der Altersgruppe zwischen 65 und 70 Jahren betrug dieser Anteil nur 39,6 %. Der Ausstattungsgrad der privaten Haushalte mit einem PC stieg in den vergangenen Jahren ebenfalls stark an. Im Jahr 2007 betrug der Wert deutschlandweit 73 %, 2014 wurde ein Ausstattungsgrad von 87 % und 2017 von 90 % erreicht. Im Jahr 2014 waren mobile PC in den privaten Haushalten erstmals verbreiteter als stationäre PC. Diese Entwicklung setzte sich bis 2017 fort, 79 % der privaten Haushalte waren in diesem Jahr mit einem mobilen Gerät ausgestattet und 49 % mit einem stationären PC.

Laut einer Erhebung zur Informations- und Kommunikationstechnologie in Haushalten (IKT-Erhebung⁶) nutzten im Jahr 2017 etwa 26 % der Internetnutzerinnen und -nutzer ihre Onlineverbindung zum Herunterladen und Abspielen von Filmen und Musik sowie 12 % zum Lesen und Herunterladen von E-Books. Weitere 6 % bezogen Onlinezeitungen oder -magazine über ihre Internetverbindung. Von den aktiven Internetnutzerinnen und Internetnutzern haben im ersten Quartal 2017 außerdem 55 % zu privaten Zwecken an sozialen Netzwerken im Internet teilgenommen und 33 % eigene, selbst erstellte Inhalte wie Texte, Bilder, Fotos, Videos oder Musik auf Webseiten hochgeladen.

Methodische Hinweise zum Indikator VII.10

Die hier verwendeten Daten zur Ausstattung privater Haushalte mit Internetanschluss und PC in Deutschland stammen aus den Laufenden Wirtschaftsrechnungen (LWR). Die Auswertung der Ergebnisse erfolgt auf nationaler Ebene für Deutschland insgesamt sowie getrennt nach westdeutschen und ostdeutschen Ländern. Daten zu den einzelnen Bundesländern lagen nicht vor. Zum gleichen Sachverhalt liegen auch aus anderen Quellen der amtlichen Statistik Auswertungen mit ähnlichen Ergebnissen vor (z. B. Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, IKT-Erhebung), die jedoch aus methodischen Gründen nicht direkt miteinander vergleichbar sind. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass der Ausstattungsgrad lediglich die Möglichkeit des Zugangs zum kulturellen Angebot über das Internet beschreibt. Aussagen über die tatsächliche Nutzung für kulturelle Zwecke können daraus nicht abgeleitet werden. Einige Hinweise zur Nutzung liefern die Daten der IKT-Erhebung.

Tabelle VII.10

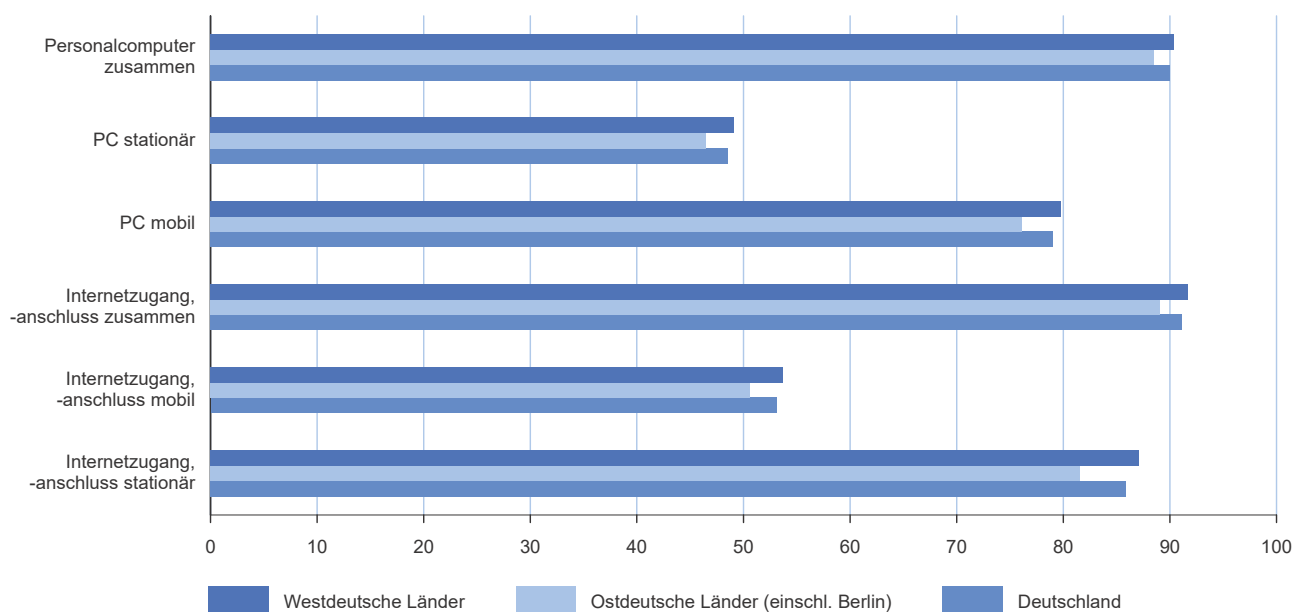
Ausstattungsgrad^{*)} privater Haushalte mit Internetanschluss bzw. Personalcomputer 2007, 2012, 2014, 2015 und 2017 nach Ländergruppen (in %)

Ausstattungsmerkmal	2007	2012	2014	2015	2017
Westdeutsche Länder					
Internetzugang, -anschluss	60,8	80,6	79,3	88,8	91,7
Stationär (DSL, Kabel)	.	75,3	.	84,1	87,1
Mobil (Smartphone, Surfstick)	.	27,9	.	44,8	53,7
Personalcomputer	73,4	84,5	87,6	88,6	90,4
stationär	64,5	60,6	54,6	52,2	49,1
Mobil (Laptop, Tablet, Netbook)	25,8	58,9	69,5	74,1	79,8
Ostdeutsche Länder (einschl. Berlin)					
Internetzugang, -anschluss	56,4	75,4	77,2	86,1	89,1
stationär	.	69,9	.	79,3	81,6
mobil	.	22,9	.	40,5	50,6
Personalcomputer	70,3	80,1	85,1	87,1	88,5
stationär	60,9	55,8	51,7	48,0	46,5
mobil	21,9	52,6	63,6	71,1	76,1
Deutschland					
Internetzugang, -anschluss	60,0	79,4	78,8	88,2	91,1
stationär	.	74,1	.	83,1	85,9
mobil	.	26,8	.	43,9	53,1
Personalcomputer	72,8	83,5	87,0	88,3	90,0
stationär	63,8	59,6	54,0	51,3	48,6
mobil	25,1	57,5	68,3	73,5	79,0

*) Anteil der Haushalte, in denen ein Internetanschluss bzw. Personalcomputer vorhanden ist. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Abbildung VII.10

Ausstattungsgrad^{*)} privater Haushalte mit Internetanschluss und Personalcomputer 2017 nach Ländergruppen (in %)



*) Anteil der Haushalte, in denen ein Internetanschluss bzw. ein Personalcomputer vorhanden ist. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Tabellenanhang:

- **Bevölkerungszahlen 2006 bis 2016**
- **Bevölkerungszahlen am 31.12.2016 nach Altersgruppen**
- **Kinobesuche 2009 bis 2016**
- **Leinwände (Kinosäle) 2009 bis 2016**
- **Versicherte in der Künstlersozialkasse 2017 nach Kulturbereichen**
- **Sendezeiten in den Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2016 nach Programmressorts**

Tabellenanhang

Bevölkerungszahlen 2006 bis 2016^{*)}

Land	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Baden-Württemberg	10 738 753	10 749 755	10 749 506	10 744 921	10 753 880	10 512 441
Bayern	12 492 658	12 520 332	12 519 728	12 510 331	12 538 696	12 443 372
Berlin	3 404 037	3 416 255	3 431 675	3 442 675	3 460 725	3 326 002
Brandenburg	2 547 772	2 535 737	2 522 493	2 511 525	2 503 273	2 453 180
Bremen	663 979	663 082	661 866	661 716	660 706	652 182
Hamburg	1 754 182	1 770 629	1 772 100	1 774 224	1 786 448	1 718 187
Hessen	6 075 359	6 072 555	6 064 953	6 061 951	6 067 021	5 993 771
Mecklenburg-Vorpommern	1 693 754	1 679 682	1 664 356	1 651 216	1 642 327	1 606 899
Niedersachsen	7 982 685	7 971 684	7 947 244	7 928 815	7 918 293	7 774 253
Nordrhein-Westfalen	18 028 745	17 996 621	17 933 064	17 872 763	17 845 154	17 544 938
Rheinland-Pfalz	4 052 860	4 045 643	4 028 351	4 012 675	4 003 745	3 990 033
Saarland	1 043 167	1 036 598	1 030 324	1 022 585	1 017 567	997 855
Sachsen	4 249 774	4 220 200	4 192 801	4 168 732	4 149 477	4 054 182
Sachsen-Anhalt	2 441 787	2 412 472	2 381 872	2 356 219	2 335 006	2 276 736
Schleswig-Holstein	2 834 254	2 837 373	2 834 260	2 832 027	2 834 259	2 802 266
Thüringen	2 311 140	2 289 219	2 267 763	2 249 882	2 235 025	2 181 603
Deutschland	82 314 906	82 217 837	82 002 356	81 802 257	81 751 602	80 327 900

*) Jeweils am 31.12. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Noch: Bevölkerungszahlen 2006 bis 2016^{*)}

Land	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	10 569 111	10 631 278	10 716 644	10 879 618	10 951 893
Bayern	12 519 571	12 604 244	12 691 568	12 843 514	12 930 751
Berlin	3 375 222	3 421 829	3 469 849	3 520 031	3 574 830
Brandenburg	2 449 511	2 449 193	2 457 872	2 484 826	2 494 648
Bremen	654 774	657 391	661 888	671 489	678 753
Hamburg	1 734 272	1 746 342	1 762 791	1 787 408	1 810 438
Hessen	6 016 481	6 045 425	6 093 888	6 176 172	6 213 088
Mecklenburg-Vorpommern	1 600 327	1 596 505	1 599 138	1 612 362	1 610 674
Niedersachsen	7 778 995	7 790 559	7 826 739	7 926 599	7 945 685
Nordrhein-Westfalen	17 554 329	17 571 856	17 638 098	17 865 516	17 890 100
Rheinland-Pfalz	3 990 278	3 994 366	4 011 582	4 052 803	4 066 053
Saarland	994 287	990 718	989 035	995 597	996 651
Sachsen	4 050 204	4 046 385	4 055 274	4 084 851	4 081 783
Sachsen-Anhalt	2 259 393	2 244 577	2 235 548	2 245 470	2 236 252
Schleswig-Holstein	2 806 531	2 815 955	2 830 864	2 858 714	2 881 926
Thüringen	2 170 460	2 160 840	2 156 759	2 170 714	2 158 128
Deutschland	80 523 746	80 767 463	81 197 537	82 175 684	82 521 653

*) Jeweils am 31.12. --- Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Bevölkerungszahlen am 31.12.2016 nach Altersgruppen

Land	Insgesamt	Davon im Alter von				
		Unter 6 Jahren	6 bis unter 10 Jahren	10 bis unter 15 Jahren	15 bis unter 19 Jahren	19 oder mehr Jahren
Baden-Württemberg	10 951 893	603 725	395 762	513 726	465 319	8 973 361
Bayern	12 930 751	706 261	450 095	579 009	526 365	10 669 021
Berlin	3 574 830	220 142	129 115	143 191	114 830	2 967 552
Brandenburg	2 494 648	126 965	88 317	103 724	83 739	2 091 903
Bremen	678 753	37 229	23 308	28 449	26 891	562 876
Hamburg	1 810 438	110 179	64 035	75 733	64 381	1 496 110
Hessen	6 213 088	342 649	223 675	283 365	252 047	5 111 352
Mecklenburg-Vorpommern	1 610 674	81 195	55 241	64 457	51 851	1 357 930
Niedersachsen	7 945 685	420 064	281 353	372 933	346 222	6 525 113
Nordrhein-Westfalen	17 890 100	970 499	635 483	825 843	746 603	14 711 672
Rheinland-Pfalz	4 066 053	213 241	139 600	180 315	167 155	3 365 742
Saarland	996 651	46 509	30 800	40 304	37 798	841 240
Sachsen	4 081 783	221 521	142 180	163 842	128 622	3 425 618
Sachsen-Anhalt	2 236 252	108 181	72 078	85 411	70 758	1 899 824
Schleswig-Holstein	2 881 926	147 577	101 266	132 744	122 462	2 377 877
Thüringen	2 158 128	110 158	71 970	85 149	69 300	1 821 551
Deutschland	82 521 653	4 466 095	2 904 278	3 678 195	3 274 343	68 198 742

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder

Kinobesuche 2009 bis 2016

Land	Kinobesuche							
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
	in 1 000							
Baden-Württemberg	20 113	17 442	17 480	18 636	17 973	16 726	19 041	16 445
Bayern	25 438	22 535	23 815	23 872	22 959	21 474	23 676	21 129
Berlin	10 148	9 522	9 127	9 694	9 402	9 182	10 077	9 297
Brandenburg	3 151	2 553	2 695	2 853	2 755	2 548	3 033	2 626
Bremen	2 179	1 941	1 985	2 035	1 895	1 808	2 006	1 693
Hamburg	4 758	4 381	4 251	4 526	4 157	3 969	4 395	3 966
Hessen	10 931	9 438	9 603	10 170	9 928	9 381	10 706	9 293
Mecklenburg-Vorpommern	2 434	1 979	2 094	2 090	2 070	1 919	2 284	1 943
Niedersachsen	12 486	10 527	11 039	11 426	10 835	10 369	12 331	10 296
Nordrhein-Westfalen	30 360	25 950	26 413	27 837	26 336	24 519	28 367	24 460
Rheinland-Pfalz	6 330	5 336	5 641	5 816	5 658	5 135	5 970	5 112
Saarland	1 550	1 338	1 343	1 360	1 291	1 169	1 351	1 131
Sachsen	6 026	4 979	5 128	5 403	5 343	4 994	5 870	5 100
Sachsen-Anhalt	3 134	2 662	2 654	2 761	2 813	2 633	3 091	2 658
Schleswig-Holstein	4 362	3 617	3 843	3 970	3 722	3 582	4 209	3 566
Thüringen	2 946	2 409	2 468	2 613	2 538	2 334	2 775	2 388
Deutschland	146 346	126 610	129 579	135 061	129 675	121 741	139 181	121 104

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA)

Leinwände (Kinosäle) 2009 bis 2016

Land	Leinwände							
	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Baden-Württemberg	642	630	614	633	632	640	650	665
Bayern	799	791	809	801	800	812	832	843
Berlin	284	274	266	261	266	268	273	275
Brandenburg	133	139	140	137	133	133	137	138
Bremen	50	47	48	47	47	47	47	47
Hamburg	78	79	81	77	78	79	80	80
Hessen	331	327	325	316	319	318	330	337
Mecklenburg-Vorpommern	131	125	121	115	116	114	116	117
Niedersachsen	427	436	436	437	427	442	436	441
Nordrhein-Westfalen	883	875	860	862	861	861	854	867
Rheinland-Pfalz	209	206	201	198	199	193	202	203
Saarland	67	72	70	73	71	68	71	68
Sachsen	259	254	236	231	226	225	228	229
Sachsen-Anhalt	135	135	129	126	131	130	127	126
Schleswig-Holstein	168	171	170	166	168	169	170	165
Thüringen	138	138	134	137	136	138	139	138
Deutschland	4 734	4 699	4 640	4 617	4 610	4 637	4 692	4 739

Quelle: Filmförderungsanstalt (FFA)

Versicherte in der Künstlersozialkasse 2017 nach Kulturbereichen

Land	Insgesamt	Davon							
		Wort		Bildende Kunst		Musik		Darstellende Kunst	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Baden-Württemberg	19 888	3 738	18,8	6 649	33,4	7 255	36,5	2 246	11,3
Bayern	28 675	6 947	24,2	10 367	36,2	7 938	27,7	3 423	11,9
Berlin	36 767	9 011	24,5	12 765	34,7	7 677	20,9	7 314	19,9
Brandenburg	3 718	780	21,0	1 145	30,8	1 184	31,9	609	16,4
Bremen	1 954	409	20,9	669	34,2	602	30,8	274	14,0
Hamburg	13 120	3 516	26,8	5 090	38,8	2 719	20,7	1 795	13,7
Hessen	11 864	2 520	21,2	4 094	34,5	3 847	32,4	1 403	11,8
Mecklenburg-Vorpommern	1 827	319	17,5	697	38,2	598	32,7	213	11,7
Niedersachsen	10 164	2 101	20,7	3 374	33,2	3 493	34,4	1 196	11,8
Nordrhein-Westfalen	34 048	8 660	25,4	11 841	34,8	9 107	26,8	4 440	13,0
Rheinland-Pfalz	5 080	1 027	20,2	1 636	32,2	1 885	37,1	532	10,5
Saarland	1 064	179	16,8	327	30,7	465	43,7	93	8,7
Sachsen	7 650	1 498	19,6	2 554	33,4	2 540	33,2	1 058	13,8
Sachsen-Anhalt	2 032	419	20,6	772	38,0	592	29,1	249	12,3
Schleswig-Holstein	4 685	1 179	25,2	1 611	34,4	1 420	30,3	475	10,1
Thüringen	2 186	354	16,2	70	32,1	904	41,4	226	10,3
Deutschland	179 130	43 126	24,1	62 314	34,8	49 937	27,9	23 753	13,3

Quelle: Künstlersozialkasse (KSK), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Sendezeiten in den Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2016 nach Programmressorts

Landesrundfunkanstalt	Zugehörige Länder	Insgesamt ¹⁾	Darunter			
			Musik		darunter Rock/Pop	
		Stunden	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾
Bayerischer Rundfunk (BR)	Bayern	45 582	23 867	52,4	10 064	22,1
Hessischer Rundfunk (HR)	Hessen	52 875	31 115	58,8	19 150	36,2
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen	65 233	39 770	61,0	13 450	20,6
Norddeutscher Rundfunk (NDR)	Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein	71 466	45 769	64,0	11 767	16,5
Radio Bremen (RB)	Bremen	35 136	24 554	69,9	11 143	31,7
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	Berlin, Brandenburg	65 551	38 738	59,1	14 196	21,7
Saarländischer Rundfunk (SR)	Saarland	35 136	26 917	76,6	15 395	43,8
Südwestrundfunk (SWR)	Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz	76 911	50 158	65,2	27 721	36,0
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	Nordrhein-Westfalen	53 443	30 720	57,5	11 661	21,8
Insgesamt	Deutschland	501 333	311 607	62,2	134 547	26,8

Noch: Sendezzeiten in den Hörfunkprogrammen der Landesrundfunkanstalten 2016 nach Programmressorts

Landesrundfunkanstalt	Noch: Darunter							
	noch: darunter				Wort		darunter	
	Unterhaltungsmusik		Klassik				Kultur und Bildung	
	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾	Stunden	% ²⁾
Bayerischer Rundfunk (BR)	2 959	6,5	8 703	19,1	21 371	46,9	4 868	10,7
Hessischer Rundfunk (HR)	6 579	12,4	6 101	11,5	21 127	40,0	2 496	4,7
Mitteldeutscher Rundfunk (MDR)	22 853	35,0	3 436	5,3	25 007	38,3	2 335	3,6
Norddeutscher Rundfunk (NDR)	3 446	4,8	4 813	6,7	25 508	35,7	8 394	11,7
Radio Bremen (RB)	4 301	12,2	3 096	8,8	10 182	29,0	5 239	14,9
Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB)	8 981	13,7	9 628	14,7	26 258	40,1	2 360	3,6
Saarländischer Rundfunk (SR)	6 687	19,0	6 600	18,8	7 797	22,2	1 409	4,0
Südwestrundfunk (SWR)	17 305	22,5	5 144	6,7	26 059	33,9	3 710	4,8
Westdeutscher Rundfunk (WDR)	12 035	22,5	8 666	16,2	22 310	41,7	7 509	14,1
Insgesamt	85 145	17,0	56 186	11,2	185 619	37,0	38 320	7,6

1) einschl. Werbefunk – 2) Anteil der Sendezzeiten an den Gesamtsendestunden der Landesrundfunkanstalt. – – – Quellen: Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), eigene Berechnungen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Glossar

Ausstattungsgrad

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gut besitzen; beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 96 % bei Mobiltelefonen, dass 96 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon besitzen.

Bevölkerungszahl

Die Bevölkerungszahl (Einwohnerinnen und Einwohner) umfasst die Anzahl der Personen, die zu einem bestimmten Stichtag in einem bestimmten Gebiet leben. Die Bevölkerungszahl wird von der amtlichen Statistik anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage der letzten Volkszählung (aktuell Zensus 2011) ermittelt. Sie errechnet sich aus der Zahl der Volkszählung sowie aus den von den Standesämtern gemeldeten Geburten und Sterbefälle und aus den von den Meldebehörden gemeldeten Zuzügen und Fortzügen.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft in einem bestimmten Zeitraum. Das BIP misst den Wert der im Inland hergestellten Waren und Dienstleistungen (Wertschöpfung), soweit diese nicht als Vorleistung für die Produktion anderer Waren und Dienstleistungen verwendet werden. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum der Volkswirtschaften (vgl. Kulturfinanzbericht 2016, S. 26).

Denkmäler

In Deutschland besteht keine einheitliche Klassifikation von Denkmälern. Jedes Bundesland hat sein eigenes Denkmalschutzgesetz, in dem jeweils definiert wird, was als Denkmal anerkannt wird und anzuerkennen ist sowie dass eine Denkmalliste zu führen ist. Gemein ist den jeweiligen Definitionen, dass Denkmäler als Sache, Sachgesamtheiten oder Teile von Sachen gegenständlicher Art gelten, für deren Erhalt und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht. Dieses öffentliche Interesse begründet sich häufig durch die historische, kulturell-künstlerische, wissenschaftliche, handwerkliche und technische Bedeutsamkeit. Denkmäler lassen sich typischerweise unterscheiden in Baudenkmäler, darunter zählen alle Einzelbaudenkmäler (Schlösser, Burgen etc.), Gartendenkmäler (Parks und Gärten) und Denkmalbereiche (z. B. historische Ortskerne), in Bodendenkmäler, z. B. archäologisch bedeutsame Stätten sowie in bewegliche, d. h. nicht ortsfeste Denkmäler (z. B. Schiffe oder Glocken, aber auch kleinere Einzelgegenstände wie Werkzeuge, Geräte, Schmuck etc.).

Erwerbstätige

Erwerbstätige sind nach der Definition der Internationalen Arbeitsorganisation Personen im Alter von 15 und mehr Jahren, die im Berichtszeitraum wenigstens eine Stunde für Lohn oder sonstiges Entgelt irgendeiner beruflichen Tätigkeit nachgehen bzw. in einem Arbeitsverhältnis stehen (einschl. Soldatinnen und Soldaten), selbstständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft betreiben, einen freien Beruf ausüben oder als mithelfende Familienangehörige im Betrieb eines Familienmitglieds mitarbeiten, ohne dafür Lohn oder Gehalt zu beziehen.

Fachgebiete des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ in den Volkshochschulen

Die Kurse des Programmbereichs „Kultur, Gestalten“ in den Volkshochschulen werden in folgende Fachgebiete eingeteilt:

- Fachgebietsübergreifende/sonstige Kurse
- Literatur/Theater
- Theaterarbeit/Sprecherziehung
- Kunst/Kulturgeschichte
- Bildende Kunst
- Malen/Zeichnen//Drucktechniken
- Plastisches Gestalten
- Musik
- Musikalische Praxis
- Tanz
- Medien
- Medienpraxis
- Werken
- Textiles Gestalten
- Textilkunde/Mode/Nähen

IKT-Erhebung

Die IKT-Erhebung ist eine jährliche europäische Stichprobenerhebung der amtlichen Statistik über die private Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) der privaten Haushalte. Bei der Befragung werden Daten zur Ausstattung und zur Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien, insbesondere Computer und Internet, erhoben. Die Schwerpunkte liegen auf Fragen zu der Art, der Häufigkeit und den ausgewählten Zwecken der Internetnutzung (z. B. E-Government, E-Commerce oder E-Learning). Zusätzlich werden Informationen darüber erhoben, welche Bedenken und Hindernisse die Menschen vom direkten Kontakt mit neuen Technologien abhalten.

Kulturberufe

Die Abgrenzung der kulturrelevanten Berufsgruppen erfolgte durch die Abstimmung im Arbeitskreis Kulturstatistik auf Grundlage bisheriger Abgrenzungen durch das Statistische Bundesamt und den Ergebnissen des European Statistical System Network (ESSnet) zum Bereich „Kultur“. Bei der Entscheidung für Kulturberufsgruppen wurde nach dem Schwerpunktprinzip vorgegangen, wonach jene Berufsgruppen einbezogen wurden, die einen kulturrelevanten Anteil von 50 % besaßen (bspw. Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen). Folgende Berufsgruppen wurden als Kulturberufe berücksichtigt:

- Technische Mediengestaltung
- Fototechnik und Fotografie
- Buch-, Kunst-, Antiquitäten- und Musikfachhandel
- Veranstaltungsservice und -management
- Medien- und Dokumentations-, Informationsdienste
- Lehrtätigkeiten an außerschulischen Bildungseinrichtungen
- Geisteswissenschaften
- Verlags- und Medienwirtschaft
- Redaktion und Journalismus
- Produkt- und Industriedesign
- Innenarchitektur, visuelles Marketing, Raumausstattung
- Kunsthandwerk und bildende Künste
- Kunsthandwerkliche Keramik- und Glasgestaltung
- Kunsthandwerkliche Metallgestaltung
- Musikinstrumentenbau
- Musik-, Gesangs- und Dirigententätigkeiten
- Schauspiel, Tanz und Bewegungskunst
- Moderation und Unterhaltung
- Theater-, Film- und Fernsehproduktion
- Veranstaltungs-, Kamera- und Tontechnik
- Bühnen- und Kostümbilderei, Requisite
- Museumstechnik und -management

Öffentlicher Gesamthaushalt

Der öffentliche Gesamthaushalt umfasst die staatlichen Haushalte des Bundes und der Länder, der Sozialversicherung, der Europäischen Union und der kommunalen Haushalte. Zu den Erhebungseinheiten zählen im Einzelnen:

- Bund
- Kamerale Sondervermögen (unvollständig)
- Finanzanteile der Europäischen Union (EU-Anteile)
- Länder einschließlich der Stadtstaaten Berlin, Bremen, Hamburg und kamerale Sondervermögen der Länder (unvollständig)
- Gemeinden und Gemeindeverbände
- Kommunale Zweckverbände
- Sozialversicherung

Studienbereiche und Studienfächer der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen nach Studienbereichen

Die Studienfächer der Fächergruppe „Kunst, Kunstwissenschaft“ an den Hochschulen sind einzelnen Studienbereichen zugeordnet:

Studienbereiche	Studienfächer
Kunst, Kunstwissenschaft allg.	Interdisziplinäre Studien (Schwerpunkt Kunst, Kunstwissenschaft) Kunsterziehung, Kunstgeschichte, Kunstwissenschaft Restaurierungskunde
Bildende Kunst	Bildende Kunst/Grafik Bildhauerei/Plastik Malerei Neue Medien
Gestaltung	Angewandte Kunst Edelstein- und Schmuckdesign Grafikdesign/Kommunikationsgestaltung Industriedesign/Produktgestaltung Textilgestaltung Werkerziehung
Darstellende Kunst, Film und Fernsehen, Theaterwissenschaften	Darstellende Kunst/Bühnenkunst/Regie Film und Fernsehen Schauspiel Tanzpädagogik Theaterwissenschaft
Musik, Musikwissenschaft	Dirigieren Gesang Instrumentalmusik Jazz und Populärmusik Kirchenmusik Komposition Musikerziehung Musikwissenschaft/-geschichte Orchestermusik Rhythmik Tonmeister

Wirtschaftszweig

Die Abgrenzung der Wirtschaftszweige für die Kultur- und Kreativwirtschaft, darunter auch die Musikwirtschaft, wurde im Jahr 2009 durch die Wirtschaftsministerkonferenz vorgelegt und zuletzt im Jahr 2011 aktualisiert.²⁾ Diese Abgrenzung für die Musikwirtschaft wurde für den vorliegenden Bericht herangezogen. Folgende Wirtschaftszweige werden unter dem Begriff „Musikwirtschaft“ subsumiert:

Selbstständige Komponistinnen und Komponisten, Musikbearbeiterinnen und -bearbeiter

- Orchester, Kapellen, Chöre, Ballettgruppen
- Tonstudios/Herstellung von Hörfunkbeiträgen
- Tonträgerverlage
- Musikverlage
- Theater- und Konzertveranstalter
- Opern-, Schauspiel-, Musical- und Theaterhäuser, Konzerthallen etc.
- Erbringung von Dienstleistungen für die darstellende Kunst
- Herstellung von Musikinstrumenten
- Einzelhandel mit Musikinstrumenten und Musikalien
- Einzelhandel mit bespielten Tonträgern

2) Nähere Informationen unter: Wirtschaftsministerkonferenz (2009): Leitfaden zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage für die Kulturwirtschaft und eine länderübergreifende Auswertung kulturwirtschaftlicher Daten, Köln und Söndermann (2012): Kurzanleitung zur Erstellung einer statistischen Datengrundlage für die Kulturwirtschaft. Statistische Anpassung der Kultur- und Kreativwirtschaft in Deutschland; online verfügbar unter http://www.kulturwirtschaft.de/wp-content/uploads/2011/01/Kurzanleitung-KKW_20120124.pdf (Letzter Zugriff: 02.10.2018)

Die Umsätze in der Musikwirtschaft in den jeweiligen Wirtschaftszweigen wurden für die vorliegende Auswertung in sechs übergreifende Wirtschaftsbereiche untergliedert. Der erste Wirtschaftsbereich umfasst die Herstellung und den Einzelhandel mit Musikinstrumenten sowie Musikalienverlage. Zum zweiten Wirtschaftsbereich zählen der Einzelhandel mit bespielten Ton- und Bildträgern, Tonstudios sowie die Herstellung von Hörfunkbeiträgen und Tonträgerverlage. Der dritte Wirtschaftsbereich betrifft die Hörfunkveranstalter. Der vierte Wirtschaftsbereich fasst Orchester, Kapellen, Chöre und Ballettgruppen zusammen und ist somit identisch zum Wirtschaftszweig. Der fünfte Wirtschaftsbereich umfasst alle erbrachten Dienstleistungen für die Darstellende Kunst sowie die Theater- und Konzertveranstalter, die Opern-, Schauspiel-, Musical-, Theaterhäuser und Konzerthallen (oder ähnliche Einrichtungen). Der sechste und letzte Musikwirtschaftsbereich umfasst die selbstständigen Komponistinnen und Komponisten sowie Musikbearbeiterinnen und Musikbearbeiter und ist somit ebenfalls identisch zum gleichnamigen Wirtschaftszweig.

Verwendete Datenquellen außerhalb der amtlichen Statistik

Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD), www.ard.de

Börsenverein des Deutschen Buchhandels e. V., Frankfurt am Main, www.boersenverein.de

Bundesarchitektenkammer e. V., Berlin, www.bak.de

Bundesarchiv, Berlin, www.bundesarchiv.de

Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e. V. (BDZV), Berlin, www.bdzv.de

Deutscher Bühnenverein e. V. – Bundesverband der Theater und Orchester, Köln, www.buehnenverein.de

Deutscher Chorverband e. V. (DCV), Berlin, www.deutscher-chorverband.de

Deutsches Institut für Erwachsenenbildung e. V. (DIE), Bonn, www.die-bonn.de

Filmförderungsanstalt (FFA), Berlin, www.ffa.de

Hochschulbibliothekszentrum des Landes Nordrhein-Westfalen (hbz), Köln, www.hbz-nrw.de

Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW), Berlin, www.ivw.de

Institut für Museumsforschung der Staatlichen Museen zu Berlin, Berlin, www.smb.museum

Kultusministerkonferenz (KMK), Berlin, www.kmk.org

Unfallversicherung Bund und Bahn, Geschäftsbereich Künstlersozialversicherung (Künstlersozialkasse, KSK), Wilhelmshaven, www.kuenstlersozialkasse.de

Verband deutscher Musikschulen e. V. (VdM), Bonn, www.musikschulen.de

Zeitungsmarktforschung Gesellschaft der deutschen Zeitungen (ZMG) mbH, Frankfurt am Main, www.zmg.de

Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Statistisches Bundesamt

Statistisches Bundesamt
Gustav-Stresemann-Ring 11
65189 Wiesbaden
<http://www.destatis.de>
Infoservice
Telefon: 0611 75-2405
Telefax: 0611 72-4000
www.destatis.de/kontakt

**Statistisches Bundesamt
Zweigstelle Bonn**
Graurheindorfer Straße 198
53117 Bonn
Telefon: 0611 75-1
Telefax: 0611 75-8990/-8991
poststelle@destatis.de

**Statistisches Bundesamt
i-Punkt Berlin**
Friedrichstraße 50
(Checkpoint Charlie)
10117 Berlin
Telefon: 0611 75-9434
Telefax: 0611 75-3330
i-punkt@destatis.de

Statistische Ämter der Länder

**Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg**
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711 641-2866
Telefax: 0711 641-2973
www.statistik-bw.de
vertrieb@stala.bwl.de

Hessisches Statistisches Landesamt
Rheinstrasse 35/37
65185 Wiesbaden
Telefon: 0611 3802-802
Telefax: 0611 3802-890
<https://statistik.hessen.de>
info@statistik.hessen.de

Statistisches Amt Saarland
Virchowstrasse 7
66119 Saarbrücken
Telefon: 0681 501-5925
Telefax: 0681 501-5915
www.statistik.saarland.de
presse.statistik@lzd.saarland.de

Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Str. 95
90762 Fürth
Telefon: 0911 98208-6104
Telefax: 0911 98208-6115
www.statistik.bayern.de
presse@statistik.bayern.de

**Statistisches Amt
Mecklenburg-Vorpommern**
Lübecker Strasse 287
19059 Schwerin
Telefon: 0385 58856-411
Telefax: 0385 58856-658
www.statistik-mv.de
statistik.auskunft@statistik-mv.de

**Statistisches Landesamt
des Freistaates Sachsen**
Macherstrasse 63
01917 Kamenz
Telefon: 03578 33-1913
Telefax: 03578 33-1921
www.statistik.sachsen.de
vertrieb@statistik.sachsen.de

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg
Steinstraße 104-106
14480 Potsdam
Telefon: 0331 8173-1777
Telefax: 030 9028-4091
www.statistik-berlin-brandenburg.de
info@statistik-bbb.de

**Landesamt für Statistik
Niedersachsen (LSN)**
Göttinger Chaussee 76
30453 Hannover
Telefon: 0511 9898-1134
Telefax: 0511 9898-991134
www.statistik.niedersachsen.de
auskunft@statistik.niedersachsen.de

**Statistisches Landesamt
Sachsen-Anhalt**
Merseburger Strasse 2
06110 Halle /Saale
Telefon: 0345 2318-0
Telefax: 0345 2318-913
www.statistik.sachsen-anhalt.de
info@stala.mi.sachsen-anhalt.de

Statistisches Landesamt Bremen
An der Weide 14-16
28195 Bremen
Telefon: 0421 361-6070
Telefax: 0421 361-4310
www.statistik.bremen.de
bibliothek@statistik.bremen.de

**Information und Technik
Nordrhein-Westfalen**
Statistisches Landesamt
Mauerstrasse 51
40476 Düsseldorf
Telefon: 0211 9449-2495
Telefax: 0211 9449-8070
www.it.nrw.de
statistik-info@it.nrw.de

**Thüringer Landesamt
für Statistik**
Europaplatz 3
99091 Erfurt
Telefon: 0361 57331-9642
Telefax: 0361 57331-9699
www.statistik.thueringen.de
auskunft@statistik.thueringen.de

**Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein**
Standort Hamburg
Steckelhörn 12
20457 Hamburg
Telefon: 040 42831-1766
Telefax: 040 42796-4767

**Statistisches Landesamt
Rheinland-Pfalz**
Mainzer Strasse 14-16
56130 Bad Ems
Telefon: 02603 71-4444
Telefax: 02603 71-194444
www.statistik.rlp.de
info@statistik.rlp.de

Standort Kiel
Fröbelstrasse 15-17
24113 Kiel
Telefon: 0431 6895-9393
Telefax: 040 42796-4767
www.statistik-nord.de
info@statistik-nord.de

